

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Dienstag, den 2. Juni 1908.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Freisinniger Vereinsrecht-Schwindel.

Krampfhaft versucht der Freisinn seine Vereinsgefährten vor den Landtagswählern zu verführen, krampfhaft die Mäz zu halten von den bedeutsamen Fortschritten auf einem der wichtigsten Gebiete des öffentlichen Lebens, die dank seiner, des Freisinn, kluger Politik erreicht sind. Fatal freilich ist für die Partei der Kopsch, Wiener und Müller, daß schon am 15. Mai das Gesetz in Kraft trat und die Praxis der Polizeibehörden alsbald mit brutalem Mißton in die sturpsüßige Harmonie des freisinnigen Lobliedes hineinfuhr. Indes, die Schwierigkeit der Aufgabe reizt die wackeren Kopschlechter des Freisinn nur zu umso größeren Anstrengungen. Mit aller Lungenkraft stoßen sie in Posannen und Trompeten, damit ihr Schall alle Dissonanzen, die das große Bombardon der Amtsgewalt erzeugt, im Ohr des deutschen Reichs überdünne.

So preist ein in Berlin verbreitetes Freisinnflugblatt das große Werk der Bloßpolitik übers Bohnenlied. Wo die Tatsachen zu solchem Text nicht passen wollen, da wird ihnen fast und unverfroren Gewalt angetan. Gleich in der Einleitung steht eine Behauptung, die sich mit der Wahrheit ebenso gut verträgt, wie der freisinnig-konservative Mandatschacher mit dem Kampf um die Wahlreform. Da heißt es, daß sich Deutschland mit Norwegen und England des liberalsten Vereinsrechts in Europa erfreut. Der Schwindel ist ebenso frech wie dumm. Denn da der Entwurf des Reichvereinsgesetzes im Anhang des Vereinsrechts von 13 europäischen Staaten wiedergibt, darunter auch das Norwegens und Englands, so wissen die Macher des Flugblatts nicht nur, daß ihre Behauptung unwahr ist, sondern auch, daß ihre Klage ohne große Mühe festgestellt werden kann. Wenn sie sie trotzdem der Öffentlichkeit vorzulegen wagen, so zeigt das am besten, zu welcher verzweifeltsten Mittel die Herren zu greifen gezwungen sind, um dem reaktionären Wechselbalg den trügerischen Schein des Fortschritts und der Freiheitlichkeit zu geben.

In Wirklichkeit ist das Vereinsrecht Norwegens und Englands durch einen ganzen Abgrund von der Höhe der deutschen Vereinsgesetzgebung getrennt, die die konservativ-liberale Bloßgemeinschaft im Reichvereinsgesetz gezeugt hat.

Weder England noch Norwegen kennen die Verpflichtung der Vereine, Satzungen und Vorstandslisten der Polizei einzureichen, noch die Pflicht der Versammlungseinberufer, der Polizei die Versammlungen anzumelden oder sie in polizeilich vorgeschriebener Weise innerhalb bestimmter Frist öffentlich bekanntzumachen, noch das Recht der Polizei, alle Versammlungen unter freiem Himmel zu verbieten. Ebenso wenig besteht dort die Polizeiaufsicht über die des Versammlungsrechts ausübenden Bürger als Regel, noch irgend eine Beschränkung des Vereinsrechts der Jugendlichen, noch gibt es Ausnahmebestimmungen gegen den Gebrauch fremder Sprachen in öffentlichen Versammlungen.

Indes bleibt das Reichvereinsgesetz nicht bloß hinter den entsprechenden Gesetzen dieser beiden Länder meilenweit zurück, sondern es erreicht auch nicht entfernt die freiheitlichen Bestimmungen der Vereinsgesetze Dänemarks, Frankreichs und der Schweiz. Es fehlt noch so gut wie alles, damit Deutschland auf dem Gebiet der Vereinsgesetzgebung in der Welt voranmarschiert — es humpelt mit Italien, Montenegro, Oesterreich, Schweden, Spanien und Ungarn im Nachtrab, wobei noch zu bedenken ist, daß in ruhigen Zeiten die Polizeipraxis in diesen Ländern nicht annähernd so korrupt ist, wie im verpreußten Deutschland.

Nach diesem ersten freisinnigen Schwindel berührt die ebenso unwahre Behauptung, das Reichvereinsgesetz habe für Deutschland einheitliche Rechte auf dem Gebiete des Vereins- und Versammlungswesens geschaffen, fast harmlos. Ein Blick auf die Ausführungsbestimmungen zeigt, daß von der Einheitlichkeit des Rechtszustandes im ganzen Reich nicht die Rede ist. Die scharfe Scheidung zwischen Süddeutschland und dem preussischen Polizeistaat mit seinen norddeutschen Anhängseln bleibt bestehen. Nach wie vor wird der Reichsbürger in Württemberg, Bayern, Hessen (Bayern tritt neu hinzu) ein größeres Maß von Vereins- und Versammlungsfreiheit haben, als in den Bundesstaaten nördlich des Rheins und den unter preussischer Oberhoheit stehenden Reichsländern. Während die Ausführungsbestimmungen der süddeutschen Bundesstaaten bei Versammlungen unter freiem Himmel, soweit sie nicht auf öffentlichen Straßen und Plätzen, sondern auf Privatgrundstücken stattfinden, die Verpflichtung des Einberufers zur Einholung der Genehmigung durch die einfache Anmeldung oder Anzeige ersetzen, haben die norddeutschen Polizeistaaten für diese Versammlungen die polizeiliche Willkür ungemildert bestehen lassen. In Süddeutschland wird den Jugendlichen das Recht der Mitgliedschaft in Gewerkschaften und der Teilnahme an Gewerkschaftsversammlungen ausdrücklich garantiert — in den norddeutschen Polizeistaaten haben sich die Regierungen vor solcher unzuverlässigen Anweisung an die Polizeibehörden sorglich gehütet. In Süddeutschland ist der Gebrauch fremder Sprachen in Gewerkschaftsversammlungen ohne weiteres freigegeben worden — in preussischen und verpreußten Norden ist von solcher Maßregel nicht die Rede trotz aller schönen Versiche-

rungen des Staatssekretärs des Innern, daß die Gewerkschaftsbewegung durch den Sprachenzwang nicht geschädigt werden solle. Für politische Versammlungen haben die süddeutschen Regierungen den Gebrauch fremder Sprachen für einzelne Redner zugelassen — in Norddeutschland gibt es keine solche Ermächtigung, sondern nur Erlaubnis von Fall zu Fall, d. h. die absolute polizeiliche Willkür. Eine schöne Einheit des Rechts!

Die Aufzählung der einzelnen Fortschritte, die das Gesetz enthalten soll, beginnt wieder mit einer faustdicken Unwahrheit. Da wird behauptet, daß es nach dem bisher geltenden Gesetze (in Preußen) der Polizei möglich war, alle Versammlungen aus irgendwelchen Gründen einfach zu verbieten, daß also bis zum 15. Mai die Polizei das Recht des Präventivverbots gehabt habe. Dabei steht genau das Gegenteil fest! Selbst das preussische Oberverwaltungsgericht, dessen Rechtsprechung dem Vereinsrecht ungünstiger war als die des Kammergerichts, hat entschieden, — die bloße Möglichkeit, daß eine Versammlung Störungen der öffentlichen Ordnung zur Folge haben kann, berechtigt nicht zum Verbot der Versammlung von vornherein! So hat denn auch der Staatssekretär des Innern in der Reichstags-Sitzung vom 2. April ausgeführt, daß „genau derselbe Zustand, der gegenwärtig in Preußen besteht, nach Annahme des Reichvereinsgesetzes in Deutschland bestehen“ werde, d. h. daß ein Präventivverbot nicht zulässig sein werde, wie das Oberverwaltungsgericht für Preußen in mannigfachen Entscheidungen ausgeführt habe. Wo in Preußen die Polizeibehörden Versammlungen wegen angeblicher Befürchtungen für die öffentliche Ruhe, Ordnung und Sicherheit verboten haben, ist also das Gesetz verletzt worden. Das muß der Freisinn mindestens aus den wiederholten Erklärungen Vothmann-Hollwegs in den Verhandlungen über das Reichvereinsgesetz wissen — die Macher des Flugblatts haben also hier bewußt die Unwahrheit gesagt!

Diesen Keilstein des Schwindels ist es natürlich ein Leichtes, die Verschlechterung des Vereinsrechts, die die Entrechtung der Jugendlichen unter achtzehn Jahren bedeutet, einfach hinwegzulügen. Auf die bequemste Art und Weise wird das bewerkstelligt — die Verschlechterung wird für eine Verbesserung ausgegeben. Mit eiserner Stirn lügt das Flugblatt: „... Auch für die jugendlichen Personen enthält das neue Reichvereinsgesetz wesentliche Fortschritte...“

Diese Stichproben mögen genügen, um die Qualität des freisinnigen Schwindels zu kennzeichnen. Ueber die Tragweite all der weiteren Einzelbestimmungen, die hier und da kleine Fortschritte bringen, dabei aber die Befugnisse der Polizei, die das Prinzip der Unterordnung der Vereins- und Versammlungsfreiheit unter die Polizeiaufsicht verwirklichen, bestehen lassen, nämlich die Befugnisse zur Ueberwachung und zur Auflösung von Versammlungen, wollen wir mit den freisinnigen Kopschlechtern nicht weiter rechten. Die Polizeipraxis, die wir in den ersten Wochen des Gesetzes schon erleben durften, redet darüber ja auch laut genug. Nicht nur, daß zahlreiche hohe und niedere Behörden sich die lieberliche Fassung jener Bestimmungen, die den Erfah der Anmeldung durch die Bekanntmachung zuläßt, zumute gemacht haben, um die Erleichterung, die sie bedeuten soll, einfach zunichte zu machen — die preussische Polizei hat auch schon an mehrfachen Beispielen gezeigt, wie wenig sie geneigt ist, die Grenze, die ihr das Gesetz in bezug auf die Vereinsversammlungen zieht, zu respektieren. Damit fällt auch ein guter Teil der Verschönigungsverfuche, womit der Freisinn die Anklage der Polenverwaltung zu entkräften sucht. Nach ihm ist nämlich das Verbot der polnischen Sprache in öffentlichen Versammlungen gar nicht so schlimm, da die Polen ja im sicheren Port der Vereinsversammlungen so viel polnisch reden dürfen, wie sie nur mögen. Die Beweisführung ist schon an sich unsinnig. Sie wird aber ganz und gar in die Luft gesprengt, sobald es sich zeigt, daß es den sicheren Port der Vereinsversammlungen unter preussischer Polizeipraxis überhaupt nicht gibt!

Bei der Rechtfertigung der Zustimmung zu der schändlichen Ausnahmebestimmung des Sprachenparagraphen erklümmt das Flugblatt den Gipfel der Verlogenheit. Auf eine Erörterung, ob diese Zustimmung mit den Grundsätzen des Liberalismus vereinbar ist, lassen sich die Macher vorsichtigerweise gar nicht ein — sie sind sogar so vorsichtig, nicht einmal zu erwähnen, daß ihrer Partei der Vorwurf des Prinzipienverrats gemacht wird. Dem Leser soll es nicht zum Bewußtsein kommen, daß der Freisinn einen der elementarsten Grundsätze des Liberalismus, den der Rechtsgleichheit, verraten hat. Dafür wird er mit folgendem Satz regaliert: „... Das Gesetz bestimmt zunächst, daß die Verhandlungen in öffentlichen Versammlungen in deutscher Sprache zu führen sind. Diese allgemeine Bestimmung ist eigentlich selbstverständlich; sie ist ebensowenig ein Ausnahmegesetz wie die Vorschrift des Gebrauchs der deutschen Sprache vor Gericht oder im Heer oder im Reichstag als ein Ausnahmegesetz bezeichnet werden kann.“

So wird versucht, dem Verrat einen harmlosen Anstrich zu geben. Freilich kann man dabei auch nur auf sehr harmlose Leser rechnen. Denn jeder denkende Mensch vermag ohne weiteres den kolossalen Unterschied zwischen dem Gebot der deutschen Sprache vor Gericht oder im Heer oder im Reichstage und dem für öffentliche Versammlungen zu er-

kennen. Vor Gericht muß bei Unkenntnis der deutschen Sprache ein Dolmetscher zugezogen werden. Im Heer handelt's sich um das Verständnis einiger Kommandos und kurzer Befehle, die auch der der deutschen Sprache nur mangelhaft Kundige im allgemeinen zu verstehen vermögen — übrigens wird bei verschiedenen Truppenteilen den Polen die Bedeutung des Kommandos anfänglich durch polnischsprechende Vor-gefehrt in ihrer Muttersprache erklärt. Für den Reichstag können die Polen genügend Kandidaten finden, die Deutsch verstehen und sprechen, und nebenbei gibt es dort noch den § 45 der Geschäftsordnung, der solchen Abgeordneten, die der deutschen Sprache nicht mächtig sind, das Ablesen aufgeschriebener deutscher Ausführungen gestattet! In den Versammlungen aber sollen unter Umständen schwierige politische und andere Angelegenheiten auch denen verständlich gemacht werden, die trotz — oder auch wegen — aller Germanisationsbestrebungen der preussischen Regierung Deutsch nur mangelhaft oder auch gar nicht verstehen, und alle diese müssen die Möglichkeit haben, in der Sprache, die ihnen geläufig, in ihrer Muttersprache, in den öffentlichen Versammlungen in die Diskussion des Rechts der polnischen Reichsangehörigen mit dem der deutschen erhalten bleiben soll.

Die Macher des Flugblatts sind übrigens bei der Abfassung dieser Stelle noch viel zu zaghaft gewesen. Besser hat es Herr Kaempf, der freisinnige Abgeordnete des ersten Berliner Reichstagswahlkreises, verstanden.

In einer Landtagswählerversammlung, die am Dienstag im Böhmischen Brauhause stattfand, hat er die Sache also angefaßt: „... Ist es kein Fortschritt, daß wir nunmehr neben der deutschen Gerichts-, Armee-, Volksschul-, Verkehrs- und deutschen Verwaltungssprache auch eine deutsche Versammlungssprache haben? Was für den deutschen Reichstag und alle Landtage gilt, hat nunmehr in Zukunft auch für Versammlungen im Deutschen Reiche Geltung. (Stürmischer Beifall)...“

Also da ist das Ausnahmerecht unter dem stürmischen Beifall der freisinnigen Wähler schon zum Fortschritt geworden! Fügen wir hinzu, daß der freisinnige Kandidat für Teltow-Beestow, Herr Lubenthal, die Polenentrechtung grundsätzlich billigt, so haben wir den Schlüssel für den „stürmischen Beifall“, der der famosen Erklärung Kaempfs folgte. Mit der Bloßverleumdung ist auch die hatatistische Seuche in den Freisinn eingezogen — Herr Lubenthal ist einer der Ehrlichen, der das offen bekennet.

Was der Freisinn mit seiner Zustimmung zum Sprachenparagraphen an den liberalen Grundsätzen gesündigt hat, das wollen wir einem Liberalen sagen lassen, einen wirklichen Liberalen. Theodor Barth schreibt in seiner Broschüre: „Der Freisinn im Bloß“:

... Der Umstand, daß die freisinnige Fraktionsgemeinschaft, mit wenigen Ausnahmen, sich der Preisgabe dieses wichtigsten demokratischen Prinzips mit schuldig gemacht hat, beraubt sie für alle Zukunft der Möglichkeit, andere als rein opportunistische Gründe gegen eine anderweitige gesetzgeberische Verlegung dieses Grundgesetzes ins Feld zu führen. Sollte es einmal zu einer gesetzgeberischen Einschränkung der staatsbürgerlichen Rechte der Juden oder der Sozialdemokraten oder der Freireiter kommen, dann wird man den Freisinnigen stets entgegenhalten können, daß das, was den Polen gegenüber Recht war, jedem anderen Staatsbürger gegenüber kein Unrecht sein könne. Und dann, wie hilflos stehen die Freisinnigen da, wenn es in Zukunft gilt, die skandalösen Verletzungen der staatsbürgerlichen Rechtsgleichheit zu brandmarken, die in unerker Staatsverwaltung gang und gäbe sind. Von den Juden, die man nicht zu Deserteuren machen darf, bloß weil sie Juden sind, bis zu dem freisinnigen Arzt, den die Reichspolizeiverwaltung entläßt, weil er in der Stichwahl für einen Sozialdemokraten gestimmt hat, und dem Eisenbahnschaffner, der aus dem Dienst gejagt wird, weil seine politische Ueberzeugung ihn zur Sozialdemokratie führte; die ganze Stufenleiter hindurch: von der mißliebigen Presse, die auf Bahnhöfen nicht feilgehalten werden darf, bis zu dem verbummelten Korpsstudenten, dessen Bestimmungsfähigkeit und Konnexionen, alle intellektuellen und moralischen Schwächen zudeckend, ihm die Pforten zu dem höchsten Staatsdienst öffnen: Alles starrt bei uns von administrativer Rechtungleichheit! Unser Klassen- und Privilegienstaat haut sich auf dieser Ungleichheit auf. Die erste demokratische Forderung muß bei uns heißen: Beseitigung dieser Sünden gegen das Gebot der staatsbürgerlichen Rechtsgleichheit. Wie vermag aber eine Partei diesen Kampf wirksam zu führen, wenn man ihr bei jeder Beschwerde entgegenrufen kann: Ihr habt ja selbst solche Rechtsgleichheit durch euer Votum sanktioniert und damit anerkannt, daß nur die Zweckmäßigkeit zu entscheiden hat.“

Das Flugblatt aber sagt led: „Die Freisinnigen übernehmen mit Genugthuung die Verantwortung für das Zustandekommen des Reichvereinsgesetzes in der Ueberzeugung, daß das deutsche Volk und auch die nicht im Parteibann der Sozialdemokratie stehende Arbeiterschaft die Fortschritte und Errungenschaften der einheitlichen und freiheitlichen Regelung des Vereins- und Versammlungsrechts erkennen und würdigen wird.“

Das heißt, die Verräter freuen sich des Verrats, der ihnen klingenden Lohn in Gestalt des Vorfengesetzes einbrachte und ihnen den Sitz auf der Bank der Regierungsparteien sicherte. Das deutsche Volk aber, das keinen Grund hat, mit Genugthuung auf das Werk der Bloßpolitik und der freisinnigen Charakterlosigkeit zu schauen, wird die Verantwortlichen zur Verantwortung zu ziehen haben. Die preussischen Landtagswahlen bieten die erste Gelegenheit dazu! —

Die Inserions-Gebühr
beträgt für die sechsgehaltene Kolonelle oder deren Raum 50 Hg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Hg. „Kleine Anzeigen“, das erste (selbstgedruckte) Wort 20 Hg., jedes weitere Wort 10 Hg. Stellengeluche und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Hg., jedes weitere Wort 5 Hg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Eine Elendsstatistik.

In letzter Stunde vor den Landtagswahlen und zu dem Zeitpunkt, da die deutsche Lehrerschaft sich rüstet, um auf dem Lehrertage in Dortmund die Frage des Lehrermangels zu diskutieren, werden durch das offizielle Organ des Deutschen Lehrervereins weiteren Kreisen die den Lehrermangel betreffenden Ziffern der letzten preussischen Volksschulstatistik vom Jahre 1906 bekannt gegeben. Sie legen den ganzen erschreckenden Umfang des Bildungsamters im Zeitalter der kapitalistisch-feudalmonarchischen Schulreaktion bloß.

„Ist das noch die Volksschule, wie Pestalozzi sie geschaut, wie Diesterweg sie gefordert hat?“ ruft der Verfasser des Artikels entsetzt aus. Fürwahr, er hat Grund genug, sich zu entsetzen! Wie bisher jede schulstatistische Erhebung in Preußen, so hat auch die letzte mit drastischer Ungeheuerlichkeit den Nachweis geliefert, daß die Verfassung des Volksschulwesens mit jedem Jahr fünfzig trauriger und skandalöser sich gestaltet. Die letzte Schulstatistik besonders ist eine Elendsstatistik in des Wortes vertwegenstem Sinne und ein Schandmal zugleich für den beschriebenen Trost jungerlicher Wanditen, die, wie sie dem Armen das Brot vom Tische stehlen, ihm auch die geistige Nahrung versagen und ihn der kulturellen Vererbung erbarmungslos überliefern. Schon die Ziffern über den Lehrermangel allein lassen in lapidaren Zügen die Ungeheuerlichkeit dieser preussischen Kulturschmach erkennen.

Im Jahre 1886 gab es in Preußen 460 (0,71 Proz.) unbesetzte Lehrstellen; die Zahl stieg bis 1891 auf 875 (1,22 Proz.), 1901 auf 1862 (2,20 Proz.) und hat 1906 die unerhörte Höhe von 3077 (3,05 Proz.) erreicht! Würde die Statistik bis in die Gegenwart reichen, könnte sie ein weiteres Anwachsen dieser Elendsziffer von 3077 auf rund 3600 konstatieren, denn die Zahl der in preussischen Volksschulen unbesetzten Lehrstellen hat, wie inzwischen ermittelt worden ist, namentlich in den letzten zwei Jahren eine ganz gewaltige Steigerung erfahren. Doch bleiben wir bei der Statistik von 1906.

Es gibt in Preußen nicht einen einzigen Regierungsbezirk, in dem alle Stellen besetzt wären. 9 Bezirke weisen einen Mangel von 1 bis 2 Proz. aller Stellen auf, 10 Bezirke 2 bis 3 Proz., 9 Bezirke 3 bis 4 Proz. und 4 Bezirke 4 bis 5 Proz. Am ungünstigsten sind die Zahlen für die Bezirke Oppeln (5,08 Prozent), Frankfurt a. O. (5,58 Proz.), Posen (5,68 Proz.) und Bromberg (6,41 Proz.); der Durchschnitt für ganz Preußen beträgt 3,05 Proz.

Unschaulicher wird das Bild, wenn man die direkten Zahlen aufmarschieren läßt. Danach waren unbesetzt in Potsdam von 6728 Stellen (ohne die der technischen Lehrkräfte) 181, in Frankfurt a. O. 178 von 3192, in Posen 184 von 3239, in Bromberg 126 von 1906, in Breslau 120 von 4448, in Schleswig 157 von 4923, in Wiesbaden 121 von 2779, in Düsseldorf 276 von 8220, in Köln 106 von 2976 und in Oppeln 293 von 5793.

Die große Zahl der unbesetzten Stellen verteilt sich nun aber nicht gleichmäßig auf Stadt und Land. Rein, das Land leidet am schwersten darunter. Von 3077 überhaupt unbesetzten Lehrstellen entfielen allein 2159 auf das Land und von diesen wieder 1658 auf Landgemeinden mit weniger als 2000 Einwohnern. So hatte das platte Land im Bezirk Frankfurt a. O. 133 von 178, in Breda 94 von 121, Posen 157 von 184 und Bromberg 93 von 126 unbesetzten Stellen aufzuweisen. Ähnlich sah es in den Bezirken Osnabrück (38 von 46 auf das platte Land), Münster (34 von 61), Erfurt (30 von 58), Schleswig (98 von 137), Oppeln (170 von 293) u. a. aus. Dabei sind alle diese Zahlen durchschnittliche Angaben, die ein völlig zutreffendes Bild nicht entfernt vermitteln. Erst die für einzelne Kreise festgestellten Zahlen lassen den Schulmangel des platten Landes in seiner beispiellosen Größe ungefähr erkennen. So erhält die amtliche Statistik nach der „Päd. Ztg.“ u. a. folgende Notstandsangabe:

1. Brandenburg.		
Kreis Ludau (Land)	118 Stellen, nicht besetzt	16
Randow	153	16
Rönigsberg	148	15
Friedeberg	101	14
Ost-Sternberg	91	9
2. Posen.		
Kreis Jarotschin (Land)	100 Stellen, nicht besetzt	13
Stempen	76	10
Schroda	79	9
Särnum	90	10
Roschin	58	6
Pleschen	72	8
Domst	148	13
Gzarnikau	93	13
Schubin	105	10
Wogilno	89	10
3. Schlesien.		
Kreis Arnswil (Land)	278 Stellen, nicht besetzt	29
Kosel	188	18
Tost-Mietow	189	24
Gros-Strehlitz	178	12
4. Hessen-Rassau.		
Kreis Oberwesterwald (Land)	83 Stellen, nicht besetzt	13
Oberlahnkreis	103	10
Sinburg	112	14
Unter-Ramms	102	9
Ufingen	89	7

Im Zusammenhange mit diesen grauenhaften Tatsachen muß man noch in Betracht ziehen, daß eine große Zahl der „besetzten“ Stellen durch alte Schulinvaliden, verpuschte Theologen, unfertige Seminaristen und andere mehr oder weniger untaugliche Lehrkräfte verwaltet wird, daß 1/4 Millionen Kinder in überfüllten Klassen sitzen, daß mehr als ein Drittel aller preussischen Volksschulen nur ein- oder zweiklassig, also von äußerst minderwertiger Leistungsfähigkeit sind, daß die Ausbildung der Lehrer in den letzten Jahrgängen so gut wie alles zu wünschen übrig ließ (auch Schwachköpfige können Lehrer werden, wie ein Geistlicher im „Jehdenicker Anz.“ schrieb) und daß der hauptsächlichste Unterrichtsstoff in religiösem Gedächtnisstrom besteht! Dann erst erhält man einen ungefähren Totaleindruck von der himmelsstreichenden Schulverrottung und Schulmisere im Vorkriegs-Preußen, der „in der Welt voran“ marschiert!

Der Proletariat kann seinen Kindern nicht Geld und Gold mit auf den Lebensweg geben, kann ihnen nicht durch die Hilfe von Gönnern und Protektoren den Daseinskampf erleichtern helfen. Aber ein wenig Bildung und ein wenig Freiheit kann er ihnen schaffen helfen. Ja, es ist seine heilige Pflicht, um diese Kulturschätze für sich und seine Nachkommen zu ringen und zu kämpfen.

Darum fort mit der preussischen Schulschmach! Nieder mit den bildungs- und kulturschändlichen Parteien! Weg mit dem Dreiklassenwahlrecht der Junker und Junkergenossen! Her mit dem allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrecht für Preußen! Nur der Kampf ums Wahlrecht kann der einzig erfolgreiche Kampf um eine bessere Schule sein! Väter und Mütter, wenn Euch Eure Kinder lieb sind, helft die Reaktion zertrümmern und der Wahlrechtsforderung der Sozialdemokratie den Sieg bereiten!

Was wir wollen!

Die Sozialdemokratie will das allgemeine, gleiche, geheime, direkte Wahlrecht sowohl zum Landtag als auch für die Wahl der Gemeindevertretungen.

Die Sozialdemokratie will Einführung des Einkammersystems, also Beseitigung des Herrenhauses mit seinen geborenen und willkürlich ernannten „Gesetzgebern“.

Die Sozialdemokratie will die Beseitigung der noch bestehenden und die freie Entwicklung des Staates hemmenden Vorrechte der Adelskaste.

Die Sozialdemokratie will Trennung der Kirche vom Staat.

Die Sozialdemokratie will Unentgeltlichkeit des Schulunterrichts und der Lehrmittel. Die Kosten hat der Staat zu tragen. Für den Besuch höherer Schulen sollen nur die geistigen Fähigkeiten der Kinder maßgebend sein. Verpflichtung des Staates, bedürftige Schulkinder zu speisen. — Beseitigung der geistlichen Schulaufsicht.

Die Sozialdemokratie will Uebernahme der Armenlasten auf den Staat.

Die Sozialdemokratie will Beseitigung der jede kulturelle Entwicklung hemmenden Gutsbezirke, die sich jetzt von einem Beitrag zu den Armenlasten drücken.

Die Sozialdemokratie will Ausbau der Fabrikspektion. Heranziehung von Arbeitern zur Kontrolle der Betriebe.

Die Sozialdemokratie will eine stärkere Progression der Einkommensteuer für hohe Einkommen. Ermäßigung der Einkommensteuer für Einkommen unter 3000 M. — Beseitigung der im Staate und in den Gemeinden noch bestehenden indirekten Steuern.

Die Sozialdemokratie will Verbesserung der Volksgesundheitspflege durch Verstaatlichung des gesamten Medizinalwesens einschließlich der Apotheken.

Die Sozialdemokratie will Einschränkung der Gefängnisarbeit. Verwendung der Gefangenen zu staatlichen Meliorationsarbeiten.

Die Sozialdemokratie will Aufbesserung der Löhne und Gehälter der Arbeiter, Angestellten und unteren Beamten in den Staatsbetrieben. (Eisenbahn, Postverwaltung, Bergwerke, Hütten und Salinen.)

Die Sozialdemokratie will Ausbau und Förderung des Eisenbahnwesens. — Verbilligung der Fahrpreise in den beiden unteren Wagenklassen, event. Einführung des Zonen tariffs.

Die Sozialdemokratie will Straßen-, Brücken- u. Wasserbauten durch den Staat.

Die Sozialdemokratie will Aufhebung der Gesinde-Ordnung.

Die Sozialdemokratie will das Koalitionsrecht auch für die Arbeiter und Angestellten des Staates.

Die Sozialdemokratie will freiheitliche und zeitgemäße Revision und Umgestaltung der preussischen Vergesetze unbeschadet ihres Verlangens nach einem Reichsberggesetz.

Die Sozialdemokratie will Vermeidung aller überflüssigen Ausgaben, wie sie der preussische Junkerstaat zu repräsentativen Zwecken macht.

Die Sozialdemokratie will Heranziehung von Arbeitern als Schöffen und Geschworene. — Bezahlung von Diäten für diese Funktionen.

Beachtenswertes zur Landtagswahl!

Landtagswähler, seht Euch lezten Steuerzettel an! Deshalb müssen Arbeiter und kleine Beamte jetzt viel mehr Steuern zahlen? Weil die „Liberale“ einem Gesetz zugestimmt haben, das die Unternehmer zu Vormündern ihrer Arbeiter und Angestellten macht und sie zwingt, deren Löhne der Steuerbehörde auf Heller und Pfennig anzugeben, auch den Lohn, der durch Ueberzeitarbeit und Sonntagsarbeit erreicht worden ist. Aber für Leute, die über 3000 M. verdienen, besteht solcher Zwang nicht. Das ist — liberal! Politik!

Freisinnige gegen demokratische Wahlreform. „Daß die allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahl das Bild der Volksgemeinschaft darbietet, behaupten auch ihre Anhänger nicht.“

Abg. Bachnick in seiner Broschüre „Liberalismus und Kulturpolitik“. „In der Wahlrechtsfrage stehen uns die National-Liberalen am nächsten.“

Abg. Kopsch im Freisinnigen Verein in Gr. Lichterfelde am 7. 10. 07. Der frühere freisinnige Landtagsabgeordnete Dr. Krieger sprach sich in einem Artikel in der „Volk-Zeitung“ für Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen aus. Darauf schrieb die „Freisinnige Zeitung“: „Daß Herr Dr. Krieger mit der Freisinnigen Volkspartei nicht mehr übereinstimmt, hat er ja durch seinen Austritt aus der Partei öffentlich dokumentiert.“

Der Freisinn als Schutzgarde der Brotwucherer. „Die Grundlage der Bülow'schen Majorität ist erstens ein Einreten für die Militärforderungen der Regierung und zweitens ein Anheften an die Postfragen bis auf weiteres. In beiden Dingen liegen wichtige und schwere Angelegenheiten des Liberalismus... Die Konserverativen gewinnen demnach im Block Bülow's ohne alle besonderen Anstrengungen eine größere Sicherung ihres Hauses vom Dezember 1902, während der Liberalismus eben dadurch einen Teil seines Programms einweisen an der Betreibung setzt, was ihm von vielen seiner Wähler sehr verdacht wird. Man beachte beispielsweise, wie vorsichtig und gelinde auf den freisinnigen Parteitagen der letzten Zeit der Sozialkampf geführt wurde!“

Wozu der Lärm?

Die Absicht der Arbeiterschaft, künftig diejenigen Geschäftsleute bei ihren Einkünften zu bevorzugen, die sich bei der Landtagswahl als willige Anhänger der Demokratie beweisen werden, hat in der bürgerlichen Presse aller Richtungen ein Unmaß heuchlerischer Entrüstung hervorgerufen. Es herrscht nur eine Meinung darüber, daß jeder Woylott zu politischen Zwecken ein durchaus berechtigtes, unter allen Umständen zu verurteilendes Kampfmittel sei. Demnach müßte der Woylott eine Erscheinung sein, die in bürgerlichen Kreisen selten oder nie zutage träte. Daß das durchaus nicht der Fall ist, weiß jeder, der nicht völlig weltfremd ist. Man kann vielmehr ruhig behaupten, daß in unserem öffentlichen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben der Woylott eine alltägliche Erscheinung ist, daß er als etwas selbstverständliches gilt!

Allen voran geht freilich mit gutem Beispiel der Vater Staat. Und doch müßte, wenn der Woylott so unmoralisch ist, der Staat, der doch über dem Parteigetriebe stehen soll, am allerwenigsten zu solch einem Mittel greifen. In welcher umfangreichem Maße macht er aber davon Gebrauch! Und zwar begnügt er sich nicht damit, den ihm direkt unterstellten die Bewegungsfreiheit zu unterbinden, nein, wo er nur irgend wie an die Anhänger ihm mißliebiger politischer, religiöser oder wirtschaftlicher Richtungen heran kommt, versucht er sie auf alle mögliche Art zu schädigen und zu unterdrücken. Die Bahnspeditoren sollen keine organisierten Kollektiven beschäftigen, Zeitungen und Zeitschriften, deren Richtung ihm nicht paßt, dürfen nicht auf den Bahnhöfen verkauft werden; Konsumvereine, Turnvereine, die zum Teil aus Sozialdemokraten bestehen, werden schikaniert und boykottiert!

Und wie der Staat, so machen es die verschiedenen bürgerlichen Gesellschaftsklassen. Wie die Offizierskreise mit den Mitteln gesellschaftlicher Achtung und wirtschaftlichen Boykotts arbeiten, ist oft genug an die Öffentlichkeit gedrungen. Auf dem Lande und in kleinen Städten, wo Gutsbesitzer und Beamte tonangebend sind, dürfen wirtschaftlich irgendwie abhängige Leute sich nicht im Traume einfallen lassen, eine eigene Meinung zu zeigen. Bergwerksdirektoren haben vor Gericht erklärt, sie würden es sich nie nehmen lassen, politisch unruhige Arbeiter zu maßregeln! Daß die Ärzte das Kampfmittel des Woylotts zu schätzen wissen, haben sie in ihren Kämpfen gegen die Krankenkassen bewiesen. Zahlreiche Syndikate, Kartelle usw. kommen nur durch energische Woylottandrohungen zustande. Aber nicht nur das Großkapital, sondern auch Mittelstandskreise arbeiten fleißig mit solchen Mitteln!

Welcher Mittel sich unsere bürgerlichen Bedienen, selbst wenn sie unter sich sind, lehren ein Hintertürchen auf die vor nicht allzu langer Zeit in Berlin stattgefundenen Kirchenwahlen, an denen unsere Partei beinahe ausschließlich unbeteiligt ist.

Anlässlich dieser Wahlen schrieb die „National-Zeitung“ in einem Th. M. gezeichneten Leitartikel am 16. November 1906: „Es ist sehr verständlich, daß auch sonst jeder erlaubte Zwang ausgeübt wird, um Stimmen für die eigene Richtung einzufangen. Ich höre die schöne Wendung im Wahlbureau: „Also endlich hat mein Schlichter gewählt, das ist sein Bild; ich habe den Keil noch heute morgen gesagt, daß wir nichts mehr von ihm nehmen, wenn er nicht für uns stimmt. Ein anderer hat dieselbe Drohung seinem Freiseur zugeordnet, der für ihn den feierlichen Gang schen machte. Vielleicht sogar dem Zahnarzt, dem Schuster, dem Möbelmacher...“

Natürlich ist das kein Terrorismus, allerdings nur, weil es „Staatsbehaltend“ waren, die in dieser Weise agitierten! Aber freilich, in allen diesen Fällen handelt es sich um besitzende Schichten. Untersuchen sie jedoch Arbeiter, ihren wirtschaftlichen Einfluß geltend zu machen, so hört einfach die Weltgeschichte auf. Das wäre ja noch schöner! Die Arbeiter bilden sich

ein, sie könnten mit ihrem Gelde machen, was sie wollten? Da sind sie im Irrtum! Der Teil des Wertes des von ihnen geschaffenen Produktes, den ihnen der Kapitalist ausbezahlt, gehört von Gottes und Rechts wegen den Arbeitern, Pfandleihern, Hauswirten usw., wie ihnen das Marx schon im kommunistischen Manifest klar gemacht hat. Greivliche Annahme ist es, wenn sie sich die Leute aussuchen wollen, denen sie das Geld hintragen.

Wenn Bülow die öffentliche Stimmgabe beiseite lassen will, so tut er das doch nicht, damit die Arbeiter anderen Leuten Vorschriften machen können! Das wäre ja die verkehrte Welt!

Die Arbeiter freilich werden trotz Bülows und des freistünd Entzuges kein Mittel unversucht lassen, die schmachvolle Ueberzeugungserneuerung durch die öffentliche Abstimmung zu Fall zu bringen!

Politische Uebersicht.

Berlin, den 1. Juni 1908.

Bülow und die Reichsapanage.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ dementiert die Meldung der Korrespondenz Both, die Regierung habe im Frühjahr bei den Führern der Blockparteien unter der Hand angefragt, wie sie sich zu einer Reichsapanage für den Kaiser stellen würden. „Diese Angaben“, schreibt das Kanzlerblatt, „sind unwahr; der Reichskanzler hat in keinerlei Form wegen einer Reichsapanage verhandelt und niemals an eine solche auch nur gedacht.“

Haben schon an und für sich die Dementis der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ recht wenig Wert, da, wie allgemein bekannt ist, jene Nachrichten, die sie bestritten hat, sich meist später als richtig erwiesen haben, so erst recht diese höchst eigenartige Bestreitung. Die Korrespondenz Both hat vom Reichskanzler gar nicht gesprochen; und es dürfte wohl nur recht wenige Einfältige im Weisse geben, die beim Lesen der Bothschen Meldung angenommen haben, Fürst Bülow habe persönlich die Sondierungen vorgenommen. Für solche Dinge hat er doch seine Leute.

Prinz Ludwig von Bayern über die „Leutenot“.

Der künftige bayerische König, der Prinz Ludwig von Bayern, hat schon verschiedentlich dadurch den Unwillen der Blätter vom Schlage der „Deutsch. Tagesztg.“ und „Kreuzztg.“ herausgefordert, daß er Neben hält, die oft zu den belanntesten kaiserlichen Festreden in scharfem Widerspruch stehen. Auch gestern, auf der 42. Wanderversammlung der bayerischen Landwirte in Bamberg, hat er wieder eine Ansprache gehalten, die den Krückerianern und Normännern nicht passen dürfte. Er sagte nämlich nach dem telegraphischen Bericht des „Berliner Lokal-Anzeiger“, daß es zwar wünschenswert sei, am hergebrachten Bewährten festzuhalten, aber nicht zwingend an Festern zu bleiben. Zur Leutenot auf dem Lande hat er den bemerkenswerten Ausdruck: „Wenn man die Löhne dretet, worauf die Arbeiter mit Recht Anspruch machen, dann fehlt es auch nicht an den notwendigen Arbeitern.“

Es ist zwar keine tiefe Weisheit, die der Prinz Ludwig verleiht hat, doch trotzdem dürfte sie an die Fassungskraft der ostelbischen Junkerhirne zu große Ansprüche stellen.

Eine nicht veröffentlichte Kaiserrede.

Die offiziös gepselste Presse veröffentlicht in breiter Ausführlichkeit die Reden, die Wilhelm II. beim Empfang des Schwedenkönigs an der Kadafel gehalten hat. Dagegen verschweigen alle Blätter den Wortlaut einer längeren Rede, die Wilhelm II. auf dem Tempelhofer Felde, nach der Parade, bei der Ueberreichung der „Säcular-Fahnenbänder“ an das 2. Garderegiment zu Fuß und das erste Bataillon der Alexandriner gehalten hat.

Die offizielle Feststellung des Wortlautes dieser Rede würde doch um so geringere Schwierigkeiten bereiten, als sie von einer Reihe von Blättern abgelesen wurde! Sollte trotz der sorglichen Vorbereitung diese Rede wiederum der nachträglichen Korrektur bedürfen?

Herr Werschel

erzucht uns auf Grund des § 11 des Preßgesetzes um die Aufnahme dieser Verächtigung:

In Nr. 125 des „Vorwärts“ vom 30. Mai d. J. wird in dem Artikel „Eine Verächtigung des Herrn Werschel“ behauptet, daß ein von mir gestellter, Gesetz geordneter Antrag dem Arbeitgeber die Anzeigepflicht über das Einkommen der von ihm beschäftigten Arbeiter auferlege.

Diese Behauptung ist un wahr. Ich habe nie einen Antrag gestellt, welcher dem Arbeitgeber eine Anzeigepflicht über das Einkommen der von ihm beschäftigten Arbeiter auferlegt, sondern gegen dahingehende Anträge von nationalliberalen und konservativen Seite im Abgeordnetenhaus gestimmt.

Dr. Werschel,
Landtagsabgeordneter.

Diese Nichtigstellung hätten wir auch ohne die Drohung, mit dem § 11 gebracht. Stellt sie doch nur ein stillschweigendes Versehen richtig, das durch frühere Darstellungen des „Vorwärts“ selbst bereits mehrfach berichtigt ist. Herr Werschel hat natürlich nicht die Angabepflicht der Arbeitgeber beantragt, sondern diese bereits früher gesetzlich festgelegte Angabepflicht „nur“ dadurch verschärft, daß er den Antrag einbrachte, die Hausbesitzer zur Angabepflicht über die Arbeitsstätte der bei ihnen wohnenden Arbeiter zu zwingen, damit es, wie Herr Werschel selbst ausführte, dem Unternehmer leichter falle, anstandslos alle Arbeiter mit ihrem Einkommen der Steuerbehörde zu benutzieren!

Gegen eine ähnliche Deutungsansicht der Banken und Geldinstitute über das Vermögen der Bestreuten aber legte sich bekanntlich Herr Werschel mit edlem Eifer ins Zeug!

Auch ein Demokrat.

Herr Konrad Haußmann, der Demokrat, hat sich für verpflichtet gehalten, in dem Wahlkampfe gegen die Demokratie Stellung zu nehmen. Nach der „Frankfurter Zeitung“ hat er ausgeführt:

„Die Sozialdemokratie will die Abschaffung des Dreiklassenwahlrechts, und zwar will sie die Klasse, die jetzt berechtigt, durch eine andere ersetzen, durch die eigene. Das ist aber die Befestigung des Klassenkampfes, den die Sozialdemokratie als ihre Hauptaufgabe betrachtet, und sie verlangt dafür noch Unterstützung von uns, die wir Gegner des Klassenkampfes sind... Wie können sie deshalb nicht unterstützen, weil wir ja sonst unseren innersten Gefühlen und Gedanken untreu würden.“

Ist dieser Demokrat doch ein genialer Politiker! Seit Jahrzehnten spielt er die Rolle eines politischen Führers und weiß nicht einmal, daß die Sozialdemokratie den Klassenkampf führt, um die Klassenherrschaft zu beseitigen! Gerade das Eintreten der Sozialdemokratie für das allgemeine und gleiche Wahlrecht für Preußen ist ein Beweis für den ehrlichen Willen der Sozialdemokratie, die Klassenpolitik zu beseitigen. Im demokratischen Wahlrecht kommt der Wille des Volkes zum Ausdruck. Wäre Herr Haußmann ein wirklicher Demokrat, so müßte er unter allen Umständen mit der Sozialdemokratie gemeinsam kämpfen. Aber Herr Haußmann ist es offenbar mit der Abschaffung des heutigen Klassenwahlrechts und der ganzen wirtschaftlichen

Klassenherrschaft nicht ernst. Seine innersten Gefühle und Gedanken“ verbinden ihn mit der Klassenherrschaft der Besitzenden. Dieser noch nicht 10 Prozent, die die 90 Prozent des Volkes kraft ihrer Klassenprivilegien und ihrer ökonomischen Uebermacht politisch entrechten und ökonomisch ausbeuten zu dürfen glauben!

Das gesteht Herr Haußmann in einem späteren Satze auch ganz ruhig zu. Er sagt nämlich, das auch für ihn maßgebende politisch-psychologische Moment bestehe „in der Vorstellung, daß die Zustände, denen wir unter sozialdemokratischer Vorherrschaft entgegenzusehen, nicht besser sind als die jetzigen, weil man glaubt, daß der Nachdruck der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften auch nicht Deutschland auf eine höhere Kulturstufe hebt als der Nachdruck der Junker.“

Herr Haußmann ist eben kein wirklicher Demokrat, das heißt kein Vorläufer des Volkswillens, sondern nur ein Vertreter jener kapitalistischen Schichten, die zwar die Junker und den Adel hassen, aber mindestens ebenso sehr, ja noch mehr die große Masse der Nichtbesitzenden, die endlich auch für sich Menschen- und Bürgerrechte heischt! Für den „Demokraten“ Haußmann besteht das Volk, für das er „Demokratie“ verlangt, nur in den paar Prozent des Bürgertums, das um Durchsetzung seiner Klasseninteressen sich kühn gegen das Junkertum, um so brutaler aber gegen die große Masse des bedürftigen Volkes kämpft!

Auflösung des preussischen Abgeordnetenhauses.

Bekanntlich ist das preussische Abgeordnetenhaus nach seiner letzten Sitzung nicht aufgelöst worden, so daß bisher noch immer das Abgeordnetenhaus bestand. Jetzt ist durch kaiserliche Verordnung vom 1. Juni, die der „Reichs-Anzeiger“ publiziert, die Auflösung erfolgt und das preussische Staatsministerium mit der Ausführung der Verordnung beauftragt.

Wie der Freisinn die „Notleidenden“ schont!

Es befahlen im Jahre 1905 (vergl. das vom Königl. Statist. Landesamt herausgegebene Jahrbuch für den preussischen Staat für 1906, Seite 26) in Preußen an Vermögen:

Jensiten	Vermögen	also Gesamtvermögen
13.	39—214 Millionen Mark	1033,5 Millionen
41.	18— 38 „	1016,5 „
65.	13— 38 „	1008,5 „
91.	9— 13 „	1008,5 „
210.	9—214 Millionen Mark	4067 Millionen

Zweihundertundzwei preussische Millionäre besaßen also im Durchschnitt ein Vermögen von je 20 Millionen Mark!

Im ganzen versteuerten 1905 2848 preussische Jensiten mit mehr als 100 000 Mark Einkommen, also Millionäre, nach Abzug aller Schulden ein Vermögen von

12 234 Millionen Mark!

Jeder einzelne dieser 2848 Millionäre besaß demnach ein Vermögen von 4,3 Millionen Mark!

Der Anteil an dem versteuerten Gesamtvermögen wuchs bei diesen 2848 mehrfachen Millionären seit 1895

von 11,6 auf 15,2 Prozent!

Der Anteil aller Jensiten mit einem Einkommen von weniger als 6000 Mark an dem versteuerten Gesamtvermögen sank in dem gleichen Zeitraum

von 45,4 Prozent auf 40,1 Prozent!

Trotzdem will der Freisinn die neuen Steuern zur Hauptsache statt durch eine Erhöhung der Einkommens-, Vermögens- und Erbschaftsteuern auf die großen Einkommen und Vermögen durch

nene indirekte Steuern

aufgebracht wissen!

Das Konsumenteninteresse der Arbeiter.

In einer von ärztlicher Seite herausgegebenen Schrift über Konsumenteninteressen und Arbeiterbewegung (Verfasser Peter Schlad, Mülheim-Rhein) heißt es:

„Außer dem Produzenteninteresse hat der Arbeiterstand noch wichtige Interessen als Konsument. 90 bis 95 Proz. seines ganzen Einkommens verkonsumiert der Arbeiter an den notwendigen Lebens- und Bedarfsgegenständen. Daraus geht mit aller Deutlichkeit hervor, daß es ihm nicht gleich sein kann ob die Produkte gut oder schlecht, billig oder teuer sind. Ihm kann es nicht gleichgültig sein, ob mit der Erzeugung eines besseren Lohnes auch seine Wirtschaftsbefürnisse bezart im Preise steigen, daß damit sein Mehrverdient wieder absorbiert wird. Der Arbeiter hat allen Grund im Interesse seiner selbst sowie auch seines Standes dafür zu sorgen, daß die Früchte seiner gewerkschaftlichen Tätigkeit ihm auch voll und ganz verbleiben. Um dies zu erreichen, muß er versuchen, auf die Preisbildung seiner notwendigen Konsumartikel Einfluß zu gewinnen.“

Es wäre gut gewesen, wenn die katholischen Arbeiter diese Erkenntnis auch damals betätigt hätten, als es sich darum handelte, die große Preissteigerung abzumenden, die zum Verten der Agrarier auf die notwendigen Lebensmittel gelegt werden sollte; beim Zolltarif. Damals aber haben sich die katholischen Arbeiter, nach anfänglichem Widerstreben, für die zollwucherischen Pläne des Zentrums breitschlagen lassen; sie haben dadurch mitgewirkt an der Verteuerung der täglichen Lebens- und Bedarfsmittel; sie haben den Agrariern die Vorteile zugesichert, die die Arbeiter sich durch Ausnutzung des guten Geschäftsganges hätten verschaffen können. Die christlichen Arbeiter sind eben so töricht, ein Pferd vorn und eins hinter den Karren zu spannen, indem sie meinen, Arbeiterpolitik im Gefolge einer kapitalistisch-junkerschen Partei treiben zu können.

Oesterreich.

Der Bauernmord von Czernichow.

Czernichow, 27. Mai. (Sig. Ber.) 21 Kilometer entfernt von Larnopol liegt Czernichow — ein kleines, armes, podolisches Dorf. Umgefaßt 1600 Einwohner bewohnen das Nest. Weiß blutarme Leute, die als Tagelöhner ihr erbärmliches Auskommen finden.

Der Eigentümer Czernichows ist Graf Julius Korchtowski, ein feindseliger Schlächler. Trotz seines richtigen Richtsinn ist der Mann — wie so mancher polnische Magnat — ungeheuer schmutzig. Um 30 Kreuzer täglich müssen auf seinen Gütern Bauern 18 bis 18 Stunden kaufen. Die Not seiner Untertanen hat der noble Herr zu einem Objekt unerhörter Ausbeutung gemacht. Wehe dem, der einen Polkspan von den gräßlichen Wäldern zu ent-

wenden“ such! Der hat es mit den Gerichten zu tun, denn der Herr Graf kennt keine Sentimentalität, wenn es sich um Geld handelt. Und die gräßlichen Wälder wissen die tüchtigen Wäldern prompt auszuführen. Kein Wunder, daß sich unter den schwebenden Bittichen des polnischen Grafen eine zum Himmel schreiende Not eingebürgert hat.

Ich habe so manches galizische Dorf kennen gelernt, habe aber kaum irgendwo ein so schreckliches, unverschuldetes Elend gesehen, wie in Czernichow. Ich habe Bauern gesprochen, die das ganze Jahr kein Fleisch und sehr oft kein Brot kosten. Saure und Kartoffeln, von Zeit zu Zeit der verächtliche „barszcz“ (rote Rüben-suppe) machen ihr tägliches Menü aus. Mit Stroh und getrockneten Dünger wird im Winter geheizt.

Kein Wunder, daß aus diesem Korchtowski'schen Paradies jahraus, jahrein Tugende von Bauern, Männer und Frauen, nach Breußen, Sachsen, Westfalen, Siz und da auch über den Ozean auswandern.

Nun wird das Dörfchen des Herrn Korchtowski von einem kleinen Fluße namens Sereth durchschnitten. Der Fluß war für die Einwohner Czernichows eine wahre Wohltat in ihrem Unglück. Hier konnten sie ihre Wäsche waschen, ihren Damm besuchend und, wenn es gut ging, hier und da ein kleines Fischlein fangen. So ging es im Dorfe lange Jahrzehnte. Eine Generation löste die andere ab und unbesritten bestand es zu Recht, daß das Fließlein Gemeineigentum sei. Nebenbei muß bemerkt werden, daß die im Sereth vorhandenen Fische lauter wertlose Gattungen sind. Nun kam das galizische Fischereigesetz, das die sogenannte Wasserrechte einführt. Diese Rechte sollten verpachtet und das Einkommen der Gemeindefische, eventuell der Gutsbesitzer überlesen werden. Auch in Czernichow war vor einigen Monaten eine solche Versteigerung. Der Bauer Trzerechowski überbot den Grafen Korchtowski, und es schien nichts im Wege zu stehen, daß er — der in Wirklichkeit als Stammvater der Gemeinde auftrat — das Fischereirecht erlange. Aber es geschah anders. Der Larnopoler Bezirkshauptmann Zawadzki hat das Recht dem Grafen Korchtowski zugesprochen. Als sich in dieser Angelegenheit bei Herrn Zawadzki der Abgeordnete dieses Wahlkreises, Genosse Oskapezki beschwerte, bekam er die Antwort: „Ich habe das Angebot des Herrn Grafen angenommen, weil er eine größere Garantie gibt, daß er besser wirtschaften wird.“

Dem Bauern Trzerechowski wurde aber die Entscheidung nicht mitgeteilt. Kein Wunder also, daß die Gemeinde ihr altes Recht weiter ausübte. Herr Korchtowski hatte auch anfangs gegen diese Interpretation nichts einzuwenden. Ein besonderer Zufall wollte es, daß der Herr Graf bei den letzten Landtagswahlen gegen den Bauern Paul Dumka durchfiel, und der Durchfall wiederholte sich vor kurzem bei den Wahlen in die Bezirksververtretung, der er als Bezirksmarschall lange Jahre präsidiert hatte. Diese Schmach mußte er nun rächen: er suchte Opfer, die ihm für die Wahniederlage teures Duhgegeld zahlen sollten — und er fand die Opfer.

Dies die historische Entwicklung des Czernichower Dramas.

Am Montag, den 25. Mai, gegen 4 Uhr nachmittags, wusch die Bäuerin Thella Trzerechowski ihre Wäsche am Ufer des Sereth. Neben ihr stand ihr Ehemann Gensko und fing Fische. Plötzlich kam der Förster Alfred Kirchner, begleitet von zwei Gendarmen, denen sich bald der dritte gesellte. Sie nahmen dem Jungen die Angel weg und erklärten die Mutter für verhaftet. Mutter und Kind begannen jämmerlich zu weinen. Unter Stoßwischen der Gendarmen — wie unzählige Jungen ausgen — wurde das arme Weib in das Gemeindefischereigebäude getrieben. Durch das Weinen des Weibes und durch das Geschrei der Gendarmen angelockt, kamen Leute angelaufen, meistens Frauen und Kinder. Dieses Häuflein von ungefähre zwanzig bis dreißig Personen begleitete die Verhaftete auf dem Wege zum Gemeindefischereigebäude. Bald erfuhr man auch die Ursache der Verhaftung. Große Entrüstung bemächtigte sich der Bauern. „Der Fluß gehört uns, wir müssen den Gensko in dem Sereth betragen, wer es anders bestimmt hat.“ hieß es während des Weges.

Endlich gelangte die Menge, die allmählich auf 100 bis 150 Personen angewachsen war, vor das Gemeindefischereigebäude. Der Förster trat ins Amt. Die Gendarmen blieben draußen in der Stellung „Gewehr bei Fuß“. Die Menge verhielt sich vollkommen ruhig. Einige erlahmte Leute, gewissemaßen Dorfälteste, verlangten den Gemeindevorstand zu sprechen. Die Gendarmen antworteten, er sei nicht zu Hause. „Wir haben ihn mit eigenen Augen gesehen!“ antwortete die Menge, und um sich persönlich zu überzeugen, ging der zwölfjährige Lala! in den Garten, um durch ein Seitenfenster hineinzugucken. Kaum näherte sich das Kind dem Hause, als plötzlich ein Schuß aus dem Innern des Gebäudes krachte. Das Kind sank tot zu Boden. Die Kugel hatte ihm den Schädel durchbohrt, das Gehirn drang heraus.

Unmittelbar nach diesem Schusse, den der Förster Kirchner abgefeuert hatte, schoffen die Gendarmen dreimal hintereinander. Der Erfolg blieb bekanntlich nicht aus. Fünf Tote, einige schwer Verwundete bedeckten das Feld; eine reiche Ernte dieses Tages, an dem Herr Dr. Sobrynski seine Kaufe als galizischer Statthalter erlangt hat.

Die hier angeführten Tatsachen sind an Ort und Stelle durch Verhör von Tugendigen Zeugen von den Abgeordneten Genossen Oskapezki und Waczynski festgesetzt und protokolllarisch aufgenommen worden. Auf Grund der vernommenen Zeugen, auf Grund des Augenscheines läßt sich einwillen folgendes mit Sicherheit feststellen:

1. Von einem Angriff kann keine Rede sein. Das Gebäude steht unversehrt da. Kein Stuhl, Tischchen fehlt an der Mauer. Eingeschlagen ist nur die Scheibe, wo der Schuß des Försters fiel.
2. Die Gendarmen hatten nicht den mindesten Grund, zu schießen, zumal, da sie von ihren Kameraden zuvor keinen Gebrauch gemacht hatten — wie es ihnen die Instruktion vorschreibt. Ebenfalls steht fest, daß sie ohne vorheriges Kommando in die fliehende Menge von Weibern und Kindern schoffen, daß alle Opfer, mit einer Ausnahme, von hinten getroffen sind.

In Czernichow ist ein frocher Nord gesehen, und die Sozialdemokraten im österrichischen Parlament werden mit allem Nachdruck und Energie Sühne heischen. Die Herrschaft des amtlichen Nordes in Galizien muß gebrochen werden.

Angarn.

Schulreform.

Sudabest, 1. Juni. Abgeordnetenhause. Kultusminister Apponi brachte eine Gesetzesvorlage ein, nach der der Volksschulunterricht in Zukunft unentgeltlich sein soll. Der Minister sprach dabei die Hoffnung aus, daß infolge dieser Erleichterung der Schulbesuch bedeutend zunehmen werde.

England.

Die Königsreise nach Neval.

London, 30. Mai. Nächsten Donnerstag findet die Beratung über den auswärtigen Etat statt. Um eine Erklärung des Ministers des Auswärtigen über die Reise des englischen Königs zu provozieren, beschloß die Arbeiterfraktion, die Verabschiedung des auswärtigen Etats um 100 Pfund Sterling zu beantragen. Der Antrag wird ihr die gewünschte Gelegenheit geben, die Resolution des Genossen O'Grady wieder aufzunehmen.

Der Arbeiterabgeordnete Summerbell überreichte dem Sekretär des parlamentarischen Bureaus folgende Fragen, die er an den Minister des Auswärtigen richten möchte: „Ist es dem Minister bekannt, daß in den elf Monaten bis zum 19. April 1908 die Zahl der kriegsgerichtlich hingerichteten politischen Gefangenen 1050 betrug; daß in den 28 Monaten bis zum

Februar 1908 nicht weniger als 78 000 politisch verdächtige Personen auf administrativem Wege ins Exil geschickt wurden?

„Ist es die Absicht der Regierung, dem Jaren mitzuteilen, daß derartige Methoden der Behandlung von Personen, die für Verfassungsreform agitieren, den Gerechtigkeitsinn des britischen Volkes verletzen, und daß sie — wenn fortgesetzt — zur Zurückziehung der britischen Vertreter vom russischen Boden führen müssen?“

„Ist es dem Minister des Aeußern bekannt, daß im Laufe der letzten zwölf Monate 81 Gewerkschaften von der russischen Regierung gewaltsam aufgelöst und alle Gewerkschaftszeitungen unterdrückt wurden; daß in den Monaten Januar und Februar dieses Jahres 1246 Bauern und Arbeiter zum Tode oder zur Verbannung für politische Vergehen verurteilt wurden?“

„Wird er dem König raten, den offiziellen Besuch beim Jaren zu unterlassen, bis letzterer sein Versprechen ausführt, Redefreiheit für alle in der konstitutionellen Agitation tätigen Personen zu gewähren?“

Der Sekretär des Bureaus lehnte es ab, diese Interpellation anzunehmen, da sie innere Fragen eines Landes behandle, mit dem der Minister nichts zu tun habe.

Die Leitung der sozialdemokratischen Partei nahm folgende Resolution an:

„Wir verurteilen aufs nachdrücklichste die Handlung des Königs und seiner Berater, indem sie die Staatswüste des Königs zum Jaren in einem Momente arrangierten, als die zarische Regierung die brutalsten Methoden der Behandlung von Personen, die auf den Sturz der korrupten und erbarmungslosen Bureaucratie abzielt. Wir fordern alle freiheitsliebenden Männer und Frauen unseres Landes auf, gegen diese jeden repräsentativen Charakters bare Demonstration britischer Freundschaft für die moskowitzische Autokratie zu protestieren.“

Unter der Ueberschrift „Eine Beleidigung unseres Landes“ schreibt Genosse J. R. Macdonald, der Sekretär der Arbeiterpartei, im „Labour Leader“:

„Es wird amtlich mitgeteilt, daß unser König mit dem Jaren von Rußland zusammentreffen wird. Wird unser Volk sich diese Beleidigung gefallen lassen? Der Zar ist ein gemeiner Mörder. Er läßt täglich seine Untertanen zu Tausenden niederschleichen. Die Sandflächen bei Riga sind rot gefärbt mit dem Blute der Besten der Menschheit, der Märtyrer für die Sache der konstitutionellen Freiheit. Russische Gefängnisse sind voll von Männern und Frauen, deren einziges Verbrechen darin besteht, daß sie Freiheit und ihre Nebenmenschen lieben. . . Für all das Blutvergießen, für alle diese Torturen, für alle diese Rot ist der Zar verantwortlich.“

„Unser König hat sich bis jetzt diskret benommen. Welch böser Schatten hat jetzt seine Einsicht getrübt? Das Oberhaupt eines auf seine Verfassungsfreiheit stolzen Staates in vertrauter Unterhaltung mit einem blutbesten Geschöpf wie dem Jaren bietet ein Schauspiel widerlichen Zynismus und bringt neue Schande über sein Volk. Aber das Volk muß seine Meinungen aussprechen. Für uns von der unabhängigen Arbeiterpartei ist die Schande besonders schmerzhaft, und wir haben die unaufschiebbare Pflicht, klar darüber zu sprechen. In den Hunderten von Versammlungen, die unsere Partei in den nächsten Tagen veranstaltet, sollen Resolutionen angenommen werden, in denen der König aufgefordert wird, seinen Besuch aufzugeben. Schicken wir die Resolutionen direkt an den König und an Sir Edward Grey. . . Dem russischen Volke reichen wir die Hand der Freundschaft; dem russischen Jaren sprechen wir unsere Verachtung aus.“

Ebenso wie die englischen Arbeiter protestieren die französischen gegen den Besuch des Staatsoberhauptes beim Jaren. Unter dem Titel „Eine Schande“ schreibt die „Humanité“:

„Wir konnten gar nicht glauben, daß unter der Regierung Clemenceau, der einst in bewundernswürdiger Weise die zarischen Banditen brandmarkte, das republikanische Frankreich seine Unterwerfung unter das abscheuliche autokratische Regime vollziehen, daß es seine Solidarität proklamieren werde mit den schlimmsten Feinden, mit den Henkern des russischen Volkes. In Rußland gibt es keine Regierung, sondern nur eine Räuberbande. Kein diplomatischer Vorwand, keine ausgeklügelten Kombinationen, können den Besuch des Oberhauptes eines Staates rechtfertigen, der sich demokratisch nennt, können diesen Besuch bei einem gekrönten Banditen entschuldigen, welcher seinen Eid gebrochen hat, welcher alle Freiheiten seines Landes erdroßelt und offen die Vereinigung jener Mörder begünstigt, der schwarzen Hundert.“

Italien.

Militärische Lohnbewegung.

Rom, 1. Juni. 1800 Infanterieoffiziere haben eine Adresse an den Kriegsminister unterzeichnet, worin sie Einspruch erheben gegen die Beschlüsse des Untersuchungsausschusses über die Lage der Offiziere. Sie fordern eine Erhöhung ihrer Bezüge. „Giornale d'Italia“ bedauert dieses Vorgehen und brüdt die Ansicht aus, daß dies ein Vergehen gegen die militärische Disziplin darstelle. —

Serbien.

Die Wahlen.

Belgrad, 1. Juni. Bei den gestrigen Wahlen zur Skupschtina sind 81 Regierungskandidaten, 46 Junggraditale, 16 Nationalisten, 8 Fortschrittler und 1 Sozialdemokrat gewählt worden. In 8 Wahlkreisen sind Stichwahlen nötig. In Belgrad sind 3 Junggraditale und der Finanzminister Patschu gewählt worden. —

Türkei.

Die Insel Samos.

In den letzten Tagen sind wieder einmal Unruhen auf der Insel Samos ausgebrochen. Der letzte Grund dieser Unruhen ist das Streben der Samioten, sich von der türkischen Herrschaft zu befreien und sich Griechenland anzuschließen. Heute ist die Insel der Türkei tributpflichtig, und ihr Fürst, der griechischer Nationalität sein muß, wird vom Sultan ernannt. Streikgeleiteten mit dem Fürsten führten auch diesmal zum Aufstand. Dazu kam noch ein soziales Motiv. In letzter Zeit wurde die Zigarettenmaschine eingeführt. Da nun ein großer Teil der Bevölkerung von der Herstellung von Zigaretten lebt, verlangten sie — angeblich — die Beseitigung der Maschinen. Der Fürst wurde gefangen genommen, und die Pforte hat trotz der Mahnungen zur Milde von England, Frankreich und Rußland den Garantien der samiotischen Verfassung, Kriegsschiffe nach der Insel geschickt und Truppen gelandet. Wie heute aus Konstantinopel telegraphiert wird, haben die Türken nach heftigem Kampfe die Insel besetzt. Die Insurgenten sind in das Innere der Insel geflüchtet. Der Führer Sotulis, welcher sich übers Meer nach Griechenland flüchtete, wird von einem türkischen Schiffe verfolgt.

Die Vandenkämpfe.

In letzter Zeit häufen sich wieder die Meldungen über den unablässigen Vandenkrieg in Mazedonien, dessen Gräueln zu

steuern die türkische Verwaltung gänzlich unfähig ist. Aus Konstantinopel, 1. Juni, wird telegraphiert:

Eine hundert Mann starke griechische Bande überfiel das bulgarische Dorf, Kuzenec im Bezirke Koriza. Einem in der Nähe befindlichen Truppendetachement gelang es im Verein mit Gendarmerie, die Bande zu verjagen, nachdem diese sieben Dorfbewohner getötet und zwei verwundet und etwa zwanzig Gebäude niedergebrannt hatte. Bei dem Dorfe Tefali, unweit Soloniki, wurden fünfzig bulgarische Feldarbeiter beim Heuaufladen von einer griechischen Bande aus einem Walde beschossen. Sieben Feldarbeiter sind hierbei getötet worden. Eine Verfolgung der flüchtigen griechischen Bande hatte kein Resultat. —

Japan.

Der Aufstand auf Formosa.

London, 1. Juni. „Daily Telegraph“ meldet aus Tokio: Die auf Formosa befindlichen japanischen Truppen haben fünfzehn Quadratmeilen des sechzig Meilen großen Aufstandsgebiets eingeschlossen. Die Mehrzahl der Eingeborenen des Distrikts hat ihre Unterwerfung angeboten.

Marokko.

Gefangen.

Casablanca, 28. Mai. Im französischen Konsulat wurde heute Mohammed Ben Sarbi Saïdi Sohar eingeliefert, der am 30. Juli v. J. den Heiligen Krieg gepredigt, die Muselmanen zum Verlassen ihres Dienstes bei Europäern aufgefordert und die Aufhebungen veranlaßt hatte, die den Megeleien vorgegangen waren. Der Gefangene soll morgen verhört werden.

Gewerkschaftliches.

Eine zusammengebrochene Verleumdung.

Der Vorstand des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands sah sich genötigt, die ehemaligen Verbandsmitglieder und Angestellten Spaniol und Heinen zur Rechenschaft zu ziehen wegen unerhörter Verdächtigungen, die die Genannten gegen die Verbandsleitung verbreitet hatten. Die Hauptverleumdung war, es seien 10 000 M. von dem Verbandskassierer unterschlagen worden. Da die Verbreiter dieser Verleumdungen, dazu vom Vorstand aufgefordert, den Beweis für ihre Behauptungen nicht zu erbringen vermochten, aber auch nicht Anstandsgefühl genug besaßen, den Verleumdungen die ihnen zustehende Genugtuung zu geben, so schloß der Verbandsvorstand die beiden aus dem Verbandsaus. Gegen Heinen wurde gerichtlich vorgegangen, mit dem Resultat, daß vor Gericht sich die sämtlichen Anschuldigungen gegen die Verbandsverwaltung als beweisloses Geschwätz und krankhaftes Phantasieprodukt erwiesen. Seinen wurde gerichtlich verurteilt.

Das hielt ihn und seinem Kumpan Spaniol nicht ab, trotzdem in von ihnen einberufenen Versammlungen die schwersten Verleumdungen gegen den Vorstand des Bergarbeiterverbandes zu wiederholen. Dieserhalb hat der Verbandsvorstand gerichtliche Klagen angehängt.

Vom „Gewerksverein christlicher Bergleute“ wurde, um die Aufmerksamkeit der über das Verhalten des Generalsekretärs Wehrens beim Reichsvereinsgesetz empörten Bergarbeiter abzulenken, eigens ein ungeheuerliches Sudelblatt massenhaft verteilt, worin die Behauptungen Spaniols und Heimens über „Geldunterschlagung seitens der Verbandsverwaltung“ usw., zentrumschriftlich ausgeschmückt, der Arbeiterschaft mitgeteilt werden.

Wie die Prozesse gegen die Verleumder und die Verbreiter der Verleumdungen ausfallen werden, das ist schon jetzt entschieden.

Der Verbandskassierer Horn hat es vorgezogen, nicht erst die Erledigung der Privatklagen abzuwarten, sondern gleich vor die richtige Schmiede zu gehen. Horn hat den Staatsanwalt aufgefordert, gegen ihn (Horn) wegen angeblicher Geldunterschlagung vorzugehen! Die Selbstanzeige lautet:

Anzeige des Kassierers Paul Horn, zu Bochum, Wicmelhauser Straße 42, gegen sich selbst.

In der Privatbeleidigungsklage des Vorstandes des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands gegen den Bergmann Johann Heinen zu Steele hat in der am 12. Februar 1908 vor dem königlichen Amtsgericht in Steele stattgefundenen Hauptverhandlung der Angeklagte Heinen sowie auch der als Zeuge vernommene Arbeitersekretär Spaniol bekundet, mir, dem Unterzeichneten, hätten am Jahresschlusse 1903 10 000 M. in der Verbandskasse gefehlt.

Da diese Bekundungen vor Gericht gemacht wurden, erwarde ich ein Ermittlungsverfahren der königlichen Staatsanwaltschaft gegen mich. Weil ein solches bis dato noch nicht eingeleitet ist, stelle ich hierdurch ausdrücklich den Antrag:

Gegen meine Person das Ermittlungsverfahren wegen Unterschlagung oder Untreue einzuleiten.

Nachbenannte Personen können über die derzeitige Geschäftsführung und Kassenerhältnisse ausfragen. (Folgen die Namen von 18 Personen, die nach der Behauptung von Spaniol, Heinen und Genossen Kenntnis von der Unterschlagung haben sollten.)

Ich bin auch zur Vorlegung der Geschäftsbücher bereit. Bochum, den 9. März 1908. Paul Horn.

Weiter sandte Horn noch folgende Ergänzung der Selbstanzeige an die Staatsanwaltschaft, um ihr nach Kräften in der Ermittlungssache behilflich zu sein:

An den Herrn königlichen Ersten Staatsanwalt zu Bochum.

Betrifft Anzeige des Kassierers Paul Horn, zu Bochum, Wicmelhauser Straße 42, gegen

sich selbst, wegen Unterschlagung und Untreue.

Meine Anzeige vom 9. März 1908 ergänze ich hierdurch noch durch nachstehende Angaben.

Der in der Anzeige genannte frühere Arbeitersekretär Johann Spaniol zu Oberhausen hat in der Gerichtsverhandlung gegen den Bergmann Johann Heinen zu Steele seine Aussage, mir hätten am Jahresschlusse 1903 10 000 M. in der Kasse gefehlt, noch dadurch ergänzt, daß er sagte, er mache die Bekundung auf Grund von ihm angelegter attemmäßiger Aufzeichnungen. Nach den Aufzeichnungen Spaniols soll am 8. Mai 1904 der in meiner Anzeige als Zeuge benannte Johann Götte zu Spaniol gesagt haben, er sei vergangene Woche in Bochum zur Revision der Verbandskasse gewesen und habe schwer arbeiten müssen, denn es fehlten 10 000 M. in der Verbandskasse.

Götte gehörte damals dem Kontrollauschuss an und bestreitet ganz entschieden, dem Spaniol solches gesagt zu haben.

Spaniol ist vom Vorstand unseres Verbandes wegen dieser Verleumdungen aus dem Verband ausgeschlossen worden.

Auf seine Beschwerde an den Kontrollauschuss hat dieser nach eingehender Prüfung den hier gedruckt beiliegenden Beschluß gefaßt.

Die Vernehmung der von mir angegebenen Zeugen wird ergeben, daß niemals auch nur das geringste an meiner Kassenerführung zu monieren war.

Bochum, den 30. März 1908. Paul Horn.

Die Staatsanwaltschaft hat darauf das Ermittlungsverfahren eingeleitet und eine Reihe Personen, darunter den Hauptanschuldiger Spaniol vernommen! Was bei der wochenlang geführten Untersuchung herausgekommen ist, besagt folgendes Schreiben der Staatsanwaltschaft:

Der Erste Staatsanwalt Bochum, den 25. Mai 1908. 7. J. 218/08 10

Auf Ihre gegen sich selbst gerichtete Anzeige vom 9. März dieses Jahres teile ich Ihnen mit, daß ich das Verfahren eingestellt habe. Die stattgehabten Ermittlungen haben keine Anhaltspunkte dafür ergeben, daß Sie Gelder unterschlagen oder veruntreut hätten. In Vertretung: Wagner.

An den Kassierer Herrn Paul Horn in Bochum.

Damit ist die ganze von gewissenlosen Menschen gegen die Verwaltung des Bergarbeiterverbandes injizierte Verleumdungsbege kläglich zusammengebrochen! Die Staatsanwaltschaft, der nach Belieben Zeugen und auch die Geschäftsbücher des Verbandes zur Verfügung standen, erklärt, es seien weder Unterschlagungen noch Veruntreuungen vorgekommen!

Berlin und Umgegend.

Ein Appell an die Bauhilfsarbeiter Berlin und Umgegend!

In einer Versammlung der Bauhilfsarbeiter, die am Sonntag bei Freyer in der Koppenstraße stattfand, sprach Wilhelm Brandenohr-Hamburg über: „Die jetzigen Verträge im Bau-gewerbe und welche Bedeutung haben dieselben für die Berliner Bauarbeiter?“ Der Redner besprach zuerst die Kämpfe um den jetzigen Tarif. Die Organisation der Arbeiter habe mit diesem Tarif alles erreicht, was nach Lage der Dinge zu erreichen war. Dem Druck der schlechten Konjunktur habe sich die Gewerkschaft nach Kräften entgegengekommen, um Verschlechterungen in den tariflich festgelegten Bedingungen zu vermeiden. Wenn keine Verbesserungen möglich waren, so trifft die Schuld jene Arbeiter, die den Wert der Organisation nicht zu schätzen verstehen und sich abseits halten oder den Verband verlassen, wenn ein Kampf verloren geht. Gerade nach einer verlorenen Schlacht sollten sich die Scharen um so dichter zusammen schließen. Der Redner ging auf den Streik von 1907 näher ein und verurteilte scharf, daß unter den Berliner Bauhilfsarbeitern so viel Entmutigung nach dem Streik einreihen konnte. Früher habe man von allen Orten mit Stolz nach Berlin geblickt, heute sei der Stand der Dinge beschämend, wobei man freilich die große Arbeitslosigkeit nicht vergessen darf. Die Verbandsleitung appelliert an alle Mitglieder, mit größter Energie die Kollegen für den Verband anzutreiben, damit nach Ablauf des jetzigen Vertrages, also nach zwei Jahren, 15 000 Bauarbeiter in Reich und Glied dastehen; um mit Erfolg eine Verbesserung der jetzigen Bedingungen ins Werk setzen zu können. Darin liegt die Bedeutung der bestehenden Verträge, daß sie uns zwei Jahre Zeit geben, um feiter und größer wieder aufzubauen, was 1907 eingestrichen wurde. Diese Zeit muß jeder nützen, keiner darf müßig sein und sich auf die Leitung des Verbandes verlassen. Die Hauptarbeit in der Agitation muß stets von den Mitgliedern geleistet werden.

In einer gegen wenige Stimmen angenommenen Resolution wird das Verhalten derjenigen Kollegen, die in der letzten Zeit dem Verband den Rücken gekehrt, sehr mißbilligend erwähnt und die Erwartung ausgesprochen, daß eine energische Werksarbeit für den Verband ins Werk gesetzt werde. — Von einer Diskussion wurde Abstand genommen.

Deutsches Reich.

Die Arbeiter am Kanalbau in Jerbst sind in den Auslands getreten. Es ist jetzt schon öfter vorgekommen, daß über Berlin fremde Arbeiter nach dort gekommen sind. Die Streikleitung bittet nun, Zugang fernzuhalten.

In den Differenzen im Hamburger Straßenbahnbetriebe. In der Nacht zum Sonntag fand eine zweite Versammlung der Straßenbahner statt, in welcher Bericht erstattet wurde über die bislang erfolglos verlaufenen Schritte wegen Wiederanstellung der gemahngestellten sechs Mitglieder des Rates (Ausschusses). Die von über 1500 Personen besuchte Versammlung nahm eine Resolution an, in der eine Kommission beauftragt wird, nochmals mit der Direktion Rücksprache zu nehmen. Sollte die Direktion die abermals zum Frieden gebotene Hand zurückweisen, so wird eine weitere Versammlung endgültig darüber Beschluß fassen, was weiter geschehen soll.

Ausland.

Der Kampf im Budapester Fleischhauergewerbe ist, wie schon telegraphisch kurz mitgeteilt, durch den Angriff auf einen Schlächterladen, wobei ein Streikbrecher getötet wurde, auf eine für die Streikenden unliebsame Weise abgebrochen worden. Obwohl nachweisbar die Streikenden mit den Tumulten nichts zu tun hatten, fand nun die Polizei die gewünschte Gelegenheit, gegen dieselben vorzugehen. Die Streikleitung wurde abgeführt, ihre Mitglieder zum Teil verhaftet; außerdem nahm man auch die sozialdemokratische Parteileitung des betreffenden Bezirks in Haft, insgesamt 14 Personen. Der Kampf gegen die Schlächtermeister wird aber nun mit Hilfe des Wohlwills weitergeführt.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Einem-Reinigung.

Bochum, 1. Juni. (B. L. B.) Der Redakteur Stein-kamp vom sozialdemokratischen „Volkblatt“ ist heute von der Strafkammer wegen Beleidigung des Kriegsministers von Einem zu einem Monat Gefängnis verurteilt worden. Die Beleidigung wurde gefunden in einem Artikel über die Antwort des Kriegsministers im Reichstag über die Lgnar-Eulen-burgaffäre.

Sug-Entseifung.

Stahlweihenburg, den 1. Juni 1908. (B. S.) Der vom Pragerhof kommende Personenzug Nr. 205 ist gestern nachmittags in der Nähe der Station Sgemes aus bisher unbekanntem Ursachen entgleist. Mehrere Wagen wurden zertrümmert, ein Schaffner wurde schwer, mehrere Passagiere leichter verletzt.

Der Blitz.

Karlruhe, 1. Juni. (B. S.) Am Sonntag schlug der Blitz in das Anwesen von Roefig und tötete den Besitzer und zwei Kühe. Salense, 1. Juni. (B. S.) Eine Radfahrer-Gesellschaft wurde hier vom Gewitter überfallen. Der Arbeiter Dyka wurde vom Blitzstrahl getroffen und war sofort tot.

Orkan.

Ghabarowsk, 1. Juni. (B. L. B.) Infolge eines Orkans kenterte auf dem Amurflusse eine Bark, auf der sich arretierte Chinesen befanden. 6 Mann von der Bewachungsmannschaft und 83 Chinesen ertranken.

Parteigenossen!

In seiner letzten Sitzung nahm der Zentralvorstand Stellung zu den bei den jetzigen Urwahlen sich etwa notwendig machenden Stichwahlen der Wahlmänner in Groß-Berlin.

Wahrend natürlich die hierauf bezüglichen Beschlüsse der preussischen Landeskommission.

Parteigenossen! Daß bei der charakterlosen, volksverräterischen Haltung der sogenannten Freisinnigen ein Zusammengehen mit ihnen sich für uns von selbst verbietet, bedarf wohl nicht erst der näheren Begründung.

Für ein Zusammenwirken bei den Urwahlen kommen nun folgende Beschlüsse der Landeskommission in Betracht:

a) In den Landtagswahlkreisen, in denen nur ein Abgeordneter zu wählen ist, unterstützt die Sozialdemokratie in der Stichwahl die Wahlmänner der bürgerlichen Parteien nur dann, wenn deren Abgeordnetenandidat mindestens 5 Tage vor den Urwahlen schriftlich zu Händen des sozialdemokratischen Wahlkomitees auf dessen Anfrage erklärt hat, daß er für den Fall seiner Wahl ins Abgeordnetenhaus in der Session 1908 die Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen sowie neue Wahlkreiseinteilung beantragen oder für einen solchen Antrag stimmen wird, wenn er von anderer Seite beantragt wird.

Vor der Entscheidung ist außerdem die Zustimmung des Zentralwahlkomitees in Berlin einzuholen.

b) In Landtagswahlkreisen, in denen mehr als ein Abgeordneter zu wählen ist, unterstützt die Sozialdemokratie in der Stichwahl die Wahlmänner derjenigen bürgerlichen Parteien, deren Wahlkomitee sich bereit erklärt, ein Mandat der Sozialdemokratie abzutreten, vorausgesetzt, daß der zur Stichwahl stehende Wahlmann mindestens drei Tage vor der Wahl die Erklärung abgegeben hat, daß er unabhängig genug ist, bei den Abgeordnetenwahlen für einen sozialdemokratischen Kandidaten stimmen zu können.

Die Zustimmung zu einem Eintreten unsererseits für die Wahl der Herren Breitscheid oder Witt in der Stichwahl, ist seitens des sozialdemokratischen Zentralwahlkomitees bereits erfolgt.

Wir ersuchen nunmehr unsere Wahlleiter — soweit es noch nicht geschehen — sich umgehend mit den von der „Demokratischen Vereinigung“ aufgestellten Wahlmännern in Verbindung zu setzen.

Die Parole bleibt also: Keine Stimme einem offenen oder versteckten Wahlrechtsfeinde, — gleichgültig ob freisinniger oder konservativer Couleur. Nimmer mit dem Bülow'schen Wischmasch, — für die Demokratie, für das freie Wahlrecht!

Mit Parteigrüß
Der Zentralvorstand des Verbandes sog. Wahlvereine.

Ein sozialistisches Bankett.

Paris, 28. Mai. (Eig. Ber.)

Die Diskussion über die letzten Gemeindevahlen hat den Pariser Genossen stärker als je die Notwendigkeit einer periodischen Vereinigung der in den verschiedenen Partisektionen, in den Gewerkschaften und Korporationen tätigen Sozialisten zum Bewußtsein gebracht.

Kleines feuilleton.

Der entartete Spiritismus. Einen Preis von 2000 Frank für das Medium, das instande wäre, bei hellem Tageslicht einen auf einem Tisch liegenden Gegenstand aufzuheben, ohne ihn zu berühren, hatte vor einiger Zeit Gustave de Bon mit Unterstützung des Prinzen Roland Bonaparte und des Dr. Dariez ausgeschrieben.

Das größte Bifferblatt der Welt. Auf dem Eiffelturm in Paris erfolgt seit einiger Zeit eine nützliche Zeitangabe, die durch 10 Meter hohe, aus Glühlampen zusammengesetzte arabische Ziffern vermittelt wird.

veranstaltet hat. Für das Tageblatt der Partei, das nunmehr nach einer schweren Jugendzeit sein Fortleben gesichert sieht und daran denken kann, vermittelt einer Ausgestaltung, für die allerdings an die Hilfsbereitschaft der Parteigenossen appelliert werden muß, den Kampf gegen die kapitalistische Korruptionspresse wirksamer fortzuführen, war es eine Siegesfeier und die geeinigten Partei hatte darum auch die sozialistischen Parteien des Auslandes, die den Kampf der „Humanität“ mit Sympathie und tätiger Teilnahme verfolgt haben, geladen.

Nicht nur der Saal, sondern auch der anstoßende Garten waren dicht gefüllt. Ueber 1200 Genossen und Genossinnen waren dem Ruf der „Humanität“ gefolgt. Man sah so ziemlich alle bekannten Pariser Genossen und auch einige Deputierte aus der Provinz.

Den Vorsitz führte der Gemeinderat Genosse Landrin, assistiert von den Genossen Géliès, dem Leiter der Groß-einlaufgenossenschaft, und Latapie von den Metallarbeitern.

Es wäre unmöglich, auf die Reden der Genossen Landrin, Renaudel, Grade, Dubreuilh, Sembat im einzelnen einzugehen. Hervorzuheben ist aus Renaudels Mitteilungen über den Stand der „Humanität“, daß das Blatt jetzt eine Gesamtauflage von 77 000 hat.

Es kamen nun die ausländischen Delegierten zu Worte. Vandervelde schilderte die neueste Entwicklung in Belgien, das Vordringen des Sozialismus dank der angelegentesten gewerkschaftlichen Arbeit.

In einer zweistündigen Rede entwarf Jaurès ein Gesamtbild der sozialistischen Politik. Von besonderem Interesse waren seine Ausführungen über die internationale Situation und über die Aufgaben, die dem internationalen Sozialismus heute gestellt sind.

Die Diskussion über die letzten Gemeindevahlen hat den Pariser Genossen stärker als je die Notwendigkeit einer periodischen Vereinigung der in den verschiedenen Partisektionen, in den Gewerkschaften und Korporationen tätigen Sozialisten zum Bewußtsein gebracht.

Die Diskussion über die letzten Gemeindevahlen hat den Pariser Genossen stärker als je die Notwendigkeit einer periodischen Vereinigung der in den verschiedenen Partisektionen, in den Gewerkschaften und Korporationen tätigen Sozialisten zum Bewußtsein gebracht.

Blatt jedoch besitzt, wie nahezu selbstverständlich, Nordamerika, und zwar ist es eine große Uhrenfabrik in Thomaston (Conn.), die auf dem Dache einer ihrer Fabrikanlagen die riesige Anlage errichtet hat.

Humor und Satire.

Trost.

Ich du armer Abdul Waf! War das unten wieder oben und das oben wieder unten, Wie es nun einmal im bunten Wechsel der Berliner Meinung Regel ist.

Organisation wachsen die Ansichten auf die friedliche Entwicklung der internationalen Beziehungen, und wenn das sozialistische Proletariat in einem Lande die Macht erlangt haben wird, wird seine erste Tat sein, die Institution der internationalen Schiedsgerichte, für die sich die sozialistische Internationale ausgesprochen hat, nicht, wie es heute die Politik der rivalisierenden bürgerlichen Staaten will, zu einer beschränkten, sondern zu einer allgemeinen Einrichtung zu machen.

Der Chorgesang der „Internationale“ schloß das schöne Fest, das den Beweis erbracht hat, daß die Genossen der geeinigten Partei, die von den Clemenceau und Roujan „Niedergerittenen“, lebenskräftiger, kampfbereiter und zurechnungsfähiger sind als je.

VI. Generalversammlung des Verbandes der Deutschen Buchdrucker.

Bln, 30. Mai.

Ein Teil des fünften und der Vormittag des sechsten Verhandlungstages wurde durch nichtöffentliche Sitzungen ausgefüllt, in denen man den

Organisationsvertrag

erörterte. Das Ergebnis der Verhandlungen war folgende Resolution, die gegen vier Stimmen angenommen wurde:

Nachdem durch den Abschluß des Organisationsvertrages den Forderungen des Verbandes teilweise entsprochen ist, erklärt die 6. ordentliche Generalversammlung des Verbandes der Deutschen Buchdrucker, daß, obgleich durch Abänderung des § 4 des Vertrages ein wesentlicher Punkt eine Abschwächung erfahren, dennoch die Bestimmungen desselben zu akzeptieren, in der Erwartung, daß der Deutsche Buchdruckerverein die Mitarbeit des Verbandes zur Hebung des Gewerbes gebührend würdigt.

Darauf wird die

Stellungnahme zu den Sparten

diskutiert. Döblin unterbreitet im Auftrage des Vorstandes folgende Resolution:

„Um ein ersprießliches Zusammenarbeiten zwischen dem Verbandsvorstande und den Zentralkommissionen der Sparten herbeizuführen, finden nach Bedarf oder auf Wunsch der betreffenden Zentralkommissionen oder des Verbandsvorstandes gemeinsame Sitzungen statt, in welchen die Spartenvertreter beratende Stimme haben.“

Die Resolution des Vorstandes wird, nachdem die Vertreter der Sparten dazu gesprochen, angenommen, eine andere der Spartenvertreter abgelehnt.

Bln, 31. Mai.

Am 7. Verhandlungstage (Sonntag) wird mit der Beratung des Punktes

Gewerkschaftliche Neutralität

begonnen. Döblin bezieht sich in seinen einleitenden Ausführungen auch auf die Fragen der Stellung des Verbandes zur General-Kommission und der Abänderung des § 1 des Statuts, ferner auf die Stellung der Redaktion des „Korrespondenz“ zu diesen Punkten und das Verhältnis zur politischen Organisation.

Den Anschluß an die Generalkommission der Gewerkschaften haben wir für notwendig gehalten; wir sind gezwungen, mit der Gesamtheit zu gehen. Der Verband kann sich nicht von dem ausschließen, was die Arbeiterschaft hier geschaffen hat.

Notizen.

— Theaterchronik. Im Deutschen Theater wird am Sonntag, den 14. Juni, eine Gedächtnisfeier für Adolf L'Arronge stattfinden.

— Wie Gastspiele vorbereitet werden. Das frühere Mozartorchester, das sich nunmehr Altäthnerorchester nennt, bittet uns, gegenüber den ungünstigen Kritiken über seine Mitwirkung beim russischen Gastspiel festzustellen, daß für jede Oper nur eine, höchstens zwei Proben zur Verfügung standen.

— Die 5000. Nummer der Universal-Bibliothek ist soeben in Philipp Reclams Verlag erschienen. Von dem Unternehmen, das aus 82 Literaturen des ganzen Erdkreises das mannigfaltigste bietet, ist längst gesagt worden, es habe mehr für die deutsche Kultur geleistet, als alle preussischen Kultusminister zusammengekommen.

— Der italienische Wildenbruch. D'Annunzio will nach dem Erfolge seines blut- und geschlechtstollen Dramas „La nave“, in dem er Benedig „verherrlicht“ hat, nun auch die anderen italienischen Städte in „typischen Abenteuer“ dramatisieren lassen.

— Die internationale Polar-Kommission, die in Brüssel — ohne deutsche Beteiligung tagte, wählte Brüssel zum ständigen Sitz ihres Bureau. Der amerikanische Delegierte gab nähere Aufschlüsse über die Nordpolarexpedition, die Peary auf Kosten der Unionsregierung im Juli antritt.

Haben ein Interesse daran, die Generalkommission zu unterstützen, und diese hat auch unseren besonderen Verhältnissen stets das nötige Verständnis entgegengebracht. Sie hat uns gegen die Angriffe der Partei beim letzten Pariserkongress verteidigt. Vom Arbeiterverband des Buchdruckerwerkes wird behauptet, der Verband bestimme sich in politischem Proletariat, das stimmt aber nicht, die „Christlichen“ sind viel politischer als wir.

Es ist gewünscht worden, wie möchten und nicht mehr an den internationalen Kongressen teilnehmen. Am Stuttgarter haben wir uns mit drei Delegierten beteiligt. Döblin gibt ein Bild von seiner Zusammenfassung. Es fand eine Vorbesprechung der Gewerkschaften über die Reisezeit statt. Wir konnten uns der Resolution nicht anschließen, da die Lage unseres Gewerbes das nicht zuließ. Sogar ein Teil der sozialistischen Presse hat unseren Standpunkt anerkannt. Wenn darum Angriffe auf uns erfolgen, können wir sie ruhig über uns ergehen lassen. Unser Bestreben geht dahin, mit allen Mitteln die Buchdruckerchaft auf ein höheres Kulturniveau zu bringen; die Reisezeit scheint uns nicht dazu geeignet zu sein. Wir haben die Beschlüsse anerkannt und mühen uns darüber klar zu werden, ob wir uns auch in Zukunft an den internationalen Arbeiterkongressen beteiligen wollen. Man macht sich von solch einem Kongress oft ganz falsche Vorstellungen. Die wichtigsten Beschlüsse werden in Kommissionen vorbereitet, denn bei der verschiedenartigen Zusammensetzung kann ein Resultat im Plenum nicht leicht erzielt werden. Auch zur Beratung des Verhältnisses zwischen Partei und Gewerkschaft wurde eine Kommission gebildet. Die Resolution wurde dort ausgearbeitet und im Plenum zur Abstimmung gebracht. Man kann die einzelnen Delegierten für die Resolution nicht verantwortlich machen. Wir können uns keineswegs verpflichten, die Beschlüsse streng durchzuführen, denn auf jedem Parteitag und auf jedem Kongress werden Resolutionen gefasst, die eben nur Resolutionen bleiben. Der Reisebeschluss ist bis heute noch nicht zur Durchführung gekommen. Die letzte Reisezeit hat nicht den Umfang angenommen, der auf dem Stuttgarter Kongress gewünscht wurde.

Döblin verliest die Resolution in Bezug auf das Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaften und geht auf die Stellung des Verbandes zu ihr ein. Auch die Resolution unterscheidet zwischen politischen und gewerkschaftlichen Aufgaben und sie wünscht, die Gewerkschaften möchten sich von sozialistischem Geiste leiten lassen. Es ist selbstverständlich, daß auf einen sozialistischen Arbeiterkongress dieser Wunsch hervortritt; aber dieser Geist kann nicht durch einen Beschluss erzeugt werden, wenn er noch nicht vorhanden ist. Es liegt in der Natur der Sache, daß die Verhältnisse schon die Verbandsmittel zum Sozialismus hindrängen. Aber die Teilnahme am Kongress in Stuttgart legt uns nicht die Verpflichtung auf, den Verband zu einem sozialistischen zu machen. Auch die Redner waren der Ansicht, daß Gewerkschaften und Partei getrennt bleiben müssen und nicht verschmolzen werden können. Wie bei der Reisezeit mußte auch am 18. März die Partei der gewerkschaftlichen Lage Rechnung tragen, das ist ein Erfolg der Fühlung zwischen Partei und Gewerkschaften. Wenn es gelingt, sich immer zu verständigen, dann macht sich die Arbeiterbewegung frei von der Phrase und wird in gesunde Bahnen gelenkt. Nach der Annahme der Resolution wurde sie dahin erläutert, daß den Gewerkschaftsmitteln nicht die Verpflichtung auferlegt werde, der Sozialdemokratie anzugehören; nur der sozialistische Geist solle die Gewerkschaften beherrschen. Auch der Kongress hat anerkannt, daß der politischen Betätigung freier Spielraum gelassen werden muß. Unser Standpunkt hängt eng damit zusammen.

Der Redakteur des „Korrespondent“ hat nicht die Verpflichtung übernommen, mit den Beschlüssen einverstanden zu sein. Er hat immer die Freiheit, so sagen, sie passen nicht für unseren Zweck. Unser Standpunkt, als Generalversammlung, kann nur der sein, zu erklären: durch den Beschluss des internationalen Kongresses ist an unserem Verhalten nicht das geringste geändert worden. Wie früher, sind wir auch jetzt noch streng neutral geblieben, weder nach rechts, noch nach links können wir Konzessionen machen. Nur durch strengste Wahrung der Neutralität können wir vorwärts kommen. Wir wollen uns von der Arbeiterchaft nicht abschließen, wir müssen hinausgehen, wenn wir wirken wollen. Man wartet auf die Perspersion der Buchdrucker; die wird aber nicht eintreten. Wir haben keinen Anlass, einen anderen Standpunkt als bisher einzunehmen. Wir brauchen keine Rücksicht nach der einen oder nach der anderen Seite nehmen, wir prüfen die Beschlüsse, können aber nur das davon anerkennen, was für uns gut ist. Der Standpunkt, den wir einnehmen müssen, ist der der strengsten Neutralität, schon darum, weil wir den Vertretern der Prinzipalität die Erklärung gegeben haben, im Verband die vollste Neutralität zu wahren. Unser Standpunkt ist gemäßigter worden. Aber ebensowenig wie den Prinzipalen können wir auch den Gehilfen das Recht verweigern, sich da politisch zu organisieren, wo sie wollen. Die Neutralität halten wir in unserm Interesse hoch, nicht nur der Prinzipale willen. Wir haben schon so, als „sozialdemokratisch“ angesehen Verband, einen schwierigen Stand, besonders hier in Rheinland-Westfalen. Es sind mehrfach Verlegungen der Neutralität vorgekommen, so haben Ortsvereine die Partei im Wahlkampf durch Geldmittel unterstützt. Aber dann können Mitglieder, die in anderen politischen Vereinen organisiert sind, verlangen, daß diese auch unterstützt werden. Derartige Maßnahmen sind unzulässig, sie gehen aus unserem Namen heraus, sie tragen dazu bei, die Einigkeit zu zerstören. Wer seinem politischen Empfinden bei Wahlen Ausdruck geben will, dem stehen andere Mittel zur Verfügung, der greife in seine eigene Tasche, aber benutze nicht Verbandsmittel dazu.

Auch wenn ein vom Vorstand eines Ortsvereins unterzeichnete Aufruf die Kollegen auffordert, die Parteipresse zu lesen, so ist das eine Verletzung der Neutralität. Aber wenn ein Kollege schon dann nicht die Neutralität gewahrt glaubt, wenn in einer Versammlung am Eingang des Saales sozialdemokratische Broschüren ausgelegt sind, so muß ich das zurückweisen. Aber Sie sehen, wie sensibel einzelne Mitglieder sind. Wird § 1 unseres Statuts geändert, dann heißt es, es werden neue Wege eingeschlagen, nach dem neuen Vereinsgesetz unterliegen wir dann den Bestimmungen für die politischen Vereine. Ich bin der Ansicht, wir bleiben auf dem neutralen Standpunkt stehen, einzelne Auswüchse beurteilen wir. Auch der Redakteur wird in diesem Sinne weiterarbeiten. Wenn wir das beachten, dann nähern wir der Sache am meisten. Daß trotz der Schwierigkeiten die Buchdrucker die Entscheidung zu treffen wissen, das beweisen unsere Maßnahmen. Sie sind das Produkt der gewerkschaftlichen Entwicklung.

Döblin schlägt für die

Diskussion

eine vierstündige Redezeit vor. Nach einer Geschäftsordnungsdebatte wird jedoch unbeschränkte Redezeit gewährt.

Raffini bringt folgende Resolution ein:
Die VI. ordentliche Generalversammlung des Verbandes der deutschen Buchdrucker wolle beschließen:

Der Verband der deutschen Buchdrucker hält nach wie vor seine Zugehörigkeit zur Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands für unerlässlich und erachtet es für notwendig, daß alle Organe des Verbandes den Beschlüssen der Gewerkschaftskongresse unter Berücksichtigung der Beschlüsse unserer Generalversammlungen unbedingt nachzukommen haben.

An allen von der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands einberufenen Tagungen oder Kongressen nimmt der Verband der deutschen Buchdrucker teil, und zwar durch Delegierte, die von der Generalversammlung des Verbandes bestimmt worden sind.

Jede politische sowie religiöse Ueberzeugung und Anschauung der Mitglieder des Verbandes wird durch diesen Beschluss weder berührt, noch in irgend einer Weise beeinträchtigt.

Kraiser (Stuttgart): In der Neutralitätsfrage soll der alte bewährte Standpunkt beibehalten werden; ich hätte auch gewünscht, daß Reichhäuser den „Korrespondenten“ mit seinen Artikeln verschont hätte. Sogleich sehe ich allerdings auf seinem Standpunkt. Wenn § 1 des Statuts geändert wird, so wird der Verband zum Anwalt für alle möglichen politischen Dis-

kussionen. Innerhalb der sozialdemokratischen Partei ist eine Wandlung vorgegangen, die unserm Standpunkt nahe kommt. Wir wollen uns nur mit wirtschaftlichen Bestrebungen befassen. Ich möchte Sie vor Annahme der Resolution warnen, wir wollen unsere Standpunkt nicht in einer Resolution festlegen.

Fülle (Berlin): Durch die Abfassung des Antrages, die Öffentlichkeit auszuschließen, ist bewiesen worden, daß, so scharf auch die sachlichen Gegensätze auseinandertraten, es auf dieser Generalversammlung zu keiner Spaltung innerhalb des Verbandes noch mit der gesamten Arbeiterchaft kommt. Die linke Seite im Verbande hatte kein Interesse, die Angelegenheit auf dieser Generalversammlung zu behandeln; das ist von der Gegenseite ausgegangen. In der Artikelserie des „Korrespondenten“ sind nicht die Anschauungen vertreten, die heute Döblin ausgesprochen hat, sondern sie bedingen das Aufgeben des bisherigen Standpunkts. Döblin sagt, es solle alles beim alten bleiben. In Bezug auf die im Verband befindlichen Sozialdemokraten kann es jedoch nicht beim alten bleiben, das ist der Zweck der Aussprache. Man soll den Kreis der Neutralität nicht zu eng fassen, wie es Döblin tat; andere Gewerkschaften haben über die Gewerkschaften andere Anschauungen als wir, wie zum Beispiel die letzte Generalversammlung der Dachdecker bewies. Ein jeder Arbeiter, der denken gelernt hat, muß Sozialdemokrat sein. Die linke Seite im Verband will nicht, daß der Buchdruckerverband der Sozialdemokratie beschriebener sein soll. Die Frage lautet jedoch: Soll sich der Buchdruckerverband als Sturmbod gegen die Sozialdemokratie gebrauchen lassen? Fülle verliest einige Auszüge aus dem „Korrespondent“, in welchem die Sozialdemokratie beschimpft wird. Der Versuch Reichhäuser, die Gewerkschaften gegen die Sozialdemokratie auszuspielen, ist nicht neu. Dr. Freund-Verlin schlug der Arbeiterchaft auch nichts anderes vor, als eine besondere Arbeiterpartei zu gründen. Die Sozialdemokratie hätte die Arbeiterchaft in den Sattel gehoben, jetzt könne die Arbeiterchaft ohne die Sozialdemokratie reiten. Reichhäuser sagt daselbe. Sie schwanken den roten Lappen und werfen der Sozialdemokratie vor, sie drehe nur für ihre Person festhalten, daß wir nicht im Streit das Ziel des Verbandes sehen. Auf dem Arbeitertage in Braunschweig 1897 war die Frage des Streiks noch ein Problem. Der Arbeitertag gab jedoch der Meinung Ausdruck, daß Arbeitseinstellungen nur dann empfehlenswert seien, wo Lohnherhöhung für die Arbeiterchaft erreicht werden könne. Der Arbeitertag hatte die Zweifelsheiligkeit des Streiks schon damals erkannt. Diese Auffassung vertreten wir auch heute noch. Wenn Reichhäuser verlangt, daß die sozialdemokratische Partei auf den ersten Teil des Programms verzichtet, denken sie denn, daß die Unternehmer dann der Arbeiterpartei weniger feindlich gesinnt seien? Im Gegenteil! Der Kampf wird noch intensiver, was Reichhäuser auch in einem Brief bestätigt hat. Reichhäuser verlangt nichts weniger als die Abschaffung des Sozialismus. Den ersten Teil des Erfurter Programms kann man nicht preisgeben. Reichhäuser könne das ja auch nicht, da er sich ja selbst als Sozialist bezeichne. Reichhäuser sagt in seinem lebenden Artikel: Der Arbeiter sei nicht rechtlos im Staat, kein Kapitalist habe etwas vor dem Arbeiter voraus. Selbst wenn dies in politischer Beziehung eintreten wird, hätte der Kapitalist immer noch sehr viel vor dem Arbeiter voraus. Wir stehen vor den Landtagswahlen, da brauche Reichhäuser doch nur daran zu denken, daß im preussischen Landtag die Arbeiterchaft überhaupt nicht vertreten sei. Aber um zu beweisen, wie widerspruchsvoll die Sozialdemokratie arbeite, mache Reichhäuser in der bekannten Art und Weise in Bitaten die Sozialdemokratie herab. Ich weiß, daß sich die Meinungen im politischen Kampfe ändern. Alle Meinungsänderungen reichen jedoch bei weitem nicht an das heran, was sich Reichhäuser auf diesem Gebiete geleistet hat. Ich möchte Reichhäuser daraus seinen Vorwurf. Aber was dem Korrespondent-Redakteur recht ist, muß anderen billig sein. Als Reichhäuser 1896 unter ersäuernden Umständen die Redaktion übernahm, da zog er gegen das Propheetentum los. Reichhäuser sollte wahrlich der letzte sein, über Propheetentum zu schreiben, wo so viele seiner Propheetereien nicht eingetroffen sind. Eine weitläufige Gewerkschaftspolitik muß darauf hinauslaufen, daß eine geistige und materielle Hebung der Mitglieder angestrebt wird. Man solle dafür sorgen, daß die Angriffe auf die Partei eine Grenze finden. Die wirksamsten Waffen des Reichverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie seien aus dem „Korrespondenten“. Dazu würde die linke Seite nicht stillschweigen. Reichhäuser habe gegen seine Ueberzeugung geschrieben. Er hat behauptet, kein sozialdemokratisches Blatt habe sich gegen die isolistische „Einigkeit“ gewandt, als diese die Beurteilung des Reuters Machats in Breslau zu 1/3 Jahren Gefängnis gebilligt hatte, weil er einen Arbeitskollegen auf die Hüfte getreten haben sollte. Ich habe hier den „Vorwärts“ aus dem Jahre 1903, der das Verhalten der „Einigkeit“ in den schärfsten Ausdrücken mißbilligt. Das lämmert Reichhäuser aber nicht, er hat das Wort „Lein“ noch gesperrt gedruckt. Döblin sagt, der „Vorwärts“ und die „Leipziger Volkszeitung“ hätten die Buchdrucker ungerührt angegriffen. Wenn wir abwägen wollten, auf wessen Seite die Schuld liegt, so können wir wohl zu einem anderen Ergebnis als Döblin und Reichhäuser. Oft genug habe ich den „Korrespondent“ und den Vorstand gegenüber den Berliner Kollegen in Schutz genommen, aber wenn in dieser Weise vorgegangen wird, wird es einem schließlich schwer gemacht. Ich kenne keine elendere Abspaltenerie als diese Aninandereihung von Bitaten, wie es Reichhäuser getan hat. Mit Bitaten kann man alles beweisen, man kann aber auch selbst damit geschlagen werden. Ich stehe auf dem Standpunkt Reichhäuser vom 1. Mai 1899, als er eine Rede nur in sozialdemokratischem Sinne halten wollte. Damals hatte er gesagt, er könne sich keinen vernünftig denkenden Arbeiter vorstellen, der nicht Sozialdemokrat sei. Diese Meinung vertritt ich heute noch und mit mir viele Tausende von Deutschen Buchdrucker. Wir wollen nicht stille stehen, sondern gemeinsam mit den anderen Arbeitern gegen jede Unterdrückung und Ausbeutung kämpfen. Wir müssen den Redakteur des „Korrespondenten“ in seine Schranken zurückweisen, damit die Einigkeit mit der übrigen Arbeiterchaft nicht gestört wird.

Reichhäuser: Es ist nicht das erste Mal, daß die Redaktion des „Korrespondenten“ den Prinzipalitäten für die Generalversammlung abgeben muß. Der Öffentlichkeit gegenüber erkläre ich, daß ich meine Artikelserie aufrecht erhalte und damit stehe und falle. Sie haben abzuwägen, ob Sie die Redaktion in ihrer jetzigen Weise weiter haben wollen oder nicht. Sie haben für die Folgen der Abstimmung die Verantwortung zu übernehmen. Ich bin mir bewußt, daß ich in der Frage der Neutralität einen Beitrag zur Klärung der verfahrenen Situation leisten wollte. Die Sozialdemokratie wollte ich nicht heruntersetzen. Wenn ich alle Differenzen der Buchdrucker mit der Sozialdemokratie in eine Broschüre bringen wollte, sie würde so dick wie die Bibel werden. Der Redakteur eines Gewerkschaftsblattes befindet sich in einer schwierigen Lage. Gewerkschaftsleiter und Vorstandsbereame und Tarifamtsvertreter können sich nach dem Statut und dem Tarif richten, bei uns ist das anders. Der „Korrespondent“ soll in geistiger Beziehung den Vermittler spielen, dabei kommt es erklärlicherweise oft zu Zusammenstößen, und es ist begreiflich, daß die Redaktion dabei auch unter den Schritten geraten kann. Wenn Sie das vermeiden wollen, dann bestimmen Sie, daß nur reine Berufsfragen erörtert werden sollen. So werden Sie ein recht nützliches Blatt haben, aber kein geistiges Diskussionsorgan. Ich habe die Absicht, die Artikelserie fortzusetzen, um unsere Stellung zu den christlichen Gewerkschaften zu präzisieren. Die Zeit vor der Generalversammlung hat nicht mehr dazu ausgereicht. Meine Artikelserie ist keine Gelehrtenarbeit, sondern in der Flut des Lebens geschrieben. Dabei können sehr leicht Irrtümer unterlaufen. Zwei wesentliche Punkte, die Fülle erwähnte, habe ich in meiner Broschüre schon berichtet.

Es ist ganz selbstverständlich, daß ich die Partei mit der übrigen Arbeiterchaft nicht preisgeben will. Beschlüsse eines Gewerkschaftskongresses können aber nicht ohne weiteres für uns maßgebend sein, wir müssen sie nachprüfen können. Ich stehe auf Döblins Standpunkt, ich hätte selbst in einer Eingangsrede nicht

andere sagen können. Die gewerkschaftliche Neutralität kann nicht anders gedeutet werden, sie ist historisch geworden und wird sich für uns nicht ändern. Wenn man als Interpret des geistigen Lebens in unseren Organisationen gefaßt ist, dazu Stellung zu nehmen, dann müssen wir unsere Meinung sagen. Der Individualität eines einzelnen Artikelschreibers wird man niemals einen Zwang auferlegen können. Ein sozialdemokratischer Redakteur hat einmal gesagt: Es ist eine Gemeinheit, wie Reichhäuser angegriffen wird; aber eine viel größere Gemeinheit ist es, daß er recht hat. Zuschriften aus Parteistreifen beweisen mir, daß man auch dort anderer Meinung als Fülle ist. Fülle hat es so dargestellt, als wenn ich die Partei unter allen Umständen bekämpfe. Das ist nicht richtig. Fest steht, daß ich niemals die Solidarität mit der Arbeiterchaft durch meine Broschüre gestört habe. Man kann allerdings so zitieren, wie es einem am besten paßt. Ein sozialdemokratisches Organ hat meinen Artikel einen Schandfleck genannt, einem Kollegen aus dieser Stadt hat der Redakteur dann zugestanden, daß er sie gar nicht gelesen, sondern aus bürgerlichen Blättern seine Kenntnisse geschöpft habe. Wenn sich bloß um die Ideale der Sozialdemokratie handelte, dann gebe es keine Streitigkeiten. Aber es ist Tatsache, daß die Sozialdemokratie die Buchdrucker in ihren schwierigsten Situationen angegriffen hat. Man sah das auch beim letzten Tarif, wie objektiv sie und beurteilt. Das muß einem die Partei befehlen. Das Organ der Buchdrucker nennt man, den Verband jedoch meint man. Mich persönlich läßt es kalt, ob ich befeitigt werden soll. Reichhäuser verliert aus hinterlassenen Briefen Hartels, des Begründers des Reichverbandes, einige Stellen, worin dieser sich über die Sozialdemokratie abfällig ausspricht. Ich will nicht die Fahne des Rebellen gegen die Partei erheben, aber die Stuttgarter Resolution soll mich nicht dazu verpflichten, ihren Worten nachzuleben. Wenn schon ein Teilnehmer am Kongress so verstanden hat, dann muß es doch für einen Außenstehenden viel schwieriger sein. Für unsere Organisation wäre es verhängnisvoll, wenn wir verpflichtet wären, enge Beziehungen zwischen Gewerkschaften und Partei aufrecht zu erhalten. Raffini's Resolution lehne ich natürlich ab. Man will es so hinstellen, als habe ich eine gewerkschaftliche Arbeiterpartei gefordert. Das ist teils richtig, teils falsch. Aber mein historischer Sinn drängt mich dazu, die Schlussfolgerungen aus der Entwicklung zu ziehen. Keine logische Anschauung ist die, daß im Laufe der Entwicklung die politischen Vertreter der Arbeiterchaft aus den Gewerkschaften kommen werden. Es gibt laum ein sozialdemokratisches oder ein Gewerkschaftsorgan, wo so viel abweichende Ansichten aufgenommen werden. Ich kann es vertragen und habe keine Zeile dazu geschrieben. Wenn ich Angst vor der Generalversammlung hätte, dann würde ich meine 11 Artikel nicht geschrieben haben. Es ist nicht wahr, daß ich alle Reichstagsberichte für meine Artikel benutzt habe. Aber vielleicht kommt es vor, daß man ausspricht, was andere vor einem schon gesagt haben. Eine Marx-Kritik habe ich nicht beabsichtigt, ich wollte nur die Verhältnisse im praktischen Leben schildern und habe die Schlussfolgerungen aus der Entwicklung gezogen. Die Harmonie zwischen dem Kapital und der Arbeit habe ich nie gepredigt, ich bin ein überzeugter Sozialist und unbedingter Anhänger der sozialistischen Gesellschaftsordnung. Wir sehen dazu heute schon primitive Anfänge. Der Sozialismus wird sich unabhängig von jeder Partei verwirklichen. Es befreit niemand, daß Arbeiter verkennt werden, wenn sie Arbeiterinteressen vertreten. Der Tarif ist aber der Ausdruck unserer Stärke. Unserer schönen Augen willen ist er mit uns nicht abgeschlossen worden. Daß die Trades Unions nicht für uns vordrängen sein können, ist im „Korrespondent“ schon lange zum Ausdruck gekommen. Wenn andere Gewerkschaftsführer in der Lage wären, zu theoretisieren, so würden sie vielleicht viel schärfere Artikel gegen die Partei finden als ich sie geschrieben habe. Meinen Ausspruch, daß bekannte Führer des Buchdruckerverbandes nicht der Sozialdemokratie angehören, habe ich getan, als ich gezwungen war, auf die Angriffe des Kaplans Döblach zu antworten. Ich bin nicht Sozialdemokrat in dem Sinne, wie es Fülle wünscht, wenn man jünger ist, ist man immer christlicher. Früher konnte ich anders handeln, als der Buchdruckerverband noch nicht aufgebaut war. Im großen und ganzen kann ich nur das wiederholen, was ich in meinen Artikeln gesagt habe. Ich hatte nicht die Absicht, jemand herabzuwürdigen. Sie können erklären, ich könne mich zügeln, dann mache ich solche Arbeiten weniger. Wollen Sie eine prinzipielle Erklärung wie Fülle es wünscht, abgeben, so mögen Sie mit Ihrem Stimmzettel die Entscheidung fällen.

Grahmann-Essen: Was ich an der Artikelserie so unangenehm empfand, war die Tatsache, daß sie Kollegen Gelegenheit zu Entgegnungen gegeben, die das Gegenteil von dem ergaben, was Reichhäuser beabsichtigte. In den Artikeln eines Leipziger Kollegen wird gesagt, daß der „Korrespondent“ sich in einer Kampfstellung gegen das Christentum befindet. Stets haben wir erklärt, niemals etwas gegen das Christentum zu haben. Es ist bedauerlich, daß die Artikelserie unvollständig geblieben ist, weil sie dem Rechtsgelübte Gelegenheit bot, bei Tage die Fingel zu rühren. Ich habe mich heute geirrt, daß Reichhäuser erklärte, ein moderner Arbeiter könne nichts anderes sein als Sozialist. Die Klassengegensätze sind nicht geringer geworden. Die christlichen Gewerkschaften werden genau so behandelt wie wir, wenn sie Arbeiterinteressen wahrnehmen. Der unlängst veröffentlichte Vertrag, den die Grundbesitzer miteinander abgeschlossen haben, beweist, wie brutal man gegen die Arbeiter vorgeht. Auch in den christlichen Gewerkschaften wird sich eine Veränderung vollziehen. Sie werden gezwungen sein, ihr ganzes Wirken auf sozialistischer Grundlage aufzubauen. Unsere ganze gewerkschaftliche Tätigkeit ist nur ein Nachhinken hinter wirtschaftlichen Entwicklung. Die Klassengegensätze hat sie nicht aus der Welt geschafft. Wir können uns nicht mit ein paar Pfennig mehr Lohn und ein bißchen Arbeitseidelfürzung zufrieden geben. Unsere ganzen gewerkschaftlichen Erfolge sind in Frage gestellt, wenn wir sie nicht geschickt festlegen. Wo sind die 10 Prozent Lohnherhöhung geblieben. Durch die Sozialpolitik, den Grund- und Bodenwucher ist sie wieder weit gemacht worden. Wir müssen erklären, daß wir uns nicht auf einen politischen Standpunkt festlegen. Aber die Kollegen sollen die Augen aufhalten, dann werden sie von selbst sehen, welcher Partei sie sich anschließen sollen. Die Feinde der freien Gewerkschaften irren sich, wenn sie meinen, wir würden unser Verhältnis zur Generalkommission lösen. Wir wollen zeigen, daß wir unter uns und mit der gesamten Arbeiterchaft einig sind.

Die Debatte über die Neutralitätsfrage, zu der noch 22 Redner vorgemerkelt sind, wird am Montag fortgesetzt.

Am 1. Juni. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Die Resolution Raffini wurde zurückgezogen und eine mildere Leipziger Resolution angenommen. Es wird ein dritter Redakteur angestellt, desgleichen ein zweiter Vorsitzender. Die Redaktion wird nach Berlin verlegt. Morgen erfolgt Schluß der Generalversammlung.

Aus der Partei.

Der Wahlsieg in Karlsruhe.

In unserer Rolle in der Sonnabendnummer ist durch Versehen des Karlsruhe-Verlegethatters die Zahl der gewählten sozialdemokratischen Kandidaten falsch angegeben. Nicht 18, sondern 16 Sitze der 3. Abteilung fanden zur Wahl und so kommt die Sozialdemokratie auf keinen Fall mehr als 16 neue Mandate erringen, was mit den schon bislang in ihrem Besitz befindlichen 16 die Gesamtzahl auf 32 bringt. Da das Karlsruhe-Stadtdorordnetenkollegium 36 Mitglieder hat, so macht also die sozialdemokratische Fraktion jetzt ein Drittel des Kollegiums aus.

Der 7. August der schwedischen Sozialdemokratie wurde am Donnerstag zu Stockholm eröffnet. Er wird mindestens acht Tage dauern, da eine reichhaltige Tagesordnung zu erledigen ist. Es sind 21 Delegierte anwesend, dazu die Vertreter der Partei

Letzung. Als Vertreter der Deutscher Parteien in Dänemark, Norwegen und Finnland sind die Genossen Sigwald Olsen, Magnus Nilssen und Karl Wid erschienen.

Der Sieg unserer belgischen Genossen soll im Monat Juni in Brüssel und in Gent besonders gefeiert werden. Zu den Festlichkeiten werden mehrere Hundert Pariser Parteigenossen in Belgien erwartet.

Die Presse der südafrikanischen Sozialdemokratie in Gefahr. „The Cap Socialist“, das Organ der Sozialdemokraten der Kapkolonie teilt in der letzten eingetroffenen Ausgabe mit, daß sein Bestand gefährdet sei. Die zur Verfügung stehenden Mittel reichen nicht aus, das Blatt zu halten, und wenn die Genossen im Lande nicht gewillt sind, mehr Opfer zu bringen, so ist der Verlag genötigt, das Blatt eingehen zu lassen. Hoffentlich gelingt es den Genossen über die Schwierigkeit hinwegzukommen, denn das Blatt tut der englischsprechenden Bevölkerung der südafrikanischen Kolonien recht gute Dienste.

Pollzeitliches, Gerichtliches usw.

Die „Höllenschlange“ vor Gericht.

Beim Schöffengericht zu Ulm a. d. R. wurde ein Fall verhandelt, der schon der Reichsberandspresse Stoff zu entrückelten Betrachtungen über die Wertlosigkeit der Sozialdemokratie gegeben hat. Es hieß damals, bei einem Streit in der Mülbacher Steinschleiferei in Wiesbaden (Oberfranken) habe der an der Bewegung beteiligte Vorstand des sozialdemokratischen Vereins Birsberg, Genosse Guntow, ehe er den Betrieb verließ, in seinem Werkzeugschrank eine Art Höllenschlange aufgestellt, in Gestalt eines mit Schwefelsäure gefüllten Gefäßes, das bereit befähigt gewesen sei, daß es beim Öffnen des Schrankes umfallen und seinen Inhalt über den Körper des Öffnenden ergießen würde. Ein Vorarbeiter, der den Schrank öffnete, habe sein Augenlicht nur dadurch retten können, daß er rasch in die vorüberfließende Schwarzwald sprang. Nunmehr hatte sich Genosse Guntow vor dem Stuhlbadener Schöffengericht wegen Körperverletzung zu verantworten. Das umfangreiche Zeugnisverhör ergab nicht den geringsten Anhaltspunkt für das Vorliegen eines solch finsternen Planes, wie ihn die Reichsberandspresse zusammengeklungen hat. Der Sachverhalt ist folgender: Am 20. Februar traten die Arbeiter der Mülbacher Steinschleiferei in den Streit. Am Abend des gleichen Tages distanzierte der Vorarbeiter Baumann die Schranke der Ausfahrten und als er den Schrank des Guntow öffnete, wurde er von einer Flüssigkeit begossen. Sie bestand sich in einer leeren Stiefelwischbüchse und bestand aus Wasser, das mit einer kleinen Menge Schwefelsäure vermischt ist und zum Stiefelreiben verwendet wird. Nach der Anklage soll es reine Schwefelsäure gewesen sein, wäre das aber der Fall gewesen, so wäre Baumann förmlich verbrannt worden, das Wasser hinterließ jedoch weder an seinem Körper noch an seiner Kleidung irgendeine Spur, nur will er ein wenig „Reißen“ an der Wangen verspürt haben. Weiter wurde durch Zeugen bezeugt, daß Guntow diese Vorrichtung schon vor zwei Jahren in seinem Schrank angebracht hatte, weil ihm öfters Fellschäden an den Händen und daß er sich selbst schon, als er unbedacht seinen Schrank öffnete, mit der Flüssigkeit begossen hat, ohne im geringsten Schaden zu nehmen. Es lag also keinerlei Absicht vor, ein „Attentat“ gegen Arbeitswille oder Betriebsbeamte auszuführen, und die ganze Geschichte entbehrt jeglichen Zusammenhangs mit dem Streit. Trotzdem hielt das Gericht ein Vergehen der leichten Körperverletzung für gegeben und verurteilte Guntow zu 14 Tagen Gefängnis!

Das gleiche Gericht hatte in einem kurz vorher verhandelten Fall über drei Bahnarbeiter abzuurteilen, die einen anderen nichts heimtückisch überfallen und verarztet hatten, daß das ganze Geschäft fürchtbar verschworen und blutrünstig war und der Verletzte acht Tage arbeitsunfähig wurde. Für dieses wirkliche Mordverbrechen erhielt jeder der Beteiligten 3 M. Geldstrafe.

Ein Fiasko des Zeugniszwangsverfahrens. Der Prozeß Meher-Thomas-Wischweiler, der besonders dadurch bekannt wurde, daß Genosse Redakteur Schneider-Strasbourg wegen Zeugnisverweigerung im Gerichtssaal verhaftet wurde, endete nach mehreren Verhandlungen in der Schöffengerichtlichen Instanz mit Freisprechung des Genossen Thomas. Gegen dieses Urteil legte Meher Verufung ein, die am Sonnabend vor der Strafkammer in Straßburg verhandelt wurde. Genosse Schneider verweigerte wiederum das Zeugnis über den Verfasser des Artikels. Das Gericht sah aber von Zwangsmahregeln ab. Darauf endete der Prozeß mit einem Vergleich. Thomas erklärte, daß er dem inkriminierten Artikel in der „Freien Presse“ fernstehe. Der Kläger übernimmt sämtliche Kosten. Dies Resultat konnte er billiger haben.

Strafkammer der Presse. Im vorigen Jahre reichten einige Arbeiter des städtischen Schlachthauses in Straßburg i. E. eine Beschwerde gegen den Maschinenmeister des Schlachthauses bei der Stadtwirtschaft ein, worin sie den Beamten beschuldigten, eine ganze Anzahl Gegenstände unter Verwendung städtischen Materials und städtischer Arbeiter während ihrer Dienstzeit angefertigt zu haben. Das Bürgermeisteramt, welches in der Angelegenheit nicht klar sehen wollte, gab dem Maschinenmeister den Auftrag, den Arbeiter, der die Beschwerde unterschrieben, zu verhaften. Der Beamte ließ die Frist zur Klageerhebung verstreichen. Von der Verwaltung aber wurde nicht gegen ihn eingeschritten. Da er einigt es sich, daß ein städtischer Arbeiter des Schlachthauses wegen Fleischdiebstahls verhaftet wurde. Das gab unserem Straßburger Parteiorgan Veranlassung, die beiden Fälle gegenüberzustellen und dabei rein referierend den bisherigen Verlauf der Beschwerdeangelegenheit zu schildern, wobei die angefertigten Gegenstände namentlich angeführt wurden. Jetzt wurden die beschuldigten Arbeiter beauftragt, Anzeige wegen Unterschlagung gegen den Maschinenmeister bei der Staatsanwaltschaft einzureichen. Die Staatsanwaltschaft leitete eine Untersuchung ein und das Ergebnis war eine Verhandlung gegen den Maschinenmeister. Sie endigte allerdings mit der Freisprechung des Angeklagten; aber nur aus dem Grunde, weil in den meisten Fällen die Straftaten verjährt waren und weil bei den übrigen Fällen das Gericht annahm, daß dem Maschinenmeister das Bewußtsein der Rechtswidrigkeit gefehlt habe. Mittlerweile hatte dieser den Genossen Schneider von der „Freien Presse“ zu Straßburg wegen Verleumdung verklagt. Unser Genosse hatte sich nun am Sonnabend vor dem Schöffengericht Straßburg zu verantworten. Und obwohl durch 5 städtische Arbeiter bezwungen wurde, daß der Maschinenmeister der Stadt gehörendes Eisenholz, Eisen und Stahleisen und städtische Arbeiter zu seinen Privatarbeiten verwendet hatte, wurde Genosse Schneider doch verurteilt, weil das Gericht einem als Sachverständigen vernommenen Maßschreiner in seinen Ausführungen folgte, der erklärt hatte, daß es nicht möglich sei, mit den angeblich verwendeten Eisenholzbreitern Maßstäbe usw. herzustellen. Daß Eisen verwendet wurde, erkannte das Gericht an, aber dies habe nur einen Wert von wenigen Pfennigen gehabt. Schneider wurde zu 50 M. Geldstrafe verurteilt, wobei das Gericht berücksichtigte, daß sich der Maschinenmeister tatsächlich Unregelmäßigkeiten habe zu schulden kommen lassen. Gegen das Urteil wird Verufung eingelegt werden.

Aus Industrie und Handel.

Band der Industriellen und Zentralverband.

Aus Anlaß des Austrittes des Bundes der Industriellen aus der Interessengemeinschaft der industriellen Verbände hatte der Bund für Sonnabend nach Eisenach eine außerordentliche Generalversammlung einberufen. Hier kam es zu scharfen Angriffen gegen den Zentralverband. Der Widerstreit der Interessen, verschärft durch die Preispolitik der dem Zentralverbände angehörenden Rohstoffhersteller, gab den Ton zu der Musik. Der Referent zu dem

Punkt „Rückbildung der Interessengemeinschaft“, Fabrikbesitzer Friedrichs, führte unter anderem aus:

„Wir sind nun wieder unabhängig und in der Lage, die Interessen der im Bunde vertretenen Industrien auf das energischste zu vertreten. Die Gegensätze zwischen den beiden Verbänden sollen künftig nicht mehr verschleiert werden. Der Zentralverband wird, solange Herr Bued an seiner Spitze steht, immer die Vertretung der Rohstoffsyndikate und der Schmelzindustrie bleiben, während der Bund die Interessen der verarbeitenden Industrie vertritt. Die Gegensätze zwischen diesen beiden Gruppen sind heute so scharf, daß sie gar nicht schroffer gedacht werden können. Die Syndikate vertreten eine falsche Preispolitik, die in der von den verarbeitenden Industrie die Arbeiten erschwert. Diese Politik müssen wir bekämpfen. Wir werden den Kampf erfolgreich durchzuführen, wenn der Bund gemeinsam mit den Landesverbänden vorgeht.“

Eine entsprechende Resolution fand einstimmig Annahme. Fabrikbesitzer Glauß (Zinnenhof-Blauen) empfahl Propagierung von industriellen Vertretungen in den Parlamenten und zu diesem Zwecke Fühlungnahme mit liberalen Kreisen. Generalsekretär Wendlandt sprach über die vom Bunde veranstaltete Enquete betreffend Krankenassenreform. Der Zentralverband habe in der Interessengemeinschaft erklärt, daß die deutsche Industrie bereit sei, die Hälfte der Krankenassenbeiträge zu übernehmen. Der Bund der Industriellen sei gegenständlicher Meinung gewesen und habe auf eigene Veranlassung eine Umfrage veranstaltet. Nach dieser Umfrage haben sich 65 Proz. der befragten Firmen gegen die Uebernahme erklärt; nur 5 Proz. erklärten, daß sie freiwillig die Beiträge tragen würden, 20 Proz. wollten unter bestimmten Bedingungen die Beiträge übernehmen. Eine Reihe von Betrieben habe sich auch über die Mehrbelastung geäußert. Bei 6 Betrieben machte diese Mehrbelastung im Durchschnitt 2000 M. im Jahre aus. Das können die mittleren und kleinen Betriebe nicht tragen. Es sei auch bedenklich, den Einfluß in den Krankenassen auf diese Weise zu erlangen. Objektiverweise müsse auch hervorgehoben werden, daß dadurch, daß die Sozialdemokratie die Mehrheit in den Krankenassen habe, keinerlei Unzufriedenheit entstanden sei. Die Feststellungen zeigen, daß der Zentralverband, lediglich um seinen Einfluß zu stärken, der Industrie das Fell über die Ohren ziehen wolle. — In der Frage: Fortzahlung des Lohnes neben dem Krankengeld, vertrat der Redner aber den zentralverbändlerischen Standpunkt. Die Doppelzahlung sei zu verwerfen; sie fördere nur das Simulantenwesen. Im weiteren Verlauf der Verhandlungen wurde die Frage der parlamentarischen Vertretung weiter erörtert. Sodann gelangte noch, nach einem Vortrage des Kommerzienrats v. Dreys über die Kohlenfrage, folgende Resolution zur Annahme: „Der Bund der Industriellen ist der Ansicht, daß die außerordentliche Höhe der Kohlenpreise, verbunden mit der ungleichmäßigen Qualität der Kohle, die Industrie schwer schädigt. Um dem bestehenden Uebelstande abzuhelfen, erwartet er von der preussischen Regierung 1. die Einführung geeigneter Tarife, 2. die Ermäßigung der Kohlenpreise auf den staatlichen Gruben und 3. die Anstellung von Versuchs-, ob es nicht möglich ist, die Bezahlung der Kohle nach Wärmeeinheiten herbeizuführen.“

Aus der Frauenbewegung.

Der „Terror“ der Genossinnen.

Die Klassenbewußten Proletarierinnen, die das geltende Wahlrecht zu politischen Passivität verurteilen, sind sich ihrer Macht als Käuferinnen und Konsumentinnen bewußt geworden und erklären nun am Vorabend der Landtagswahl: Wir unterstützen fernerhin nur solche Geschäftsleute mit unserer Kaufkraft, die am 3. Juni für das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht für Männer und Frauen eintreten!

Je näher der Wahltermin rückt, desto erboster zeternt man im bürgerlichen Lager über den „Terror“, der in der von den Genossinnen geplanten Wahlkontrolle liegen soll. Die sozialdemokratischen Frauen werden sich dadurch nicht beirren lassen. Wissen sie doch nur zu gut, daß der Terror, solange er nur von den Derscheidenden geübt wurde, in den bürgerlichen Reihen als vollkommen berechtigt galt. Er lag ja in der Konsequenz des öffentlichen Abstimmungsverfahrens.

Als kürzlich ein weiser Rabe unter den Großindustriellen „seinen“ Arbeitern gnädig erlaubte, diesmal so zu wählen, wie es ihnen ihre Ueberzeugung vorschreibe, entblödete die bürgerliche Presse sich nicht, aber soviel Loyalität in Stützen und Verwendung auszubringen. Es ist eben eine in der Bourgeoisie allgemein verbreitete Ansicht, daß es das gute Recht des Unternehmers sei, nach dem Motto: Was Brot ich eß, das Lied ich sing, von den Arbeitern auch den Tribut ihrer Ueberzeugung zu verlangen. Der von den Agrariern auf dem platten Lande gegen Arbeiter, Handwerker, Kaufleute und Wirte geübte Boykott ist seit Jahrzehnten ein wesentlicher Bestandteil der konservativen Wahlpolitik gewesen. Der größte Arbeitgeber in Preußen, der Staat, hat von jeher den ärgsten Wahlterror getrieben, indem er die von ihm wirtschaftlich abhängigen Arbeiter und Beamten, insgesamt 1 Million Landtagswähler durch Androhung der Entlassung in ihrem Wahlrecht beschränkte. Seit 60 Jahren sind die Gegner der freien Wahl in allen bürgerlichen Parteien mit solchen Waffen gegen die Sozialdemokratie ins Feld gezogen, die trotzdem immer drohender ihr Haupt erhob. Jetzt, wo diese den Spieß umzudrehen beginnt, wo endlich einmal dem Terror der Herrschenden der Terror der Entrechteten entgegengestellt werden soll, schreit die gesamte Modepresse heuchlerisch über „Vertrat von sozialdemokratischen Parteiprinzipien“. Ja, hier und da begannen Leute, die bisher entschiedene Feinde des Reichstagswahlrechtes waren, endlich einzusehen, daß die öffentliche Stimmabgabe unmoralisch sei. Das ist von jeher auch unsere Ansicht gewesen; wir haben stets die geheime Wahl gefordert, und nur gegungen, gleichsam in der Retzwehr, rufen die sozialdemokratischen Frauen zum Gebrauch des Kampfmittels auf, das solange die Macht der herrschenden Klassen befestigen half. Mit ihrer eigenen Waffe sollen die Gegner getroffen werden. Gelangt es so, das reaktionäre preussische Wahlrecht glänzend ad absurdum zu führen und schließlich der Wahlfreiheit für alle den Weg zu bahnen, so hat der „Terror“ seinen Zweck erfüllt.

Aus eigenem, freiem Entschlusse haben die Frauen der Arbeiterklasse sich in Reich und Glied gestellt, gewiß, die von ihnen im Wahlkampfe übernommene Aufgabe mit aller Energie und weiblicher Jähigkeit durchzuführen. In ihrem Teile wollen sie zeigen, daß die Arbeiterklasse Preußens, wenn sie sich ihrer historischen Aufgabe bewußt geworden ist, eine Macht bildet, mit der die Kraft ihres Geldes die Herrschenden rechnen müssen.

Die tatkräftige Mitarbeit der Proletarierinnen im Wahlkampf wird dem Prozeß gegen die Dreiklassenmach, dem Protest gegen die Reaktion, die unsere Todfeindin ist, dem Protest gegen das ganze nichts-würdige preussische Regierungssystem einen bisher nicht gekannten Nachdruck verleihen.

Von diesem folgen Gedanken erfüllt, werden die Genossinnen an die Arbeit gehen, damit der 3. Juni von entscheidender Wirkung für eine freiherrliche Entwicklung Preußen-Deutschlands werde.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Reinickendorf. Mittwoch, den 3. Juni, bei Gröndler, Reinickendorf-Dr. Goppert. 24. Vortrag.
Friedenau. Dienstag 9 Uhr im „Mehlschloß“: Vortrag.
Rixdorf. Versammlung nicht Mittwoch, den 3. Juni, sondern am 16. Juni.

Gerichts-Zeitung.

Der finanzielle Zusammenbruch des Bankhauses F. Philipsborn, der seinerzeit in Börsekreisen erhebliches Aufsehen erregt hatte, kam in einer Verhandlung zur näheren Erörterung, die gestern unter Vorsitz des Landgerichtsrats Hart des Schwurgericht des Landgerichts I befristete. Unter der Anführung der Untreue in Idealankunft mit Unterschlagung, des Konkursübergangs und des Vernehmens gegen das Gesetz betreffend die Pflichten der Kaufleute bei der Aufbewahrung fremder Wertpapiere (Depotgesetz) stand der Bankier Ferdinand Philipsborn von den Geschworenen. — Der Angeklagte begründete im Jahre 1865 in der Lindenstraße ein Bank- und Wechselgeschäft, welches er aus ganz kleinen Anfängen zu hoher Blüte brachte. Ende der achtziger Jahre besah F. bereits ein eigenes Vermögen von über 400 000 M. Bei dem damals eintreffenden allgemeinen geschäftlichen Niedergang verlor der Angeklagte in kurzer Zeit 100 000 M. Trotzdem er sehr einfach lebte und nie feststellt ist, sich Knapp ein Glas Bier gönnte und Fränkischjazzgärten rauchte, ging es mit seinen finanziellen Verhältnissen immer mehr bergab, so daß vom Jahre 1904 eine Ueberschuldung eintrat. Ende Oktober 1906 war F. völlig zahlungsunfähig und konnte seinen Verpflichtungen an der Börse nicht mehr nachkommen. Anfang November erfolgte dann der Zusammenbruch des F.schen Geschäftes. Es ergab sich, daß eine Unterbilanz von über 183 000 M. vorhanden war; der ganze Kassenbestand belief sich auf 385 M. Bargeld, zu dem noch circa 2500 M. Aufgenüsse hinzukamen. Eine Revision der Geschäftsbücher ergab, daß diese sehr unordentlich und unübersichtlich geführt waren und daß außerdem nicht die durch das Handelsgesetz vorgeschriebene Bilanz ordnungsmäßig gezogen worden war. Zugleich aber stellte es sich heraus, daß der Angeklagte, um seinen Verpflichtungen an der Börse nachkommen zu können, sich an den ihm anvertrauten Deposits und sonstigen ihm anvertrauten Geldern vergrieffen hatte.

Im gestrigen Termin bejahten die Geschworenen die Schuldforderungen nach Depotunterschlagung in Lateinheit mit einfachem Bankrott und Unterschlagung und Untreue in je zwei Fällen. Das Urteil lautete auf 9 Monate Gefängnis unter Anrechnung von 4 Monaten Untersuchungshaft.

Die Möglichkeit einer Leichenerweckung.

Die bei einer kürzlich stattgefundenen Verhandlung einer Anklage wegen fahrlässiger Tötung vor der vierten Strafkammer des Landgerichts I zu Erörterungen Veranlassung gegeben hatte, ist gestern als völlig ausgeschlossen festgestellt worden. Der Angeklagte, Kraftdrochführer Julius Krause fuhr in der Nacht vom 1. zum 2. Januar einen Fuhrwagen durch die Chausseestraße. Zu gleicher Zeit verließ der in den Germania-Jalen tätig gewesene Toilettenaufseher Schmidt das Lokal und ging in langsamem Schritt schräg über den Damm. Während er den vollständig leeren Damm kreuzte, wurde er von dem Schutblech der vordrängemäßig rechts fahrenden Kraftdrosche erfasst und überfahren. Er war sofort tot und wurde von hilfsbereiten Menschen in einer Drosche — der Angeklagte war aus Angst vor Lästlichkeiten des empörenden Publikums davon gefahren — nach der Unfallstation in der Eichenborffstraße und von da in das Leichenschauhaus gebracht. Der Verunglückte hatte als einzige Legitimation eine Uhr mit dem eingetragenen Namen „Voger“ bei sich und er wurde polizeilichseits deshalb zunächst als Voger bezeichnet und sein Alter auf circa 40 Jahre taxiert. Es stellte sich aber am nächsten Tage heraus, daß es sich in Wirklichkeit um den 60 Jahre alten Toilettenaufseher Schmidt handelte, der unter diesem Namen auch in dem Obduktionsprotokoll des Rebizinalrats Dr. Hoffmann schon aufgeführt wurde. Schmidt hatte seine eigene Uhr zur Reparatur zum Uhrmacher gebracht und von diesem aus Unvorsichtigkeit eine andere Uhr mit dem eingetragenen Namen „Voger“ erhalten, so daß dieser Name ursprünglich als der des Verunglückten angenommen worden war. Nun kam dieser Name aber auch infolge eines Schreibfehlers in die Anklage und den Eröffnungsbeschluss, und als die Strafsache vor der vierten Strafkammer behandelt wurde, machte der Vorsitzende Landgerichtsdirektor Lieber auf diese Divergenz pflichtgemäß aufmerksam und der Gerichtshof hielt eine vollständige Klärung dieser Personalfrage für durchaus notwendig. Diese wurde nun im gestrigen Termin in jeder Beziehung einwandfrei dahin gegeben, daß die vom Rebizinalrat Dr. Hoffmann obduzierte Leiche zweifellos die des totesgefahrenen Schmidt war. — Zur Sache selbst bestritt gestern der Angeklagte jede Schuld und behauptete, daß der Verunglückte direkt in seinen Wagen hineingelaufen sei. Er sei vorschriftsmäßig rechts und nicht in übermäßigem Tempo gefahren, Schmidt habe ihn auf der völlig leeren Straße schon von weitem kommen sehen müssen, sei aber gerade in das Automobil gegangen, welches nicht mehr habe ausweichen können. Hiermit stimmten die Beobachtungen des Fuhrwagens des Angeklagten und die Vernehmungen anderer Zeugen überein. Der Sachverständige Ingenieur Behnke hielt die Fahrlässigkeit des Angeklagten für eine ganz minimale und wies einen großen Teil der Schuld dem Verhalten des Schmidt selbst zu. — Staatsanwalt Hudis gab zu, daß das ursprüngliche Bild von der Schuld des Angeklagten sich zu dessen Gunsten abgemildert habe, machte ihm aber zum Vorwurf, daß er fahrlässigerweise veräußert habe, wiederholt das Super-Signal zu geben. Der Staatsanwalt beantragte 3 Monate Gefängnis. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Bittermann, bestritt dagegen jede strafbare Fahrlässigkeit auf Seiten des Angeklagten und beantragte dessen Freisprechung. Der Gerichtshof sprach dann auch den Angeklagten frei.

Kaufmännische Kranken- und Sterbekasse von 1885 (S. 71). Heute abend 9 Uhr bei Landeb, Stralauer Straße 66/67.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße Nr. 3, zweiter Hof, dritter Eingang, vier Treppen, am Freitag abends von 7½ bis 9½ Uhr statt. Gestern 7 Uhr wochentags abends von 7½ bis 9½ Uhr statt. Gestern 7 Uhr Sonnabends beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anrufer ist ein Besuch und eine Nacht als Wertigkeit beizubringen. Briefliche Antworten wird nicht erteilt. Eilige Fragen trägt man in der Sprechstunde vor.

II. Pantow. 1. Eine solche Anordnung kann nur von der Polizei getroffen werden. Nach dem Reichsgesetz vom 30. Juni 1900 ist die Polizeibehörde befugt, zur Bekämpfung gemeinschaftlicher Krankheiten, u. a. auch der Boden, verschiedene Anordnungen zu treffen. So können nach § 12 des gedachten Gesetzes Kranke und krankheitsverdächtige Personen einer Beobachtung unterworfen werden. Eine Beschränkung in der Wahl des Aufenthalts oder der Arbeitsstätte ist zu diesem Zweck nur bei Personen zulässig, welche obdunkel oder ohne festen Wohnsitz sind, oder berufs- oder gewohnheitsmäßig umherziehen. Personen, welche der Invalidentversicherung unterliegen, haben für die Zeit, während der sie auf Grund des § 12 in der Wahl des Aufenthalts oder der Arbeitsstätte beschränkt sind, Anspruch auf eine Entschädigung wegen des ihnen persönlich entgangenen Arbeitsverdienstes. Bei der Berechnung der Entschädigung kommt als Tagesarbeitsverdienst der 200. Teil des für die Invalidentversicherung maßgebenden Jahresarbeitsverdienstes in Betracht. Der Beamte, der Arzt kann nur bei Gefahr im Verzuge schon vor dem Eintreffen der Polizeibehörde die zur Bekämpfung der Verbreitung der Krankheit zunächst erforderlichen Maßnahmen anordnen. Das die Polizei die von ihnen geschiedenen Maßnahmen anordnet, so sind sie gültig und ihnen steht ein Schadenersatz zu. Das ist unzulässig. — A. 112. Ja. — G. 6. 78. Das von Ihnen Geschilderte reicht zur Erklärung nicht aus. — G. 6. 78. Nach § 3 Absatz 3 dieses Reichsgesetzes fällt Ihnen die Reparatur für die getrockneten Scheiben zu. — G. 6. 100. Nein, das Maßgebende ist die Ansicht auf Erfolg das Vormundschaftsgericht können — Sachsen 70. Ist über die Dauer eines Mietvertrages nichts vereinbart und lediglich monatlicher Mietzins zu zahlen, so kann jede Partei bis am 15. zum ersten Mündigen. Datten Sie für die frühere Wohnung einen schriftlichen Beitrag, so würde in Ihrem Falle anzunehmen sein, daß die Bestimmungen dieses Vertrages auch für die neue Wohnung gelten sollen. — A. 22. 76. Die Besondere ist nicht an den Landgerichtspräsidenten sondern an das Kammergericht zu richten. Sie können die Besondere zu Protokoll der Gerichtsschreiberei erklären. — F. 6. 28. 1. Nichts. 2. Wenn es abgedruckt wird, ja. 3. Senden Sie es an die Redaktion der „Neuen Welt“.

Preiswerteste

Strohöhüte

Matelot-Hüte

Dickstrohgeflecht
1.75 1.50 1.25 **95** Pfg.



Kniff-Hüte

Alle modernen Geflechte und Formen
6.50 5.50 4.- **75** Pfg.
3.50 2.50 1.50

Matelot-Hüte

Rustiggeflecht
2.75 2.50 **1** M. 50

Riviera-Hüte

Breite gebogene Krempe, wie Bild
4.50 3.50 **95** Pfg.
2.50 1.45

Echte Panama-Hüte

von uns direkt importiert.

Unerreicht niedrige Preise. ■ Wert erheblich höher.

Panamahut Cordillero . M. 16.- | Panamahut Don Miguel M. 24.-
Panamahut Istmo M. 18.- | Panamahut La Fuente . . M. 27.-
Panamahut Regenerado M. 21.- | Panamahut Presidente . . M. 30.-

Baer Sohn

Spezial-Haus größten Maßstabes.

Chausseestraße 29-30 • 11 Brückenstraße 11

Gr. Frankfurter Str. 20.

Der Haupt-Katalog Nr. 34 (Hüte, Wäsche) auf Wunsch kostenlos u. franko.



JOSETTI JUNO

Cigaretten.

Cigaretten „gerade so gut“
kosten das doppelte und
mehr

Josetti

10 St. für 20 Pfg.

Max Busse

Berlin N., Brunnen-Straße 175 vis-a-vis Greifenhagen.

Größte Auswahl Uhren, Brillanten,
Gold-, Silber-
und Alfenide-Waren.

Großer

Inventur - Ausverkauf

außergewöhnlich billige Gelegenheitskäufe bis **50 %** Rabatt.

Streng reelle Bedienung.

Taschenuhren

von M. 3.00 an.



Wen's juckt,

wer durch Quälender zur Verzweiflung gebracht wird, schenke **Ruders Patent-Medicinal-Seife**, D. N. B., ärztlich empfohlen und landesweit bewährt. Preis 50 Pfg. (Kleine Packung 10 Pfg.) und 1 M. 50 (große Packung 30 Pfg. von härtester Wirkung).

Wunderbare Erfolge,

bei Hautausschlägen aller Art, Quälenden, juckenden Hautausschlägen, Quälgeschwüren, Furunkeln, Fiebeln, Nissen, Blinnern, Blinnern, Entzünd. Geschwüren, Sommerprossen etc., zumal bei gleichzeitiger Anwendung von **Ruders Creme**, dem berühmten und einzigartigsten aller Hautcremes. Preis 1 M. 50. Preis 50 Pfg. sowie bei nach dem gleichen Patent hergestellten, wunderbar mild wirkenden **Ruders-Seife**, Preis 50 Pfg. (Kleine Packung) und 1 M. 50 (große Packung), werden gleich bewirkt. Jeder, der früher vergeblich suchte, mache einen Versuch. Für die ganze Haut der Kinder verwendet die bewährte **Watter Vitamoor-Kinder-Seife**, D. N. B., Preis 50 Pfg. und **Vitamoor-Kinder-Creme**, Preis 40 Pfg. Doppelpack 70 Pfg. von Delle, Edelste und Kienholz für die kindliche Haut. Hebrat zu haben. Wo nicht, direkt Versand durch **H. Jucker & Co., Berlin, Potsdamerstr. 7a.**

In Berlin gibt bei **Max Schwarzlose**, Königl. 50 und Potsdamer Straße 7a, **Max Schwarzlose**, Leipziger Straße 56, **Schwarzlose**, vorm. **Adolph Heiser**, Friedrichstraße 183 und außerdem in fast allen Apotheken, Drogerien, Parfümerien der Welt.

Nervosität

Blutarmut

Pfuschen Sie nicht erst mit angeblichen Heilmitteln herum, sondern denken Sie schleunigst an die Ergänzung der Nahrung durch das wissenschaftlich glänzend begutachtete, Berlin 1908 mit der höchsten Auszeichnung: Goldene Medaille prämierte **Lecithinpräparat** 133/6

Dr. med. Müllers Nervennährsalz.

Orientieren Sie sich sofort durch die illustrierte Broschüre, die Ihnen mit erster Sendung gratis zugesandt wird. Originaldosen 70 Tabletten 2,50. Zusendung Berlin frei Haus. Auswärts 2 Dosen 5/4 M. franko. Echte im **Spezial-Geschäft für Körperkultur Kurfürstenstraße 33** (nahe Potsdamerstr.)

Würzburger Hühneraugenmittel

von **Dr. H. Unger**. - Gegen 30 Pfennig auf 10 Pf. Anweisung frei. Ohne Zweifel die bequemste u. wirksamste Hilfe. Der Schmerz ist in 5 Min. fort. Das Hühnerauge selbst in 3 Tagen. (Enthält Salicylsäure u. indischen Pfeffertrakt.) **Dr. H. Unger in Würzburg.**

In Berlin (20 Pf.): Salomon-Apothek, Charlottenstraße. Groß-Apothek, Berninistraße 33. - München: Schützen-Apothek. - Stuttgart: Hirsch-Apothek. - Breslau: Victoria-Apothek. 110/1*

Am besten kaufen Sie **Hygienische Bedarfsartikel** (siehe Art bei 127382) **Hugo Schultz, Drogerie** Berlin N., Müllerstraße 166a

Ein Triumph der

Zigaretten-Fabrikation!

Selowsky's Caruso
Zigaretten

nur **3 Pf.**
per Stück!

Bilanz per 31. Dezbr. 1907

Aktiva.	
Inventar nach Abschreibung vom 10 Proz.	2396,99 M.
Konto-Korrent-Konto,	
Debitoren	264,92
Kassa-Konto	129,09
Kautions-Konto	50,-
Baren-Konto	19,51
Summa	3150,51 M.
Passiva.	
Darlehens-Konto	1800,- M.
Anteil-Konto	1103,18
Reservefonds-Konto	101,72
Gewinn- und Verlust-Konto	41,61
Summa	3150,51 M.

Die Mitgliederzahl betrug zu Anfang des Geschäftsjahres 19
Im Laufe des Geschäftsjahres traten ein 2
Mitgliederzahl am Schluß des Geschäftsjahres 21
Mit dem Schluß des Geschäftsjahres (selben aus: durch Aufhebung 1
Mitgliederzahl bei Beginn des neuen Geschäftsjahres 20
Die Mitgliederzahl haben sich um 27,53 M. vermehrt.
Die Bestimme hat sich um 200 M. vermindert.
Gesamtsumme 1050 M.

Barbier- und Friseur-Genossenschaft

„Vorau“
Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.
Der Vorstand:
Paul Lier. Otto Wernke.
Julius Langner. 105/115
Kassenhüter jeder mit Augustin-Ad., Rübenstraße 60

Engelhardt-Malzbier

das beliebteste, überall käuflich. Preis 10 Pf. pro Flasche. 2400L*

Brauerei Ernst Engelhardt Nachf., Pankow.

Größte Malzbier-Brauerei Deutschlands.

Hygienische Bedarfsartikel
Gummiwaren, 10000 Anerk. V. Prof. u. Arzt, empfl. bill. Apoth. S. Schweitzers Fab. hyg. Präp., Berlin O., Hofmarktstr. 69-70. Preisl. gratis.

Ohne Anzahl. Woche 50 Pf.
Bilder, Spiegel, Möbel, Polsterwaren, Gardinen, Teppiche, Stoppdecken, Tischdecken, Parfüren, Herrengarderobe, Bezüge, Gaskronen, Uhren, leicht billig M. S. Weber, Prenzlauerstr. 49. Besuch entl. Volkarte.

VII. Generalversammlung des deutschen Holzarbeiterverbandes.

Stettin, den 30. Mai.

Sechster Verhandlungstag.

Von der Generalversammlung des Vereins Deutscher Buchdrucker in Köln ist ein Begrüßungsschreiben eingelaufen.

Der Verbandstag setzt die

Statutenrevision

fort.

Angenommen wird ein Antrag zahlreicher Filialen, darunter Berlin, Hamburg und Hannover, daß die in anderen Zahlstellen geleisteten Lokalbeiträge...

Es folgt eine eingehende Debatte über den Antrag Berlins,

Hauptvorstand nach Berlin

zu verlegen. Die Kommission hat diesen Antrag angenommen und zugleich beschlossen, den Sitz des Ausführes nach Stuttgart zu verlegen.

Leipart führt aus, es sei keine Beschwerde laut geworden, die darauf beruhe, daß der Vorstand seinen Sitz in Stuttgart habe. Es sei nicht gut, die Hebermacht einer Zahlstelle im Verband zu konstituieren.

Nach Beendigung der Statutenrevision wird die Resolution der Redaktionskommission zur Frage der

Tarifverhandlungen

vorgelegt. Der Korreferent hat seine Resolution zurückgezogen, nachdem der Referent in seiner Resolution die Anerkennung des Reichstarifes als logische Folge der Entwicklung gestrichen und ausdrücklich hervorgehoben hatte, daß der Unternehmerverband noch nicht fest genug organisiert sei, um die Anerkennung eines Reichstarifes bei den Unternehmern durchzusetzen.

Der 7. ordentliche Verbandstag des Deutschen Holzarbeiterverbandes erneuert hinsichtlich der Stellung zu den Tarifverträgen die Beschlüsse des Verbandstages vom Jahre 1900. In dem erfolgten Abschluß einer großen Zahl solcher Verträge in der Holzindustrie erwidert der Verbandstag die Anerkennung des starken Einflusses des Deutschen Holzarbeiterverbandes.

Die Tarifverträge sind dazu angetan, dem Verband eine weitere innere Festigung zu verleihen und sind ein wesentliches Hilfsmittel in dem Streben der Verbandsmittglieder, die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verbessern und auf einer bestimmten Höhe zu erhalten.

Die Tarifverträge können aber nur dann von dauerndem Bestand sein und sichern nur dann einen vorläufigen Frieden im Gewerbe, wenn sowohl von den Arbeitgebern als von den Arbeitern der ernste Wille an den Tag gelegt wird, jeden abgeschlossenen Vertrag unter allen Umständen auch zu halten.

Für den Abschluß eines Reichstarifvertrages sowie für den gleichzeitigen Ablaufstermin aller Ortsverträge hält der Verbandstag die Zeit noch nicht für gekommen. Dazu sind die Lohn- und Arbeitsbedingungen in der deutschen Holzindustrie vielfach noch zu ungünstig, vor allem aber zu unterschiedlich. Der Abschluß eines Reichstarifvertrages unter den gegenwärtigen Verhältnissen würde eine Gefahr für die gesunde Entwicklung der Tarifgemeinschaft in der Holzindustrie bedeuten, da den Arbeitgebern noch nicht das Vertrauen geschenkt werden kann, daß sie ernstlich gewillt wären, auf dem Wege eines solchen einheitlichen Tarifvertrages den Holzarbeitern in allen Städten des Reiches einen auskömmlichen Lohn und eine angemessene kurze Arbeitszeit zu gewähren.

Statt dessen empfiehlt der Verbandstag dem Vorstand die Förderung des Abschlusses von Tarifverträgen für die einzelne Stadt oder den einzelnen Bezirk nach den bisherigen Grundsätzen.

Mit der seitherigen Tätigkeit des Vorstandes auf dem Gebiet der Tarifverhandlungen erklärt der Verbandstag sich einverstanden. Auch das von ihm mit dem Vorstand des Arbeitgeberverbandes vereinbarte „Regulativ für paritätische Arbeitsnachweise“ sowie die „Regeln hinsichtlich der Klasseneinteilung der Städte betreffend der Arbeitszeit“ erkennt der Verbandstag an, lehnt jedoch entschieden jede Änderung des Arbeitsnachweisregulativs ab, die dahin ginge, daß das Obligatorium für die Benutzung des Arbeitsnachweises aufgehoben oder eingeschränkt werden soll.

Den Mitgliedern in allen Zahlstellen legt der Verbandstag die Verpflichtung auf, gerade in Rücksicht auf die Entwicklung

der Tarifverträge mit allen Kräften für die Stärkung der Organisation tätig zu sein, damit der Verband jederzeit den kommenden Ereignissen gewappnet gegenübersteht.

Der Referent Rath-München übermittelt dem Vorstande den Wunsch der Kommission, vor allen wichtigen Entscheidungen in Tariffragen die Gewerkschafter und die Mitgliedschaften zu befragen.

Die Resolution wird mit großer Mehrheit angenommen.

Es folgen die

Vorstandswahlen.

Zum 1. Vorsitzenden wird Th. Leipart gewählt, zum 2. Vorsitzenden Wilhelm Schneegäß, zu Sekretären Gustav Veder (für Agitation und Streikleitung) und Hermann Poppe (neugewählt, bisher Gauleiter in Erfurt), zum Kassierer Fritz König. Die Wahlen erfolgen einstimmig durch Zuzug.

Leipart wirft einen Rückblick auf die Arbeiten der Generalversammlung und hebt hervor, daß sie in dieser schweren Zeit Ruhe und Kraft gezeigt habe. Hoffentlich werden bald wieder bessere Zeiten kommen. Er schließt den Verbandstag mit einem Hoch auf den Deutschen Holzarbeiterverband.

Der nächste Verbandstag findet 1910 in München statt.

„Elektrifizierung“ der Landwirtschaft.

Die Einführung der Elektrizität in die Landwirtschaft und damit deren Uebergang zum Großbetrieb in genossenschaftlicher Form würde eine gewaltige Förderung erfahren mit der Verwirklichung eines Projektes des Oekonomierats Hempel-Hannover, das auf die ausgedehnteste landwirtschaftliche Kupfarmachung der Elektrizität durch die vorhandenen Wasserkraften und in anderer Weise abzielt.

Was das Hempel'sche Projekt den Behörden empfiehlt, sind natürlich in erster Linie Gründe der „Leutenot“. In Wahrheit liegen aber gerade hier die Schwierigkeiten, die sich der Durchführung dieses Projektes entgegenstellen. Die Leutenot kommt nun einmal von der Seite her, die die Benutzung der Hülle technischer Hilfsmittel, die Hempel in den landwirtschaftlichen Betrieb einführen will, verlangt aber qualifizierte, das heißt intelligente und gut genährte Arbeiter, und die wollen auch gut bezahlt sein.

Der elektrisch angeschlossene Hofwirt ist in der Lage, bei richtiger Handhabung seines Motors in Regenspauzen und bei sonstigen Störungen seine Arbeitskräfte besser auszunutzen... Wer es jemals auf dem Lande mit angesehen hat, wie in der Erntezeit die in großer Zahl bestellten Arbeiter auf dem Hofe, in den Scheunen und Schuppen herumstehen und beschäftigungslos dem Regenwetter zusehen...

Wenn Hempel bei den Agrariern Gehör findet, wird die Elektrizität bald behördlich berufen sein, eine revolutionäre Wirkkraft in der Landwirtschaft zu üben; während sie auf der einen Seite die Landflucht fördert, treibt sie auf der anderen die Landarbeiterlöhne in die Höhe, beschränkt die Entwicklung des landwirtschaftlichen Maschinenbetriebs und damit auch den Uebergang zum rationalen Großbetrieb.

Die Provinz Hannover ist aber nicht nur das klassische Land der Agrargenossenschaften, es sind hier auch bereits die ersten Versuche auf dem Gebiete der elektrischen Betriebsorganisation gemacht oder doch im Gange. Das große Kulturwerk der Elektrizitätszentrale im hannoverschen Hochmoor wird seiner Verwirklichung entgegengeführt; und im Zentrum der Provinz haben wir die hannoversche Straßenbahn, die durchaus kein reines großstädtisches Verkehrsinstitut ist, sondern in einem Umkreise von über 80 Kilometern bereits die „Elektrifizierung“ der Landwirtschaft in Angriff genommen hat.

(Begen Raummangels verspätet.)

Soziales.

Befriedigende Landarbeiterverhältnisse.

Nach den Behauptungen der im Bunde der Landwirte organisierten Junker ist es die Bergnützungswirtschaft usw., welche die Landarbeiter nach dem „Sündenfuhl“ der Großstadt und in die Fabriken zieht. Die Unrichtigkeit dieser Behauptungen ist nicht nur von sozialdemokratischer Seite, sondern auch von bürgerlichen Sozialpolitikern vielfach nachgewiesen.

Die „Deutsche Landwirtschaftsgesellschaft“ hatte ihre Mitglieder angeregt, Erfahrungen über Arbeiterverhältnisse einzulegen.

In Nr. 20 der „Mitteilungen der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft“ vom 16. Mai werden nun einige Einfindungen veröffentlicht. Ein Gutbesitzer R. schreibt:

Vor 15 Jahren trat ich meinen Besitz in der „Osmar!“ an... Die Arbeiterverhältnisse waren mir als günstig und billig gefehlt. Letzteres war äußerlich der Fall, ersteres nicht. Es waren nicht genügend ansässige Arbeiter vorhanden, dieselben erwiesen sich fast dem Trunke und Gelddiebstahl ergeben.

Die Herren hielten also das Betrüben der Arbeiter um das Deputat für standesgemäß, den Kräftestich als Erziehungsmittel — für die Arbeiter als notwendig, und die unwürdigen Wohnungen — als gut genug.

Herr R. sagt dann: Aus den interesselosen, dem Trunke ergebenen Leuten sind brave Leute geworden, mit denen ich sehr gut auskomme...

Herr R. macht dann eine Rechnung auf über das Einkommen seiner Arbeiter. Aus dieser Rechnung ist ersichtlich, daß es die Arbeiterlöhne in den verflochtenen 15 Jahren auch nicht um einen Pfennig aufgebessert hat.

Wir sehen also, daß dies ganz dieselben Löhne sind, welche — nach den eigenen Angaben des Herrn R. — bereits vor 15 Jahren gezahlt wurden.

Wir sehen also, daß dies ganz dieselben Löhne sind, welche — nach den eigenen Angaben des Herrn R. — bereits vor 15 Jahren gezahlt wurden. Lediglich durch „verbesserte Viehwirtschaft“, durch Hälberaustausch aus seiner guten Milchherde, sowie durch Abgabe von Ferkeln aus seiner Schweinezucht, und durch Ertragssteigerung des Deputatlandes wurde das Einkommen der Arbeiter um etwas erhöht.

Von der Papiermühlerei-Verufsgenossenschaft.

Im Jahre 1907 umfaßte die Verufsgenossenschaft 1264 Betriebe, die 83 355 Arbeiter beschäftigten. Die Zahl der Betriebe ist um 11, die der versicherten Personen um 2887 gegen das Vorjahr gestiegen! Stolz bemerkt der Bericht, daß „auf den Kopf der Versicherten 871 M. gegen 818 M. Jahreslohn entfallen.“ Ein Sollarbeiter hatte 843 M. gegen 797 M. Jahresverdienst.

An Unfällen kamen im ganzen 3508 (gegen 3570 im Vorjahre) zur Anzeige, das sind 45,70 auf je 1000 Versicherte gegen 44,10 im Jahre 1906. Entschädigt wurden jedoch nur 9,50 Proz. der gemeldeten Unfälle! Die höchste Unfallziffer hatte die Sektion I (Bayern) mit 59,11 auf 1000 Versicherte, die niedrigste Sektion II (Württemberg) mit 26,05.

Von den 792 erstmalig entschädigten Unfällen sind 49 am Sonntag, 112 am Montag, 134 am Dienstag, 126 am Mittwoch, 140 am Donnerstag, 99 am Freitag, 131 am Sonnabend vorgekommen.

316 Unfälle ereigneten sich an Arbeitsmaschinen, 67 an Motoren und Transmissionen, 20 an Fahrstühlen, 9 an Dampfesseln, 25 durch feuergefährliche Stoffe, 48 durch Zusammenbruch, Einsturz usw., 104 durch Fall von Leitern, Treppen usw., 105 beim Auf- und Abladen, 31 durch Fuhrwerk usw.

59 Unfälle hatten den Tod, 9 völlige Erwerbsunfähigkeit, 334 teilweise und 800 vorübergehende Erwerbsunfähigkeit zur Folge. Der Aufsichtsbeamte der Verufsgenossenschaft gibt bekannt, daß er 500 Betriebe revidiert habe, unterläßt es aber die in der Tabelle aufgeführten Mängel und Verfüge gegen die Unfallverhütungsvorschriften zusammenzufassen! Kommt man denn nach, so ergibt sich, daß der Beamte im ganzen 2098 Mängel beanstandet hatte!

Für Heilverfahren innerhalb der Karenzzeit hatte die Verufsgenossenschaft 12 822 M. verausgabt. Diese Fürsorge erstreckte sich auf 147 Verletzte und hatte die Verufsgenossenschaft 135 911 M. und nur 12 ungünstige Erfolge damit erzielt.

Abgefunden wurden im Jahre wieder 38 Verletzte, die durchschnittlich 280 Mark „Kapital“ ausgezahlt erhielten. Not oder Unkenntnis der Verletzten brachte der Verufsgenossenschaft ein Bombengeschäft, die jetzt über einen Reservefonds von 3 1/2 Millionen Mark verfügt.

Amstlicher Marktbericht der holländischen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. Warendage: Preis für Futtermittel, Preis für Rindfleisch nachgerade, Hammelfleisch nachgerade, sonst unverändert. Bild: Futtermittel nachgerade, Hammelfleisch nachgerade, Preis für Rindfleisch nachgerade, Hammelfleisch nachgerade, Preis für Rindfleisch nachgerade, Hammelfleisch nachgerade, Preis für Rindfleisch nachgerade, Hammelfleisch nachgerade.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Dienstag, den 2. Juni.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Königl. Opernhaus. Die Walküre.
Anfang 7 Uhr.
Königl. Schauspielhaus. Die Nibelungen.
Neues königl. Opernhaus. Pascha.
Anfang 8 Uhr.

Deutsches. Romeo und Julia.
Kammerstücke. Frühlings Erwachen.
Leffing. Der Raub der Sabinerinnen.
Berliner. Doylentanz Erden.
Neues. Simon.
Neues Schauspielhaus. Geschlossen.
(Freie Volkshöhle.)
Kleines. 2 mal 2 = 5.
Hebbel. Cyprienne.
Königliche Oper. Tiesland.
Reichens. Der Floh im Ohr.
Schauspielhaus. Die blaue Maus.
Zweiter O. (Wallner-Theater.)
Der Herr Ministerialdirektor.
Schiller-Charlottenburg. Stein unter Steinen.
Friedrich. Wilhelmshäbi. Schauspielhaus. Im weißen Röhl.
Thalia. Der Selbstmörderklub.
Besen. Ein Balkenraum.
Neues Operetten. Der Mann mit den drei Frauen.
Luisen. Im Goldland.
Trianon. Frau Barontin.
Bernhard Kreis. Der Comboy.
Metropol. Das muß man seh'n.
Uppoko. Die sieben Geisellen. Spezialitäten.
Wintergarten. Spezialitäten.
Vollg. Spezialitäten.
Gustav Wehrens. Spezialitäten.
Carl Haberland. Spezialitäten.
Walhalla. Spezialitäten.
Follis Bergöre. Spezialitäten.
Pläne d'Ve.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Urania. Taubenschraße 48/49.
Abends 8 Uhr: Die Kruppischen Werke.
Steruante. Invalidenstr. 57/62.

Berliner Theater.
Abends 8 Uhr:
Hopfenraths Erben
Neues Theater.
Abends 8 Uhr:
Simson.
Mittwoch neu einstudiert: Liebe.
Fischer zum erstenmal: Unter der Quastoline.

Kleines Theater.
Abends 8 Uhr:
2 mal 2 = 5.
Mittwoch: 2 mal 2 = 5.
Donnerstag: 2 mal 2 = 5.
Freitag: 2 mal 2 = 5.
Sonntag: 2 mal 2 = 5.

Theater des Westens.
8 Uhr: Ein Wäldertraum.
Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr. halbe Preise:
Die lustige Witwe.
Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.
Im weißen Röhl.
Anfang 8 Uhr.
Mittwoch: Im weißen Röhl.
Donnerstag: Im weißen Röhl.

Neues Operetten-Theater
Schiffbauerdamm 25, an der Luisenstr.
Heute und folgende Tage 8 Uhr:
Der Mann mit den drei Frauen.
Residenz-Theater.
— Direction: Richard Alexander. —
Abends 8 Uhr:
Der Floh im Ohr.
Schwan in drei Akten von Georges Feydeau. Deutsch von Wolf-Jacoby.
Hebbel-Theater. Königsplatz
Abends 8 Uhr: Cyprienne.
Morgen: Frau Barontin Gewerbe.
Lustspielhaus.
Abends 8 Uhr:
Die blaue Maus.
Luisen-Theater.
Reichensberger Straße 34.
Abends 8 Uhr:
Im Goldland.
Mittwoch: Im Goldland.
Donnerstag: Im Goldland.
Freitag: Im Goldland.
Sonntag: Im Goldland.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Der Hüttenbesitzer. Abends: Im Goldland.
Montag nachm. 3 Uhr: Gelpenier. Abends: Im Goldland.
Dienstag nachm. 3 Uhr: Der Hüttenbesitzer. Abends: Im Goldland.

Walhalla-Variete-Theater
Weinbergsweg 19/20, Rosenthal. Tor.
Spezialitätenvorst. im Carion.
Bel. Schicht. Witterung l. Theater.
Anfang der Vorstellung 8 Uhr.
Anf. des Gartenkonzerts 7 Uhr.
— Kleine Preise. —

Walhalla-Variete-Theater
Weinbergsweg 19/20, Rosenthal. Tor.
Spezialitätenvorst. im Carion.
Bel. Schicht. Witterung l. Theater.
Anfang der Vorstellung 8 Uhr.
Anf. des Gartenkonzerts 7 Uhr.
— Kleine Preise. —

Walhalla-Variete-Theater
Weinbergsweg 19/20, Rosenthal. Tor.
Spezialitätenvorst. im Carion.
Bel. Schicht. Witterung l. Theater.
Anfang der Vorstellung 8 Uhr.
Anf. des Gartenkonzerts 7 Uhr.
— Kleine Preise. —

Walhalla-Variete-Theater
Weinbergsweg 19/20, Rosenthal. Tor.
Spezialitätenvorst. im Carion.
Bel. Schicht. Witterung l. Theater.
Anfang der Vorstellung 8 Uhr.
Anf. des Gartenkonzerts 7 Uhr.
— Kleine Preise. —

Walhalla-Variete-Theater
Weinbergsweg 19/20, Rosenthal. Tor.
Spezialitätenvorst. im Carion.
Bel. Schicht. Witterung l. Theater.
Anfang der Vorstellung 8 Uhr.
Anf. des Gartenkonzerts 7 Uhr.
— Kleine Preise. —

Walhalla-Variete-Theater
Weinbergsweg 19/20, Rosenthal. Tor.
Spezialitätenvorst. im Carion.
Bel. Schicht. Witterung l. Theater.
Anfang der Vorstellung 8 Uhr.
Anf. des Gartenkonzerts 7 Uhr.
— Kleine Preise. —

Walhalla-Variete-Theater
Weinbergsweg 19/20, Rosenthal. Tor.
Spezialitätenvorst. im Carion.
Bel. Schicht. Witterung l. Theater.
Anfang der Vorstellung 8 Uhr.
Anf. des Gartenkonzerts 7 Uhr.
— Kleine Preise. —

Walhalla-Variete-Theater
Weinbergsweg 19/20, Rosenthal. Tor.
Spezialitätenvorst. im Carion.
Bel. Schicht. Witterung l. Theater.
Anfang der Vorstellung 8 Uhr.
Anf. des Gartenkonzerts 7 Uhr.
— Kleine Preise. —

Walhalla-Variete-Theater
Weinbergsweg 19/20, Rosenthal. Tor.
Spezialitätenvorst. im Carion.
Bel. Schicht. Witterung l. Theater.
Anfang der Vorstellung 8 Uhr.
Anf. des Gartenkonzerts 7 Uhr.
— Kleine Preise. —

Walhalla-Variete-Theater
Weinbergsweg 19/20, Rosenthal. Tor.
Spezialitätenvorst. im Carion.
Bel. Schicht. Witterung l. Theater.
Anfang der Vorstellung 8 Uhr.
Anf. des Gartenkonzerts 7 Uhr.
— Kleine Preise. —

Walhalla-Variete-Theater
Weinbergsweg 19/20, Rosenthal. Tor.
Spezialitätenvorst. im Carion.
Bel. Schicht. Witterung l. Theater.
Anfang der Vorstellung 8 Uhr.
Anf. des Gartenkonzerts 7 Uhr.
— Kleine Preise. —

Walhalla-Variete-Theater
Weinbergsweg 19/20, Rosenthal. Tor.
Spezialitätenvorst. im Carion.
Bel. Schicht. Witterung l. Theater.
Anfang der Vorstellung 8 Uhr.
Anf. des Gartenkonzerts 7 Uhr.
— Kleine Preise. —

Urania.

Wissenschaftliches Theater.
Taubenstr. 48/49.
Abends 8 Uhr:
Die Kruppischen Werke.

ZOOLOGISCHER GARTEN
Täglich:
Gr. Militär-Konzert.
Eintritt 1 M.,
von abends 6 Uhr ab 50 Pf.,
Kinder unter 10 Jahren
— die Hälfte. —

BERNHARD ROSE THEATER
Dr. Frankfurter Str. 132.
Abends 8 Uhr:
Der Comboy.
Drama aus Süd. Welt in 4 Akten
von Kurt Rainald.
Wochenlangspreise.

Metropol-Theater
Zum 255. Male:
Das muß man seh'n.
Revue in 12 Bildern m. Ges. und Tanz.
Anfang 8 Uhr. Saungen gestaltet.

WINTERGARTEN
Neues Programm.
The Trappell-Family, weibliche Akrobaten. Florence u. Lillian, musik. Produkt. Robla, komischer Jongleur. Lily Flexmore, akrobatische Tänzerin. Mlle. Juliette, dressierte Seelöwen. Tan Kwai Trompe, Chinesen. Therese Rens, Reitnummer. Doherty Sisters, amer. Sängerinnen u. Tänzerinnen. The Bounding Gordons, amer. Akrobat. The Bowdens, kom. Radfahrer. Trombettas, italienisches Gesangs- und Tanz-Duett. Der Biograph.

Apollo Theater
8 Uhr: Die neuen Attraktionen.
9 1/2 Uhr: Die süßen Grisetten.
10 Uhr: Grete Gallus, die beste Soufrette.
10 1/2 Uhr: Bert Bernards Compagnie.
Prolongiert:
Ein Abend in einem amerikanischen Singel-Caueg.
Ab 7 1/2 Uhr: Gartenkonzert.

Passage-Panoptikum.
Kunsttaucher x x x
Produktionen im Riesenbassin Neapolitanische Briganten.
Panophon-Vorträge:
Otto Reutter usw.
Experimente der 4. Dimension.
Ohne Extra-Entree!
Eintritt 50 Pf., Kinder, Soldaten 25 Pf.

Passage-Theater.
Der größte
Saisonserfolg
Gastspiel Willi Agoston in der tollen Burleske
Berlin in Stimmung!
Das Tollste vom Tollen und die neuen Juni-Spezialitäten.

W. Noacks Theater
Direction: Rob. Dill. Grunendstr. 16.
Heute: Geschlossen.
Sonntag, 7. Juni: Eröffnung der Sommerpielzeit.
Zum 1. Male: Das ehrliche Berlin. Dazu die erstklassigen Spezialitäten.
Sonntagabend: Deffentliche Generalprobe!

Sanssouci, Kottbuser Str. 6.
Direction Wilhelm Reimer.
Der Garten ist geöffnet.
Begen Vorbereitungen z. Pfingstfest: Geschlossen.
Wir allen drei Feiertagen:
Gr. Extra-Fest- und Spezialitäten-Vorst.
Aufstehen von Hoffmanns Nordd. Sänger und Tanztruppen
Beg. Sonnt. 5. wochent. 8 U.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Dienstag, abends 8 Uhr:
Zum ersten Male:
Der Herr Ministerialdirektor.
Schauspiel in drei Akten von Alexander Wilson und Fabrice Carré.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Der Widerspenstigen Zähmung.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Der Herr Ministerialdirektor.
Schiller-Theater Charlottenburg.
Dienstag, abends 8 Uhr:
Stein unter Steinen.
Schauspiel in 4 Akten von Hermann Sudermann.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Hans Ruckebain.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Das letzte Mittel.

Diez' Spezialitäten-Theater.
Landsberger Allee 76/79, direkt Ringbahn-Station.
Ab 1. Pfingstfeiertag täglich:
Gr. Konzert und Spezialitäten-Vorstellung. Ball.
Ausgeführt von den hervorragendsten Kapazitäten.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf. Kaffeelücke. Voltbelustigungen.
Avis:
Am 1. u. 2. Pfingstfeiertag. Gr. Früh-Konzert u. Vorstellung.
Anfang 8 Uhr.

Deutsche Schiffbau-Ausstellung
Berlin 1908
Juni bis Oktober
Täglich von 10-10 Uhr geöffnet.
— Donnerstags Liefertage. —
Ausstellungshallen am Zoologischen Garten

Kranke und Schwache
werden fröhlich die Löffel begrüßen, daß Deutschland im Ramsfelder Stahlbrennen einen Heilkegel ersten Ranges besitzt. Dieser altbewährte Heilkegel bringt Eisen ins Blut.
Tausende wurden gesund.
Auslagen von Kerylen: Ein ganz vorzügliches Eisenmanganmedikament ist das Ramsfelder Wasser, die Lösungsverhältnisse der hauptsächlich wirksamen Stoffe stimmen mit denen des Blutes überein, das Wasser ist wohlschmeckend und gut verdaulich.
Das Ramsfelder Stahlwasser ist hochgradig eisenhaltig, leicht verdaulich und gut verdaulich. Die Patienten, die es genommen haben, haben sich stets wohlgeföhlt, haben es gern getrunken und haben an körperlichem und seelischem Wohlbefinden zugenommen.
Dankesworte nach erfolgreichen Kuren: „Ich bin 1 1/2 Jahre sehr krank gewesen, konnte nicht essen, nicht schlafen, hatte Schmerzen im Rücken, Stuhlverstopfung, Kopfschmerzen, große Nervenschwäche, große Blutarmut und Geschwülste in den Gelenken; ich habe nie gedacht, daß ich jemals wieder gesund werden würde. Und doch, wie schnell kam meine Gesundheit wieder.“ — „Ich bin entzückt über den raschen ausgesetzeten Erfolg, den ich erzielt; habe ich doch nach kurzer Zeit einen herrlichen Appetit erhalten, alle lästigen Magenbeschwerden sind verschwunden, und die alte Lebenskraft lähmende Schwäche nimmt immer mehr ab.“ — „Der Ramsfelder Stahlbrennen hat mir meine Kraft und meinen Mut wiedergegeben.“ —
Warm empfohlen bei Blutarmut, Bleichsucht, dersch. Arten von Frauenkrankheiten, Magen- und Darmleiden, Nervenkrankheiten, blutarmen Zuständen, bei denen eine Vermehrung der Blutmenge und Verbesserung der Blutbeschaffenheit notwendig ist, z. B. nach großen Blutverlusten infolge schwerer Operationen, Wochenbetten usw., nach überstandenen erschöpfenden Infektionskrankheiten wie Typhus usw. —
Prophylaxen kostenlos durch: Ramsfelder Stahlbrennen in Düsseldorf O. 164.

Schöneberg.
Sonntag, den 7. Juni, (1. Pfingstfeiertag) in den neuen Rathauskellern, Reisinger Straße 8:
Großes Pfingst-Vergnügen
arrangiert vom Arbeiter-Radfahrer-Verein Schöneberg, Mitglied des Arb.-Radl-Bundes „Solidarität“.
Garten-Konzert, Preisschießen, Preistrudeln
Anfang 4 Uhr. und sonstige Ueberraschungen. Entree 20 Pf. 1 1/2
Der Vorstand.

Zentralverband der Steinsetzer, Pflasterer u. Berufsgen.
Filiale Groß-Berlin.
Der Landtagwahl wegen bleibt der Arbeitsnachweis und das Lokalbureau am Mittwoch, den 3. Juni, geschlossen.
Die Ortsverwaltung.
175/15*

Auflösung
Zigarren-Engros-Hauses.
Unser seit vielen Jahren am hiesigen Platze bestehendes Zigarren-Engros-Haus lösen wir auf. Die umfangreichen Bestände müssen in kurzer Zeit geräumt werden, weshalb wir die Preise für unsere bedeutend herabgesetzt haben. Wir verkaufen u. a.:
Don Miguel
Don Miguel, Original-Größe jetzt Mille M. 43.—
Kleine Mexiko-Zigarre jetzt „ „ 26.—
Silda, mittelkräftig jetzt „ „ 33.—
Universal, elegantes Fasson jetzt „ „ 38.—
Britanica, mild jetzt „ „ 45.—
Ovambo, pikant jetzt „ „ 58.—
Consul I, liebliches Aroma jetzt „ „ 66.—
Medra, fein aromatisch jetzt „ „ 74.—
Selten günstige Gelegenheit für Wiederverkäufer!
Rauscher & Fabisch, Zigarren-Engros-Haus, Berlin NW. 24., Karlstr. 24. 1. Etage

Freie Volksbühne

Sonntag, den 7. Juni, nachm. 3 Uhr:
Berliner Theater | Neues Schauspielhaus
19./20. Abteilung. | 6./7. Abteilung.
Montag, den 2. Pfingsttag, nachmittags 3 Uhr:
1./2. Abteilung: | 8./9. Abteilung:
Der ledige Hof. | **Durch's Ohr und Der Dieb.**
Zu den Pfingst-Vorstellungen am 7./8. Juni in beiden Theatern und bei den Abend-Vorstellungen vom 2.—5. Juni können, soweit Raum vorhanden, Familienangehörige der Mitglieder eingeführt werden.
241/4* Der Vorstand. In Vert.: G. Winkler.

Zum Pfingstfest

erhält jeder Käufer gratis eine Etagerè (bis 5. Juni)

Eleg. Straßentiefel 8⁵⁰ 10⁵⁰
Kavalier-Stiefel 12⁵⁰
Luxus-Stiefel 15⁰⁰
Damen-Stiefel 8⁵⁰ 10⁵⁰ 12⁵⁰ 15⁰⁰

In schwarz und farbig
Herm. Kuntze's Schuhwarenhaus
Dresdenerstr. 15 an der Oranienstraßen-Brücke
Hauptgeschäft:
Gr. Frankfurter Str. 83,
Ecke Marsillusstraße.

Max Kliems Sommer-Theater.
— Hasenheide 13—15. —
Täglich: Großes Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
Mittwoch: Kinderfest.
Jeden Donnerstag: Eitetag.
Schauspiel bed. Kräfte erster Bühnen.

Neue Welt.
Hasenheide 108—114.
Täglich! Täglich!
Großes Doppel-Konzert und Spezialitätenvorstellung.
Anf. 8 Uhr. Entree 25 Pf.
1. und 2. Pfingstfeiertag!
Großes Früh-Konzert.

Volksgarten-Theater
— am Bahnhof Gesundbrunnen. —
Heute: Keine Vorstellung.
Ab Pfingsten täglich:
Konzert — Theater — und Spezialitäten-Vorstellung
an beiden Feiertagen.
Frühkonzert mit Vorstellung.

Berliner Prater-Theater
Kastanien-Allee 7—9.
Sonntag, den 7. Juni 1908
(1. Pfingstfeiertag):
Eröffnung der Hauptsaison.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
Variétésterne.
Buclette von Mepel.
Keyser als Saharet.
Britton als Isadora Duncan.
Anf. wochentags 8 Uhr.
Sonntags 7 Uhr.

Stempel-Tabrett von 1880
Robert Hecht,
Berlin S., Cranienstr. 112.
Istet schnell und billig alle Arten
Stempel in bester Ausführung.
Kaufschul-Typen „Perfekt“ zum Zusammenlegen einzelner Wörter (wie ganzer Sätze von 1,50 Pf. an

Dienstag, den 2. Juni, abends 8 Uhr:

Oeffentliche Wähler- und Volks- Versammlungen.

I. Landtagswahlkreis.

Goßmann, Kreuzbergstraße 48.
Zühlke, Dennewitzstraße 13.

2. und 4. Landtagswahlkreis.

Bock-Brauerei, Tempelhofer Berg.

3. Landtagswahlkreis.

Neue Arminhallen, Kommandantenstraße 58/59.
Graumann, Naunynstraße 27.
Urania, Wrangelstraße 9/10.

5. Landtagswahlkreis.

Sanssouci, Kottbusser Straße 6.
Südost, Waldemarstraße 75.
Drachenburg, vor dem Schlesiſchen Tor.

6. Landtagswahlkreis.

Kellers Festsäle (Inh.: Froyer), Koppenstraße 29.
Markgrafen-Säle, Markgrafendam 34.

7. Landtagswahlkreis.

Elysium, Landsberger Allee 40/41.
Brauerei Germania, Frankfurter Allee 51/53.

8. Landtagswahlkreis.

Lipps, Brauerei Friedrichshain.

9. Landtagswahlkreis.

Bernhard Rose-Theater, Badstraße 56.
Swinemünder Gesellschaftshaus, Swinemünderstraße 42.
Groterjan, Schönhauser Allee 130.

10. Landtagswahlkreis.

Daase, Brunnenstraße 154.
Wilke, Brunnenstraße 188.
Bock-Brauerei (früher Norddeutsche), Chausseestraße 64.

II. Landtagswahlkreis.

Pharus-Säle, Müllerstraße 149.
Milbrodts Gesellschaftshaus, Müllerstraße 7.
Marienbad, Badstraße 35/36.

12. Landtagswahlkreis.

Artushof, Perleberger Straße 26.
Kronen-Brauerei, Alt-Moabit 47/49.

Baumschulenweg—Treptow.
Speers Festsäle, Baumschulen-Straße 78.

Charlottenburg.

Volkshaus, Rosinenstraße 3.

Erkner.

Degebrodts Lokal.

Johannisthal.

Trautmann, Friedrich-Straße 61.

Lankwitz.

Bräuert, Marienfelder Straße.

Lichtenberg.

Schwarzer Adler, Frankfurter Chaussee 5/6.

Ober-Schöneweide.

Restaurant Wilhelminenhof.

Pankow.

Zum Kurfürsten, Berliner Straße 102.

Rixdorf.

Neue Welt, Hasenheide.
Feldschlößchen, Eisenstr. 75.

Schöneberg.

Rathaus-Säle, Meiningen Straße 8.

Tages-Ordnung:

In letzter Stunde!

Referenten: Ed. Bernstein, Block, Böske, Dr. Bruno Borchardt, Julian Borchardt, Borgmann, Dittmer, Dupont, Düwell, Ebert, Theodor Fischer, Grunwald, Hugo Heimann, Hesse, Hildebrandt, Paul Hirsch, Ad. Hoffmann, Jacobsen, Ledebour, Leid, Litfin, Mohs, Müller (Arbeitersekretär), Müller (Parteiſekretär), Ritter, Dr. Rosenfeld, Sassenbach, Schröder, Schubert, Sonnenburg, Stadthagen, Ströbel, Stücklen, Ucko, Wels, Dr. Weyl.



Erscheint in Massen zu diesen Kundgebungen.

Der Einberufer: Eugen Ernst, Alderstr. 62.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Ortsverwaltung Berlin.

Donnerstag, den 4. Juni, abends 8 1/2 Uhr:

Vertrauensmänner-Versammlungen der Bezirke und Branchen.

Tages-Ordnung:

1. Bericht der Obleute. 2. Bericht der Vertrauensmänner. 3. Verbandsangelegenheiten. 4. Werkstattangelegenheiten. 5. Verschiedenes.

Die in den Vororten arbeitenden Mitglieder der Zahlstelle Berlin werden ersucht, Vertrauensleute zu entsenden. Dieselben besuchen die Vertrauensmänner-Versammlungen ihrer Branche oder die von ihrer Werkstatt aus am nächsten einberufene Bezirksvertrauensmänner-Versammlung.

Alle Werkstätten müssen vertreten sein.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Die Versammlungslokale sind folgende:

Tischler.

Süden bei Glesing, Wasserstr. 68.
Süd-Westen bei Habel, Bergmannstr. 5/7.
Südosten I u. II bei Fuhs, Mantuffelstr. 95, um 6 1/2 Uhr (gleich nach Feierabend).
 Die Adresse des Obmannes für den Bezirk II ist: **Karl Klingner**, Brangelstr. 61.
Osten I (zwischen Zentrum und Fruchtstraße) bei **Walter**, Andreasstr. 21.
Osten II (zwischen Fruchtstraße und Friedrichsberg) bei **Litfin**, Niemeler Straße 67.
Oestliche Vororte bei **Wildner** in Friedrichsberg, Friedrich-Karl-Straße 11.
Nordosten bei **Boeker**, Weberstr. 17.

Jede Sargtischerei muß einen Vertrauensmann nach dieser Versammlung senden.

Rosenthaler u. Schönhauser Vorstadt bei **Obiglio**, Schwedter Str. 23.

Wedding und Moabit: bei **Fahrow**, Rabenstr. 6.

Obmann für Wedding und Moabit ist **Paul Lehmann**, Koppenhagener Straße 38.

Bautischler.

Süden, Westen, Südosten, Bez. 1: bei **Möhring**, Admiralsstraße 18c.
Osten, Bez. 2: bei **Zietz**, Warschauer Str. 61.
Norden, Bez. 3: bei **Karl Hube**, Koppenhagener Str. 74.
Wedding u. Moabit, Bez. 4: bei **Sachse**, Lindower Str. 26, Bahnhof Wedding.

Möbelpolierer.

Osten bei **Boeker**, Weberstr. 17.
Südosten im „Märkischen Hof“, Admiralsstr. 18c.
Norden bei **Günter**, Brunnenstr. 96.

Möbelmagazin-Arbeiter und Beizer

bei **Grapentin**, Stallter Straße 102.

Drechsler, Treppengeländer- und Luxusmöbelbranche

Norden bei **Döhling**, Brunnenstr. 79.
Osten bei **Schneider**, Friedenstr. 67.
Südosten u. Südwesten bei **Stramm**, Ritterstr. 123.

Einsetzer

im **Gewerkschaftshause**, Engelufer 15, Saal 7.
 Die Kollegen der Firma **Neumann** aus Röhren, ebenso die Kollegen der Firma **Köhn & Billig**, Luckenwalde, und die Kollegen, die im Februar bei der Firma **Ernst Mittag** gearbeitet haben, sind zu dieser Versammlung besonders eingeladen.

Am **Mittwoch**, den 3. Juni, sind die **Bureaus** des Verbandes und der **paritätische Arbeitsnachweis** geschlossen. Die Ortsverwaltung.

Zentralverband der Zivilmusiker Deutschlands.

Ortsverwaltung Berlin.

Bureau: Berlin N. 54, Brunnenstr. 188, Restaurant Wille. Amt IIIa, 4835.

Achtung!
 Wir empfehlen bei Veranstaltung von Vergnügen usw. den geehrten Vorständen, Komitees und Saalhabern unseren **kostenlosen Arbeitsnachweis**, Brunnenstraße 188.

Geschäftszeit täglich von 10 1/2 - 1 Uhr mittags. Der Vorstand.
 Kapellen vom größten bis kleinsten Orchester stehen jederzeit zur Verfügung.
 NB. Unsere Mitglieder sind im Besitz einer Kontrollkarte. Dieselbe ist für das 2. Quartal wohl und muß mit dem Verbandsstempel versehen sein. Alle andere Legitimation ist ungültig und ist sofort anzuhalten.

40 Betten,

hochfein rot, dicht Daunendecke, große Ober- und Unterbetten und 2 Kissen, mit 17 Pfund Halbdaunen, wegen kleinerer Härtefehler a Gebett 30 M., dasselbe Bett mit Daunendecke 35 M., feinstes herrschaftl. Daunendeck 40 M. Nicht gefallend, Geld zurück. Katalog frei.
Bettenfabrik Th. Krause, Kassel 39.

Modell- und Fabrik-Tischler

bei **Slober**, Bergstr. 34.

Bodenleger

im „Gewerkschaftshause“, Engel-Ufer 15.

Stellmacher

bei **Wohlfahrt**, Rosenthaler Vereinshaus, Rosenthaler Str. 57.

Kistenmacher

bei **Baudach**, Breslauer Straße 28.

Kammacher

bei **Walter**, Adalbertstr. 62.

Korbmacher

bei **Hoffmann**, Stopenstr. 47.

Bürstenmacher

bei **Preuß** (Hilfslein-Rudolf), Holzmarktstr. 65.

Perlmutter-, Horn- u. Steinbearbeiter

6 1/2 Uhr bei **Ernst Thomas**, Weichhorstr. 5.

Bilderrahmenmacher

bei **Natteroth**, Ritterstr. 32.

Diese Versammlung beginnt um 6 Uhr.

Stockarbeiter

bei **Lehmann**, Neue Friedrichstr. 1.

Diese Versammlung beginnt um 1/2 6 Uhr.

Jalousie-Arbeiter

bei **Mühle**, Mariannenstr. 41.

Musikinstrumenten-Arbeiter

im **Gewerkschaftshause**, Engelufer 15 (Saal 8), abends 8 Uhr.

Vergolder

bei **Merkowski**, Andreasstr. 26.

Maschinenarbeiter

8 1/2 Uhr in den **Andreas-Festsälen**, Andreasstr. 21 (Saal 7).

Zentralverband der Dachdecker

Verwaltungsstelle Berlin.

Donnerstag, den 4. Juni, abends 8 Uhr, Weinstraße 11:

Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Berichterstattung vom Verbandstage.
2. Stellungnahme zur Beitragsfrage.
3. Verbandsangelegenheiten.

Zahlreiches Erscheinen der Mitglieder erwartet. Der Vorstand.

Kranken-Unterstützungsbund der Schneider.

Den Mitgliedern hierdurch zur Nachricht, daß das Bureau am **Mittwoch**, 3. Juni 1908, geschlossen bleibt.

102/18

Die Ortsverwaltung.

Verband der baugewerbl. Hilfsarbeiter Deutschl.

Zweigverein Berlin und Umgegend.

Die Versammlung der Sektion der Fliesenleger-Hilfsarbeiter findet wegen der Landtagswahl nicht **Mittwoch**, den 3., sondern **Donnerstag**, den 4. Juni, abends 8 Uhr, bei **Guth**, Michaelkirch- und Buxterhauser Straße-Ecke, statt.

Das Bureau bleibt am 3. Juni den ganzen Tag geschlossen. Der Zweigvereinsvorstand.

Durch Ersparnis an Format, Tabakgewicht und Verpackung entspricht die Qualität dieser Marke der einer 10 Pfennig-Zigarre!

J. Neumann Cigarren-Fabriken

150 Zweiggeschäfte und Depots in 90 deutschen Städten, davon in Berlin: Königstr. E, Spandauerstr. 56, — Brunnenstr. 92, E, Anklamerstr. — Chausseestr. 22, E, Invalidenstr. — Chausseestr. 43, E, Schwartzkopffstr. — Dresdenerstr. 4, E, Adalbertstr. — Friedrichstr. 171, E, Französischestr. — Invalidenstr. 143, E, Bergstr. — Jerusalemstr. 41, E, Krausenstr. — Kaiser Wilhelmstr. 19, E, Münzstr. — Markgrafenstr. 17, E, Junkerstr. — Oranienstr. 90, E, Adalbertstr. — Potsdamerstr. 67-68, Ecke Bülowstr. — Prinzenstr. 91, E, Ritterstr. — Rosenthalerstr. 48, E, Neue Schönhauserstr. — Umlandstr. 33, E, Lietzenburgerstr. — Wallstr. 14a, E, Neue Grünstr. — Wienerstr. 22, E, Grünauerstr. — Rixdorf, Bergstr. 146.

Weitere Verkaufsstellen in Vororten und Umgebung:
 Adlershof, Bismarckstr. 48. — Bernau, Berliner Straße 257. — Buckow, Königstr. 8. — Köpenick, Bahnhofstr. 7 a. — Köpenick, Grünstr. 22. — Eichwalde, Bahnhofstr. 5. — Königs-Wusterhausen, Bahnhofstr. 4. — Nieder-Schönwalde, Bahnhof. — Potsdam, Nauener Straße 46. — Stralau-Rummelsburg, am Bahnhof, Durchgang. — Zeuthen bei E. Kollmann.

Eine Mark
 wöchentliche Teilzahlung liefert eleg. fertige Herren-Moden
 Massenfertigung — feinste Verarbeitung.
 Großes Stofflager.
 Erstklassige Schneiderwerkstatt im Hause.
 Spezial-Geschäft für Herren-Bekleidung
 Kein Waren-Kredithaus.
J. KURZBERG
 Rosenthalerstrasse 40-41
 (Hackescher Markt) und
 An der Jannowitzbrücke 1, 1
 Bahnhof Jannowitzbrücke.

Ort 3-Krankenkasse Weissensee.

Bekanntmachung.

Anlässlich der am **Mittwoch**, den 3. Juni er., stattfindenden Wahlen wird das Kassenlokal um 12 Uhr mittags geschlossen.

Der Vorstand der Ort 3-Krankenkasse für den Gemeindebezirk Weissensee, J. H.: Fuhrmann, Vorsitzender.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Hof I, Amt III, 1239.

Verwaltungsstelle Berlin: Charitéstraße 3.

Haupt-Bureau: Hof III, Amt III, 1987.

Wegen der am 3. Juni stattfindenden **Landtagswahlen** sind an diesem Tage unsere gesamten Bureaus geschlossen. Den Vertrauensleuten zur Nachricht, daß die für den 3. Juni falligen Konferenzen einen Tag später, am 4. Juni, in den bekannten Lokalen stattfinden.

Die Ortsverwaltung.

An die Parteigenossen Groß-Berlins!

Die am 3. Juni stattfindenden Urwahlen stellen wiederum hohe Anforderungen an die Arbeitslust und Opferwilligkeit unserer Anhänger.

Heute, Dienstag, den 2. Juni, finden eine Reihe von Bähler- und Volksversammlungen statt, für deren regen Besuch zu agitieren ist.

Die Urwahlen am 3. Juni sind festgesetzt: die 2. Abteilung wählt in der Zeit von vormittags 9 bis mittags 12 Uhr, alsdann folgt die 1. Abteilung von nachmittags 1 bis 2 Uhr und zuletzt die 3. Abteilung, welche von nachmittags 3 bis abends 8 Uhr das Stimmrecht ausübt.

Dies kein Genosse bei der Abstimmung fehlt, ist selbstverständlich, wir erwarten bei allen unseren Anhängern, soweit es ihnen irgend möglich ist, sich am Wahltag persönlich in den Dienst der Agitation zu stellen.

Die Bureaus der Partei am Wahltag befinden sich:

- 1. Landtagswahlkreis bei August Wiemers, Bülowstraße 58, Amt VI 9247.
- 2. Landtagswahlkreis bei Franz, Markgrafenstr. 4, Amt IV 9273.
- 3. Landtagswahlkreis bei Wimbö, Sebastianstr. 1, Amt IV 2195.
- 4. Landtagswahlkreis b. Gust. Hemp, Urbanstr. 170, Amt IV 8979.
- 5. Landtagswahlkreis bei Paul Hoffmann, Doppelner Str. 47, Amt IV 9373 (Nebenschluß).
- a. Landtagswahlkreis bei Paul Ditsin, Memeler Straße 67, Amt VII 1075.
- e. Landtagswahlkreis b. Weiersdorf, Elbinger Str. 9, Amt VII 6343.
- s. Landtagswahlkreis b. Spät, Georgenkirchstr. 65, Amt VII 1007.
- d. Landtagswahlkreis bei Döhnisch, Wichertstr. 3, Amt III 1035 (Nebenschluß).
- 10. Landtagswahlkreis bei Wille, Brunnenstr. 188, Amt III 4835.
- 11. Landtagswahlkreis bei Fahrrow, Rabenstr. 6, Amt III 2137.
- 12. Landtagswahlkreis bei Achilles, Bielestr. 24, Amt II 725.

Unter-Bureau:

- Nixdorf bei Hoppe, Hermannstr. 48/49, Amt Nixdorf 1015
 - Schöneberg bei Obst, Weininger Str. 8, Amt VI 6733.
 - Charlottenburg bei Müller, Rosinenstr. 3, Amt Charlottenburg 6366.
- Ober- und Nieder-Barnim bei Tempel, Alt-Borghagen 56, Amt VII 10078.

Da schon vormittags eine große Anzahl von Hilfskräften erforderlich ist, so erwarten wir von allen Parteigenossen, daß sie sich von 1/8 früh an (soweit nicht schon vorher in den Einzelbezirken anders bestimmt ist) in den Zentralbüros ihres Kreises einfinden und sich zur Verfügung der Kreisleitung stellen.

Wir zählen am Vormittag ganz besonders auf alle diejenigen, welche sich wirtschaftlicher Selbständigkeit erfreuen, und hoffen, daß sie im Vereine mit den anderen Genossen, welche sich bei freiwilliger oder unfreiwilliger Arbeitsruhe in den Dienst der Agitation stellen, die nötigen Wahlarbeiten mit gewohntem Eifer ausführen werden.

Mitgliedsbücher von Partei oder Gewerkschaft sind behufs Legitimation zur Stelle zu bringen.

Auch auf die Mithilfe unserer Genossinnen rechnen wir. An die Arbeit! Niemand fehle, weder vor- noch nachmittags, der helfend eingreifen kann.

Um wir unsere Schuldigkeit, ringen wir mit festem Entschluß und zäher Arbeitsfreudigkeit um die Verbreitung unserer großen Prinzipien.

Der Zentralvorstand.

Zur Landtagswahlbewegung.

Das Wahlbündnis.

Versammlung konservativer und liberaler Vertrauensmänner.

Der konservative Reichstagsabgeordnete v. Anstreich: Es kommen drei Mandate in Betracht. Auf ein Kompromiß mit dem Freisinn können wir uns nur unter der Bedingung einlassen, daß alle drei Landtagsmandate der konservativen Partei vorbehalten werden.

Eine schäferne Stimme: Oh!

v. Anstreich: Oh? Ja, meine Herren, wenn Sie Bedenken tragen, meinen Vorschlag anzunehmen, dann können Sie uns...

Die Stimme: O! Wir können gar nichts!

v. Anstreich: O? Der anonyme Zwischenrufer mag seine O's und Oh's öffentlich vorbringen. Ich denke aber, die übrigen Herren vom Freisinn werden vernünftig genug sein, dem betreffenden Herrn den Standpunkt klar zu machen. (Beifall bei den Freisinnigen.)

Der freisinnige Reichstagsabgeordnete Oberlehrer Kotau: Wir begreifen und billigen vollkommen die Entschlossenheit des verehrten Herrn Vorredners. Vergessen fragen wir uns, was denn unseren Freisinnigen Dr. Hämmling zu seinen deplacierten Zwischenrufern veranlaßt haben mag, die durchaus nur geeignet erscheinen, die Verhandlungen für uns unsichtbar zu gestalten. (Sehr richtig! auf allen Seiten.)

Der freisinnige Reichstagsabgeordnete Dr. Hämmling: So schlimm war es ja gar nicht gemeint. Ich glaubte nur die Form, in der der verehrte Herr Kollege v. Anstreich...

Kotau: Ich sollte meinen, über Formfragen brauchen wir uns jetzt nicht aufzuhalten. (Sehr richtig!) Als ich das letzte Mal beim Herrn Reichstagsabgeordneten war, um wegen der liberalen Garantien anzufragen — es war im Januar —, da hat er mich zwar liebenswürdig, aber doch auch kurz und bestimmt, ja, ich möchte sagen: recht wenig förmlich empfangen. (Zuruf des Abg. v. Anstreich: Gott, — unter Wochfreunden!) Eben; das denke ich auch. Darum habe ich mich auch damals gehütet, über Formfragen zu reden. Wir dürfen die Form nicht über die Sache stellen. (Lebhafte Beifall.)

v. Anstreich: Wir nehmen also an, daß die Freisinnigen mit unserem Vorschlag einverstanden sind.

Dr. Hämmling: Es wäre nur eines zu bedenken...

v. Anstreich: Nun? Aber das sage ich Ihnen gleich; von einem Entgegenkommen unsererseits kann keine Rede sein. Ganz besonders, was das Landtagswahlrecht anbetrifft. Da verstehen wir nämlich keinen Spaß.

Kotau: Der verehrte Herr Vorredner kann vollkommen beruhigt sein. Unser Kollege Hämmling ist ein junger Heißsporn. Ich möchte ihn einem Gengste vergleichen. Aber damit kommt man in der Politik nicht durch. Auch wir waren Gengste. Aber wir haben einsehen gelernt, daß man als Wallach viel besser durch die Welt kommt. (Zuruf bei den Konservativen: Schöne

Wochche!) Wir haben nie Anspruch darauf erhoben, in dieser Ehe der männliche Teil zu sein. (Der weibliche?) Gewissermaßen der fähliche, der, was die Sache anbetrifft... (Der nebenfällige!) Aber, meine Herren Konservativen, Sie dürfen uns nicht so mit Spott begegnen. (Sonst?) Sonst? Ja, sonst würden wir doch wohl genötigt sein, dagegen Stellung zu nehmen.

v. Anstreich: Soll das vielleicht heißen, daß Sie Beabsichtigen, eventuell kein Kompromiß mit uns zu schließen?

Kotau: Das meine ich natürlich nicht. Aber wir würden uns doch genötigt sehen, unter Hinweis auf unsere Prinzipien die Art und Weise, in der uns die Herren Konservativen begegnen, einigermassen zu bedauern. Wir sind zu jeder Unterstufung bereit...

v. Anstreich: Ich denke, wir haben uns jetzt genügend ausgesprochen. Ich richte zum Schluß noch an die Freisinnigen die energische Aufforderung, nach besten Kräften für uns zu agitieren. Bedenken Sie immer, daß Sie im Block nur geduldet sind!

Kotau: Ich möchte nur noch im Auftrage einiger meiner Fraktionsfreunde anfragen, was der Herr Kollege v. Anstreich vorhin mit der Bemerkung: „Dann können Sie uns...“ sagen wollte. Ich will nicht annehmen, daß er im Sinne jenes Witz gesprochen hat.

v. Anstreich: Den Abgeordneten Witz kenne ich nicht. Ich habe also auch nicht in seinem Sinne sprechen können. Ich habe natürlich gemeint: „Dann können Sie uns den Witz runter rufen“.

Kotau: Dann sind wir vollkommen beruhigt. Vielen Dank. — Darf ich Sie bitten, einzustimmen in den Ruf: „Es lebe der Liberalismus!“

Alle Antwesenden: Hoch — hoch — hoch!

Zur Beachtung am Wahltag

erläßt der Magistrat folgende Bekanntmachung: „Die am 3. Juni 1908 stattfindende Wahl der Wahlmänner vollzieht sich nicht wie bisher in Form der Terminswahl, sondern in der der Fristwahl.“

Die Fristwahl besteht darin, daß der Wähler innerhalb der bekanntgegebenen Wahlzeit seiner Abteilung zu einem beliebigen Zeitpunkt zur Stimmabgabe erscheinen kann, die Wahl jedoch pünktlich zur festgesetzten Zeit beendet sein muß, ohne Rücksicht darauf, ob im Wahllokale noch Wähler anwesend sind, die ihre Stimme noch nicht abgegeben haben.

Damit die Wahlen einen ordnungsmäßigen Verlauf nehmen, ist dringend geboten die Beachtung folgender Ordnungsvorschriften.

Ordnungsvorschriften.

1. Die zur Stimmabgabe erscheinenden Wähler nehmen einzeln hintereinander nach der Reihenfolge ihres Eintreffens Aufstellung und rücken so allmählich zu dem Wahlstisch vor. Bei starkem Andrang ist es wünschenswert, daß das hintere Ende der Wählerreihe möglichst schon vor dem Eingange zum eigentlichen Wahlräume gebildet wird, damit ein Gedränge an dem Eingange vermieden und denjenigen Wählern, welche ihre Stimmen bereits abgegeben haben, das Verlassen des Wahlraumes nicht erschwert wird.

2. Eine Ueberfüllung des Wahlraumes, durch welche das ordnungsmäßige Veranreten der Wähler zum Wahlstisch oder das Verlassen des Lokals erschwert werden könnte, muß — insbesondere in der Zeit der letzten Stunde vor Schluß der Wahl — vermieden werden.

Es empfiehlt sich daher, daß jeder Wähler, welcher seine Stimme abgegeben hat, den Wahlraum sofort wieder verläßt. Der Raum vor dem Wahlstisch ist auf alle Fälle frei zu halten.

3. Den im Interesse der Aufrechterhaltung der Ordnung vom Wahlvorstande erlassenen Anordnungen ist unbedingt Folge zu leisten.

4. Zur schnelleren Auffindung des Wählers in der Liste dient es, wenn jeder Wähler die ihm übergebene Legitimationskarte mitbringt, im Falle er jedoch eine solche nicht besitzt, dem Wahlvorsteher zunächst seine Wohnung und dann seinen Namen nennt und als Legitimation seine Militärpapiere oder Mietsvertrag, seine Invaliditätskarte, sein Krankentassenbuch, seine letzte Steuerquittung u. m. vorzeigt.

5. Jeder Wähler, welcher es ermöglichen kann, läßt sein Wahlrecht zeitig aus.

6. Da bei der Fristwahl die Abstimmung pünktlich zur festgesetzten Stunde für geschlossen zu erklären ist, auch wenn sich noch Wähler im Wahlräume befinden, welche ihre Stimme noch nicht abgegeben haben, so wird dringend empfohlen, möglichst frühzeitig, spätestens aber eine Stunde vor Schluß der Wahlzeit, zur Wahl zu erscheinen.

Wir haben das Vertrauen zu den Wählern, daß sie diese Ordnungsvorschriften auf das genaueste befolgen und solche Personen, welche etwa aus Unkenntnis hiergegen verstoßen, auf den Inhalt dieser Vorschriften aufmerksam machen werden.

Die Oeffentlichkeit der Wahl.

Zu den vom Berliner Magistrat bekanntgegebenen Ordnungsvorschriften wird den Wählern empfohlen, nach Abgabe der Stimme das Wahllokale zu verlassen. Diese Anordnung ist nur erfolgt, um bei der Kleinheit vieler Wahllokale Raum zu schaffen für die nachkommenden Wähler, was besonders in der dritten Abteilung vielfach wünschenswert erscheint. Nach den gesetzlichen Bestimmungen ist die Wahlhandlung öffentlich; die Wähler haben das Recht, derselben beizuwohnen. Wenn wir demnach empfehlen, den Anordnungen des Magistrats Folge zu leisten, so tun wir das im Interesse einer geordneten Abwicklung des Wahlgeschäfts, zumal ja ohnehin den Kontrollreuen der einzelnen Parteien das Recht des Aufenthalts während der Wahlzeit im Wahllokale zusteht.

Landtagswahlrecht und Arbeiterrückfahrkarten.

Bauhandwerker, die in Berlin arbeiten und in der Provinz ihr Wahlrecht ausüben haben, können an diesem Tage ihre „Arbeiterrückfahrkarten“ benutzen.

Seitens der Eisenbahnverwaltung ist Anweisung zur Ausgabe von Rückfahrkarten an diesem Tage gegeben worden.

Zum Wahltableau

beröffentlicht der Berliner Magistrat verschiedene Änderungen der Wahlvorstände und der Wahllokale. Wir bringen im nachfolgenden die Änderungen zur weiteren Kenntnis, die sich auf die Wahllokale beziehen.

Wahlbezirk I.

Im 127. Urwahlbezirk: Wahllokale: Steinwegstraße 59 bei Kröbzig.

Wahlbezirk III.

Im 424. Urwahlbezirk ist jetzt die Aula des Luisenstädtischen Gymnasiums als Wahllokale bestimmt; im 433. Urwahlbezirk ist die Turnhalle, Stallschreiberstraße 54, Wahllokale.

Wahlbezirk V.

Im 452. Urwahlbezirk muß es heißen: Luisenuser 1, bei Stehmann.

Wahlbezirk VII.

Im 373. Urwahlbezirk ist jetzt das Konferenzzimmer als Wahllokale bestimmt. Im 1281. Urwahlbezirk befindet sich jetzt das Wahllokale Birkenstr. 12, bei Sandow;

im 1332. und 1333. Urwahlbezirk befinden sich die beiden Wahllokale nicht Köpfer Straße 3, sondern Nr. 13, bei Schulz. Druckfehlerberichtigungen:

Wahlbezirk I.

Im III. Urwahlbezirk muß es im Text heißen: An der Apostelstraße 1—11, Pietenstr. 25 bis Ende 3.

Im 117. Urwahlbezirk muß es im Text heißen: Bülowstr. 20 bis 25 und 84—90, Potsdamer Straße 67—67 und 89—96 B 6.

Die Wahlzeit

für die drei Landtagswahlkreise des Reichstagswahlkreises Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg.

a) Fristwahlen.

Nixdorf: 3. Abteilung von 3 Uhr nachmittags bis 8 Uhr abends. 2. Abteilung von 9 Uhr vormittags bis 12 Uhr mittags. 1. Abteilung von 1 Uhr nachmittags bis 2 Uhr nachmittags.

Schöneberg: 3. Abteilung von 4 Uhr nachmittags bis 8 Uhr abends. 2. Abteilung von 2 Uhr nachmittags bis 3 1/2 Uhr nachmittags. 1. Abteilung von 1 Uhr nachmittags bis 2 Uhr nachmittags.

Charlottenburg: 3. Abteilung von 5 Uhr nachmittags bis 8 Uhr abends. 2. Abteilung von 4 Uhr nachmittags bis 5 Uhr nachmittags. 1. Abteilung von 3 Uhr nachmittags bis 4 Uhr nachmittags.

Röpenick: 3. Abteilung von 1 1/2 Uhr nachmittags bis 8 Uhr abends. 2. Abteilung von 8 Uhr nachmittags bis 4 Uhr nachmittags. 1. Abteilung von 4 Uhr nachmittags bis 1 1/2 Uhr nachmittags.

Friedenau: 3. Abteilung von 5 1/2 Uhr nachmittags bis 8 1/2 Uhr abends. 2. Abteilung von 4 Uhr nachmittags bis 5 Uhr nachmittags. 1. Abteilung von 3 Uhr nachmittags bis 4 Uhr nachmittags.

Steglitz: 3. Abteilung von 4 1/2 Uhr nachmittags bis 8 Uhr abends. 2. Abteilung von 3 1/2 Uhr nachmittags bis 4 1/2 Uhr nachmittags. 1. Abteilung von 3 Uhr nachmittags bis 3 1/2 Uhr nachmittags.

Wilmersdorf: 3. Abteilung von 5 Uhr nachmittags bis 8 Uhr abends. 2. Abteilung von 4 Uhr nachmittags bis 5 Uhr nachmittags. 1. Abteilung von 3 Uhr nachmittags bis 4 Uhr nachmittags.

In den Orten, wo Fristwahlen stattfinden, kann also jeder Wähler innerhalb der für seine Abteilung angegebenen Wahlzeit seine Stimme abgeben. Erscheine jedoch jeder recht frühzeitig zur Wahl! Nach Ablauf der für die einzelnen Abteilungen festgesetzten Wahlzeit wird kein Wähler mehr zur Abgabe seiner Stimme zugelassen.

Die etwa nötig werdenden Stichwahlen werden in diesen Orten an einem anderen Tage vorgenommen.

b) Terminswahlen.

Adlershof: Nachmittags 5 Uhr (2. Abteilung nicht vor 7 Uhr, 1. Abteilung nicht vor 7 1/2 Uhr).

Alt-Giesende: Nachmittags 2 Uhr (2. Abteilung nicht vor 4 Uhr, 1. Abteilung nicht vor 5 Uhr).

Britz: Mittags 12 Uhr (2. Abteilung nicht vor 3 Uhr, 1. Abteilung nicht vor 4 Uhr).

Drewitz: Vormittags 11 Uhr.

Eichwalde: Vormittags 11 Uhr.

Großbeeren: Vormittags 11 Uhr.

Groß-Lichterfelde: Nachmittags 5 Uhr (2. Abteilung nicht vor 7 Uhr und 1. Abteilung nicht vor 7 1/2 Uhr).

Grünau: Nachmittags 6 Uhr (2. Abteilung nicht vor 7 Uhr).

Johannisthal: Nachmittags 2 Uhr (2. Abteilung nicht vor 7 Uhr, 1. Abteilung nicht vor 7 1/2 Uhr).

Königs-Wusterhausen: Nachmittags 2 1/2 Uhr.

Krausnick: Mittags 12 1/2 Uhr.

Kaulow: Mittags 12 Uhr (2. Abteilung nicht vor 3 Uhr, 1. Abteilung nicht vor 3 1/2 Uhr).

Lichtenrade: Nachmittags 3 Uhr (2. Abteilung nicht vor 4 1/2 Uhr, 1. Abteilung nicht vor 5 Uhr).

Mariendorf: Mittags 12 Uhr (2. Abteilung nicht vor 3 Uhr, 1. Abteilung nicht vor 2 1/2 Uhr).

Mierdorf: Vormittags 11 Uhr.

Neu-Zittau: Mittags 12 1/2 Uhr.

Nieder-Schönweide: Vormittags 11 Uhr (2. Abteilung nicht vor 1 Uhr, 1. Abteilung nicht vor 1 1/2 Uhr).

Nowames: Nachmittags 1 Uhr (2. Abteilung nicht vor 2 1/2 Uhr, 1. Abteilung nicht vor 3 Uhr).

Rudow: Vormittags 11 Uhr.

Schneidemühl: Vormittags 11 Uhr.

Schmargendorf: Mittags 12 Uhr (2. Abteilung nicht vor 3 Uhr, 1. Abteilung nicht vor 4 Uhr).

Heute abend haben sich die Genossen von 7 Uhr ab im „Wirtschans“ einzufinden zwecks Verbreitung von Wahlzetteln, Flugblättern usw.

Senzig mit Jersdorf: Vormittags 11 Uhr.

Storkow: Vormittags 10 Uhr.

Tempelhof: Vormittags 8 Uhr (2. Abteilung nicht vor 10 Uhr).

Tredbin: Vormittags 9 Uhr (2. Abteilung nicht vor 11 Uhr, 1. Abteilung nicht vor 12 Uhr).

Treptow-Baumgartenweg: Vormittags 11 Uhr (2. Abteilung nicht vor 3 Uhr, 1. Abteilung nicht vor 4 Uhr).

Zehlendorf: Nachmittags 5 Uhr (2. Abteilung nicht vor 6 Uhr, 1. Abteilung nicht vor 6 1/2 Uhr).

Zehlitz: Vormittags 11 Uhr.

Zossen: Die Wahlzeit ist auf 12 bis 1 1/2 Uhr festgesetzt.

Zu den ländlichen Wahlbezirken des Kreises Teltow ist der Beginn der Wahlzeit auf 11 Uhr vormittags und in den ländlichen Bezirken des Kreises Beeskow auf 12 1/2 Uhr mittags festgesetzt.

In den Orten, wo Terminswahlen stattfinden, haben sich die Wähler zu der für ihren Ort festgesetzten Wahlzeit pünktlich im Wahllokale einzufinden. Sollte jedoch ein Wähler etwas später erscheinen, so kann er, wenn der Wahlstisch seiner Abteilung noch nicht beendet sein sollte, nach Bedingung beim Wahlvorsteher noch an der Wahl teilnehmen. Verlasse sich aber niemand darauf, sondern mache es sich ein jeder zur Pflicht, pünktlich im Wahllokale anwesend zu sein. Ferner ist es notwendig, solange im Wahllokale zu bleiben, bis der Wahlstisch der betreffenden Abteilung, in welcher man zu wählen hat, beendet ist, da sich eventuell ergebende Stichwahlen sofort vorgenommen werden.

Ober- und Nieder-Barnim.

Nachstehend bringen wir zugleich die Wahlzeit der Orte des obenstehenden Wahlkreises, soweit dieselbe uns bekannt ist.

a. Fristwahlen.

Friedrichsfelde: 1. Abteilung nachmittags von 1—2 Uhr, 2. Abteilung von 2 1/2—4 Uhr und die 3. Abteilung von 4 1/2—8 Uhr abends.

Lichtenberg: 2. Abteilung von 10—12 Uhr vormittags, 1. Abteilung von 1—2 Uhr nachmittags und 3. Abteilung von 3—7 Uhr nachmittags.

Karlshorst: 2. Abteilung von 2¹/₂—4 Uhr nachmittags, die 3. Abteilung von 4¹/₂—8 Uhr abends.

Kummelsburg: 1. Abteilung mittags 1—2 Uhr. 2. Abteilung nachmittags 2¹/₂—4 Uhr. 3. Abteilung 4¹/₂—8 Uhr.

Reinickendorf: 3. Abteilung von mittags 12 bis nachmittags 3 Uhr. 2. Abteilung von 3—4 Uhr. 1. Abteilung von 4—5 Uhr nachmittags.

Stralau: 1. Abteilung von 2—3 Uhr. 2. Abteilung von 3—4 Uhr. 3. Abteilung von 4¹/₂—8 Uhr abends.

b. Terminwahlen.

Vorsigwalde: 3. Abteilung mittags 12 Uhr, die 2. Abteilung 2 Uhr und die 1. Abteilung 3 Uhr nachmittags.

Erftner: 3. Abteilung mittags 12 Uhr, 2. Abteilung nachmittags 3 Uhr und die 1. Abteilung 4 Uhr.

Glücksdorf: 3. Abteilung mittags 1 Uhr.

Hermisdorf: 3. Abteilung 12 Uhr mittags. 2. Abteilung 2 Uhr nachmittags. 1. Abteilung 3 Uhr nachmittags.

Hohen-Neuendorf und Stolpe a. d. Nordbahn: Beginn der Wahl mittags 12 Uhr.

Zege: 3. Abteilung mittags 12 Uhr, 2. Abteilung nachmittags 4 Uhr und die 1. Abteilung um 6 Uhr.

Waidmannslust: 3. Abteilung mittags 12 Uhr.

Schöneberg-Rigdorf.

Schöneberg. Parteigenossen! Am Wahltag werden dringend Kräfte gebraucht; soweit die Genossen in ihren Bezirken nicht tätig sein können, wollen diese sich nach dem Zentralbureau, Meiningen Straße 8, bemühen. Ebenfalls mögen die Genossinnen, soweit nicht bereits Maßnahmen getroffen sind, sich in dem Bureau melden. Die Radfahrer werden gebeten, um 12 Uhr im Wahlbureau einzutreffen.

Soweit wir Kenntnis haben, hat ein Teil Unternehmer am Wahltag ihren Arbeitern freigegeben. Auch diese Arbeiter wollen sich uns zur Verfügung stellen.

Das Wahlkomitee.

Rixdorf. Die Parteigenossen, welche am Tage der Wahl Zeit haben und sich an den notwendigen Wahlarbeiten beteiligen wollen, werden ersucht, sich schon morgens um 8 Uhr im Zentralwahlbureau für Rixdorf, im Lokal von Soppe, Hermannstraße 49, dem Wahlkomitee zur Verfügung zu stellen.

Die Verteilung der Hilfskräfte, soweit diese nicht schon in den Bezirken erfolgt ist, geschieht nur von dieser Stelle aus. Die Wahlleiter werden ersucht, bei Mangel an Hilfskräften sich dorthin zu wenden. Die Wahlmänner werden ersucht, sich bei Schluß der Wahl möglichst im Wahllokal einzufinden.

Das Wahlkomitee. J. H. H. Pagels.

Ober- und Niederbarnim.

Karlshorst. Vor einer von mehr als 300 Personen besuchten Volksversammlung unter freiem Himmel sprach am Sonntagmittag Genosse Dr. Kurt Rosenfeld über das preussische Wahlrecht.

Er behandelte die politische Verlotterung speziell des Karlshorster Bürgerturns, das trotz seiner Schwärmerei für Freiheit und für Liberalismus uns ständig die größeren am Orte befindlichen Fälle abtreibt und das jetzt die Wähler auffordert, u. a. auch für die Wahl des Herrn von Tressow einzutreten, der von demselben Bürgerturn im März d. J. zum Gemeindevorsteher als nicht geeignet befunden wurde, weil er, wie es in den bürgerlichen Flugblättern hieß, „seine persönlichen Interessen stets über die Interessen der Allgemeinheit stellte“. So etwas bekommt eben nur das liberale Bürgerturn fertig, und mit solchen Elementen müssen die Sozialdemokraten den Wahlkampf ausfechten.

Die vorgezeichnete Resolution, die zur Wahl der sozialdemokratischen Wahlmänner aufzuforderte, wurde einstimmig angenommen.

Friedrichsfelde. Ueber die Landtagswahlen 1908 sprach in einer am Sonntag bei Ruhe abgehaltenen Volksversammlung Genosse Siebel. Der Redner fesselte durch seine trefflichen Ausführungen die volle Aufmerksamkeit der Versammlung. Er rief die schreiende Diskrepanz zwischen Pflichten und Rechten der arbeitenden Bevölkerung ins Gedächtnis und wies auf die reiche Schmarotzer, in große Verachtung. Der reiche Veisall, der dem Redner zuteil wurde, betriebe, daß er den Anwesenden aus dem Herzen gesprochen hatte. In der Diskussion — Segner wagen sich anscheinend nicht mehr ans Licht der Öffentlichkeit — ergriff Genosse Binzler die Gelegenheit, die preussische Rückständigkeit in Schulfragen mit einigen trefflichen Beispielen zu belegen, während Genosse Schwenk zur lebhaftesten Agitation bis zur Wahl und zu reger Beteiligung an den Wahlarbeiten aufforderte. Damit hatte die Versammlung, die des prachvollen Wetters wegen in den schattigen Garten verlegt wurde, ihr Ende erreicht.

Teltow.

Reuthen. Landtagswähler auf Reisen. Während in dem einen selbständigen Urwahlbezirk bildenden Nachbarort Eichwalde Friswahl (und zwar für die dritte Abteilung von 11—12 Uhr) stattfindet, müssen die Urwähler unseres Bezirks räumliche Entfernungen von etwa einer Stunde überwinden, um mit dem Glockenschlag 11 Uhr in der Lage zu sein, von ihrem an und für sich nur winzigen Rechte Gebrauch machen zu können.

Die Zusammenlegung des Urwahlbezirks ist an und für sich gewissermaßen ein Unikum. Wahllokal ist die Schule in Eichwalde. Um dahin zu gelangen, haben zurückzuliegen folgende Weg: Etwa 230 Wähler des Hauptortes Reuthen (903 Einwohner) 1/4 Stunde auf Chaussee; etwa 6 Wähler der Gutsbezirke Wüste-mars und Schulendorf 1 1/2 Stunde auf Chaussee; etwa 50 Wähler von Müggelheim 1/2 Stunde Fußweg und Ueberlegen über den Eddinsee; etwa 30 Wähler von Schmöckwitzwerder 1/2 Stunde Fußweg. Der Rest von etwa 100 Wählern verbleibt dem Wahlort. Diese Zusammenstellung in Verbindung mit der ungenügenden Wahlzeit läßt erkennen, mit welchen Schwierigkeiten zu rechnen ist. Das darf aber die Arbeiterwähler nicht abhalten, auf dem Posten zu sein. Vorwärts für die Wahl der sozialdemokratischen Wahlmänner.

Partei-Angelegenheiten.

Achtung. Wähler-Versammlungen!

Die Leiter der heutigen Wähler-Versammlungen werden gebeten, sofort nach Beendigung der Versammlungen einen Voten mit einem kurzen Bericht über den Verlauf derselben an die unterzeichnete Redaktion, Lindenstr. 69, zu senden.

Redaktion des „Vorwärts“.

Achtung! 4. Landtagswahlkreis. Am Dienstag, 2. Juni, abends 8 1/2 Uhr, findet im „Vossjäger-Palast“, Hasenstraße 52/53, eine Versammlung der Wählerleiter, Urwahlbezirksführer und Wahlmänner statt. Alle Frauen und Männer, welche an dieser Versammlung nicht teilnehmen, werden ersucht, die Versammlung auf der Bodbrauerei zu besuchen. Das Komitee.

Wilmersdorf-Halensee. Die Parteigenossen werden ersucht, sich möglichst vollständig an den morgigen Wahlarbeiten zu beteiligen. Diejenigen, die bereits am Nachmittag um 3 Uhr frei sind, sowie diejenigen, die sich um 5 Uhr zum Schleppen zur Verfügung stellen, werden in folgenden Lokalen: Käßeler, Lauenburgerstr. 20/21 (Zentralbureau), „Luiseapart“, Wilhelmstraße 112, Fischer, Durlacher, Ede Bruchsalzstr., Poisch,

Pariser Straße 2, Raufsch, Umlandstr. 71, Pröhl, Prager Straße 12 und Halensee bei Bürgel, Beckstraße 44.

Wir verweisen nochmals auf die heutige Volksversammlung in den Wilmersdorfer Festsälen, Johann Georgstr. 10, in der Genosse Rechtsanwalt Dr. Herzfeld über „Die preussischen Landtagswahlen“ referieren wird. Volljähriges Erscheinen der Genossen erwartet Der Vorstand.

Friedenau. Heute Dienstag abend von 7 Uhr an findet von den Bezirkslokalen aus eine Flugblattverbreitung statt, wozu das Erscheinen aller Genossen unbedingt notwendig ist. Nach Schluß der Flugblattverbreitung findet bei Schönfeld eine Besprechung des gesamten Wahlkomitees statt. Genossen, welche sich am Tage der Wahl freimachen können, werden ersucht, sich bei den Bezirksführern zu melden. Das sozialdemokratische Wahlbureau ist am Wahltag im „Reinickhof“, Rheinstr. 60. Das Wahlkomitee.

Lichtenberg. Den Genossen zur Kenntnis, daß sich am Tage der Wahl, am Mittwoch, das Zentralwahllokal bei Pickenhagen, Scharnweberstr. 60, befindet. Sämtliche Anfragen usw. sind dahin zu richten. Desgleichen wird erwartet, daß sich die Genossen so viel wie irgend möglich dem Wahlkomitee zur Verfügung stellen. Das Zentrallokal ist von 1/2 9 Uhr vormittags geöffnet. Sämtliche Wählerlisten sind bis spätestens heute abend an den ersten Vorsitzenden abzuliefern. Heute abend nochmals Flugblattverbreitung und um 1/2 10 Uhr bei Gebr. Arnold Versammlung. Der Vorstand.

Kummelsburg. Das Zentralwahlbureau für unseren Ort befindet sich am Tage der Wahl bei Basse, Alt-Boz-hagen 50; dorthin wollen sich die Genossen, welche sich zu den Wahlarbeiten zur Verfügung stellen — und denen noch keine bestimmte Tätigkeit zuerzteilt ist — wenden. Das Wahlkomitee.

Grünau. Heute abend 7 Uhr findet eine Flugblattverbreitung von der „Grünen Ede“ aus statt. Um zahlreiche Beteiligung ersucht Das Wahlkomitee.

Bantow. Das Zentralwahlbureau befindet sich bei Matthes, Wühlstr. 38, Telefon Nr. 164. Sämtliche Genossen, welche sich für den Wahltag zur Verfügung stellen, wollen sich heute abend vor Beginn der Versammlung im „Kurfürsten“ beim Vorstehenden des Wahlbezirks melden. — Zu reger Beteiligung an der Wahlhilfe fordert hiermit auf Der Vorstand.

Reinickendorf-Ort. Heute (Dienstag) abend findet von 7 Uhr ab von den bekannten Wahlstellen aus eine Flugblatt- und Auberiverbreitung statt. Diese Arbeit erfordert die Beteiligung sämtlicher Genossen. Die Genossen, die am Wahltag (Mittwoch) helfen, treffen sich vormittags 9 1/2 Uhr bei Rirsch, Marktstr. 2/3. Wir erwarten, daß sich insbesondere die Arbeitslosen und die selbständigen Genossen zahlreich zur Verfügung stellen. Alle nach Beginn der Wahl im Wahllokal Eintreffenden melden sich bei den im Wahllokal befindlichen Wahlkomitees. Die Bekanntmachung des Wahlergebnisses erfolgt nachmittags 5 Uhr bei Rirsch, Marktstr. 2/3.

Zege. Am Wahltag vormittags soll noch ein Flugblatt ausgeteilt werden. Die Genossen werden ersucht, sich volljährig früh 8 Uhr bei Halse, Brunowstr. 23, einzufinden. Ebenda ist das Wahlbureau für Zege am Wahltag eingerichtet. Die Genossen werden ersucht, volljährig sich an der Wahlarbeit zu beteiligen. Diejenigen Parteigenossen, welche nicht wahlberechtigt sind, stellen sich ebenfalls bei Halse ein, soweit sie nicht andere Arbeit am Wahltag zu leisten haben. Parteigenossen! Tue jeder seine Pflicht. Das Wahlkomitee.

Berliner Nachrichten.

Schwedenbesuch.

Es war wieder mal ein echt byzantinisches Spektakelstückchen erster Ordnung mit Raufen und Trompeten. Viel Militär, viel untertänigster Freisinn, wenig Kernkraft. Gätte man nicht wohlbedacht den Sonntag gewählt als Einholungstag, so konnten außer der Soldateska wohl nur die gewohnheitsmäßigen Lindendumler Spalier bilden. Das schöne Königswetter aber, mit dem sich der olle Petrus für die verregneten Schletztstädter Kaiserstage wieder ehlich und hoffähig machte, lockte ungezählte Tausende von neugierigen Gaffern an. Viel kritisiert wurde allenthalben die launige Kaiserin, daß Schwedens Königin, bekanntlich eine badische Prinzessin, schon tagelang in Berlin's Rauern, sogar „meißend mang die Linden“, infognito als „Gräfin“ weilte und nachträglich den Kummel der Einholung als Königin mitmachte. Besser konnte die Feierlichkeit als Farce gar nicht gekennzeichnet werden. Vom Lehrter Bahnhof bis zum Strandenburger Tor sowie auf den Bürgersteigen der Straße Unter den Linden und weiter bis zum Schloß standen die guten Berliner und Berlinerinnen in drangvoll fürchterlicher Enge und ließen sich die ungewöhnlich heiße Waiensonne zum Nuhme von Kaiser und Reich unentwegt auf die mehr oder weniger königstreuen Schädel brennen. Bis zum Beginn der Abperrung hatte man in der Feststraße mit auffallender Deftlichkeit möglichst viel „Voll“ hineingelassen. Ohne den schwarzen Bürgerrock hätte die ganze Geschichte doch zu schofel und simpel ausgesehen. Und allen diesen Menschenmassen kam es nicht zum Bewußtsein, daß sie hier eigentlich doch nur geduldet waren, um einem Herrscher, der sie persönlich absolut nichts angeht, mit Ros-fahnen zuzuwachen und sich heißer zu schreien.

Der Hauptstoß der Volkskolonne spielte sich wie immer am Pariser Platz ab. Dem hochwohlwollenden Magistrat ist es neuerdings schwer auf die Nerben gefallen, daß er als moderner Hans Dampf in allen Regierungsgassen bei solcher Gelegenheit noch viel zu wenig byzantinert. Man munkelt sogar, daß er einen sanften Rippenstoß erhalten habe, um sich bei der Einholung fremder Fürlichkeiten in Zukunft entsprechend seinem großen Selbst in etwas glänzenderem Lichte zu zeigen. Da die Zivilisten des Königs von Preußen sowieso bloß noch eine Lappalie bedeutet, von der sich nicht mehr standesgemäß leben läßt, sollen die Bürger die königliche Gastrechnung bezahlen. Sowie! Kann man doch wohl für die bunten Piepögel, die aus der großen Ordensliste in die Knopflöcher der freisinnigen Handlanger fliegen, verlangen. Die Magistratsmit-glieder und freisinnigen Stadterordneten halten aber diebald in königlichem Sinne noch lange nicht ihre Schuldigkeit getan. Der deutsche Kaiser sah bitterböse drein, als er bemerkte, daß die „Ausfäulung“ des Pariser Platzes an Einfachheit nichts zu wünschen übrig ließ. Er blidte konsequent während der Festrede nach der anderen Seite und hatte selbst für das Publikum keinen Gruß. Auch die übrigen Majestäten sahen, vielleicht unter der Einwirkung des heißen Tages, äußerst gelangweilt aus. Und der hohe Gast des Kaisers schien herzlich froh zu sein, als der „geschnittene“ Herr Kürschner seine Begrüßung, die von auffällender Kürze war, beendet hatte. Die obligaten Ehrenjungfrauen streiften. Man erzählt sich, daß unter den Stadtratshäupterlein keine Einigung zu erzielen war, welche von ihnen den unermesslichen Blumenstrauß überreichen sollte. Nach der Rangordnung hatten die dicksten, magersten, häßlichsten das größte Anrecht, aber solchen Anblick wollte man dem Schönheitsfuss des schwedischen Königspaares nicht zumuten. So war man auf den Ausweg verfallen, ein paar hundert siebenmal gestrichelte „Vollschülerinnen“, die aber in Wirklichkeit höhere Töchter in schwedischen Nationalfarben waren, aufmarschieren zu lassen. Als die Kinderchar auf ein allzu eifrig gegebenes Zeichen ihr Hurra vom Stapel ließ, machte der König von Schweden ein äußerst piffiges Gesicht. Da eben in den

Norden des schönen Schwedenreiches hat das Volk denn doch etwas mehr Gefühl für Wahrung der Selbstwürde. Ueberhaupt hat man wohl selten bei den berühmten „fünf Minuten Aufenthalt“ am Pariser Platz einen ähnlich nüchternen Anblick erlebt. Es sah ganz so aus, als ob die Höchsten der Erde mit überfüllten Nerwen derartige Guldigungen als etwas Selbstverständliches hinnehmen und sich darüber überhaupt nicht mehr freuen können. Ahnen sie, daß die Schwärmeri heutzutage doch nicht aus dem Herzen kommt? Als der königliche Wagenzug in die Mittelpromenade der „Linden“ einfuhr, kamen die Schreihälse zu ihrem vollen Recht. Hurra... Hurra... Hurra brüllte es betäubend durch die Luft, daß die Fenster scheiben klirrten. Echter, wahrer Volksjubel klingt anders. Das hier war kein spontaner Ausdruck einer Herzensregung, nur bestellte Arbeit. Und da lediglich hiernach die modernen Herrscher das Volk zu beurteilen und zu — behandeln pflegen, so ist es kein Wunder, daß diejenigen, welche die linke Wange herhalten, auch noch einen Schlag auf die rechte bekommen.

Samariter an der Arbeit.

Infolge der großen Hitze, die während der Empfangsfeierlichkeiten herrschte, war eine große Zahl von Ohnmachtanfällen unter den Zuschauern zu verzeichnen. Die Unfallsstationen, die eine Anzahl von Ambulanzen an der Feststraße errichtet hatten, hatten gemeinsam mit der freiwilligen Sanitätskolonne denn auch in mehr als 50 Fällen Hilfe zu leisten, und auch die Automobilkrankenwagen des Verbandes für erste Hilfe traten mehrfach in Aktion. Von der Station am Pariser Platz mußte ein Gardefürst in einer Drofsäke nach der Kasse gebracht werden; er war ohnmächtig geworden und konnte sich nicht gleich erholen. In den anderen Fällen konnten die von Schwächeanfällen Betroffenen nach kurzer Zeit wieder in Reih und Glied treten. Ein frischer Trunk und eine kalte Kopfbandage taten sofort ihre Schuldigkeit. Die Sanitätskolonnen hatten fast ausschließlich weibliche Patienten.

Das Märkische Museum

wird in Kürze der Öffentlichkeit zugänglich sein. An der Waisenbrücke gelegen, dort, wo Wallstraße und Könlischer Park aufeinanderstoßen, bildet der eigenartige Bau ein Schmuckstück für jene Gegend. Das Museum umfaßt eine prähistorische und eine naturhistorische Sammlung, Sammlungen für das Kunst- und Gewerkswesen, für die Rechtspflege, Gruppen kirchlicher Gegenstände, Sammlungen für Gewerbe und Kunstgewerbe, für Fischerei und Landwirtschaft, es zeigt Hausgeräte, Trachten und Schmuck, es gibt eine Uebersicht der Geschichte der Stadt Berlin und der Mark, es enthält eine Waffensammlung, eine statistische Abteilung und die Könlische Bibliothek.

Da sich die Sammlungen auf die Mark beschränken, ist das Sammlungsgebiet erheblich kleiner als das anderer Museen Berlins. So enthält das Märkische Museum im Gegensatz zu diesen eine größere Anzahl weniger umfangreicher Sammlungen. Auch sind im allgemeinen seine Sammlungsgegenstände bescheidener als die den höchsten Kulturperioden verschiedener Länder entstammenden Gegenstände der staatlichen Museen. Der Bau selbst ist der Eigenart des Inhalts des Märkischen Museums angepaßt. Schon äußerlich kommt das zum Ausdruck, indem die Gebäudeteile in der Wallstraße im gotischen Bausteinbau ausgeführt wurden, während sich der Teil am Könlischen Park als Renaissancebau mit gepunkteten Flächen zeigt. Dazwischen wurden auch ältere Architekturmotive verwandt. Im Innern sind die einzelnen Räume den Gegenständen angepaßt. Ueberall ist darauf Rücksicht genommen, der verschiedenen Art der Sammlung entsprechend einen regen Wechsel in der Raumbildung und ganz besonders in der Beleuchtung zu erreichen. Lehteres ist geschehen durch verschiedene Formen und verschiedene Stellungen der Fensteröffnungen in den Wänden sowie durch eine verschiedene Behandlungsweise der Gläser.

Der Architekt, Stadtbaurat Hoffmann, hat sich verpflichtet gefühlt, in Rücksicht darauf, daß die Gebäude aus früheren Jahrhunderten in Berlin immer mehr verschwinden, beim Bau des Märkischen Museums im Anschluß an die Sammlungsgegenstände späterer Generationen die Stimmungen zu übermitteln, welche äußerlich und innerlich den Gebäuden Alt-Berlins eigentümlich waren. Und wir meinen, es ist dies dem Erbauer vortrefflich gelungen, und zwar gelungen mit verhältnismäßig einfachen Mitteln. Es ist in verschiedenen Kreisen und auch in Stadterordnetenkreisen öfter gellagt worden darüber, daß sich die Fertigstellung des Museums so lange hingiehe. Wer nächsten einen Gang durch das Märkische Museum, das in Kürze der Öffentlichkeit übergeben werden dürfte, unternehmen sollte, wird bei sorgemäher Besichtigung sehr wohl verstehen, daß die Herstellung eines solchen Baues mit keinem anderen auch nur ähnlichen zu vergleichen ist. Hat es auch etwas lange gedauert, bis das Berliner Publikum das Märkische Museum wieder hat, so war das im Hinblick auf eine gute, gezielte Ausführung nicht zu umgehen, und doppelt wird der auf seine Kosten kommen, der Interesse an der Geschichte der Mark hat.

Sum letzten Male?

Ein hiesiges Mittagsblatt will wissen, daß man sich bei Ver-ratung der für den König von Schweden veranstalteten Empfangs-feierlichkeiten im Magistrat darüber einig geworden sein soll, für die Zukunft keine fremden Potentaten mehr am Strandenburger Tor zu empfangen. Von anderer Seite wird berichtet, daß der Bürgermeister Reide sich dahin ausgelassen habe, daß es wünschens-wert sei, fremden Besuch zukünftig im alten Opernhaus zu empfangen. Wir möchten nach beiden Richtungen hin ein großes Fragezeichen machen. Gewiß halten auch wir es für Vertreter der Stadt Berlin einfach unwürdig, am Strandenburger Tor fremden Herrschern Reberenz zu erweisen, allein wir glauben nicht recht daran, daß einem Wunsche der Krone im Rathaus die Erfüllung versagt werden wird. Auch dagegen möchten wir uns ausdrücklich wenden, etwa solche fremde Besuche im alten Opernhause zu empfangen. Will der Herr Bürgermeister etwa mit diesem Vor-schlage Propaganda machen für Ankauf des alten Raupens durch die Stadt Berlin?

Wir meinen, daß die Stadt überhaupt mit diesen Empfängen endlich aufhören sollte. Die fremden Herrscher kommen nach Berlin als Gäste des Kaisers und nicht, um der Stadt einen Besuch zu machen. Und da ist es eben einfach Sache des-jenigen, der Besuch erhält, seinen Besuch so zu empfangen, wie er das für notwendig hält. Die Stadt Berlin geht unseres Erachtens der kaiserliche Besuch gar nichts an.

Kollision zwischen Autobus und Eisenbahn. An der Eisenbahnüberführung zwischen Hundeshöhe und Weelichhof ereignete sich am Sonntagnachmittag ein Automobilunfall, der leicht schwere Folgen hätte nach sich ziehen können. Gegen 5 Uhr kam von Weelichhof her der Automobilomnibus Nr. 1372 der Omnibus-gesellschaft, der sich auf der Rückfahrt nach Berlin befand. Als er sich der bezeichneten Bahnüberführung näherte, wurde die Barriere geschlossen. Trotzdem der Führer des Automobilomni-busses sofort bremste, konnte er doch den Wagen nicht mehr zum Stehen bringen. Der Omnibus durchbrach die Barriere und fuhr sich auf dem Bahndörper in Sande fest. Im selben Augenblick nahte von Potsdam ein Personen-zug, und ein Unglück schien unvermeidlich. Durch Zurufe an-merksam gemacht, gab der Lokomotivführer noch rechtzeitig Gegen-dampf, trotzdem fuhr der Zug den Omnibus von der Seite an. Im Innern und auf dem Berdach des Wagens sahen etwa 22 Per-sonen. Als die Kollision erfolgte, fielen mehrere Frauen in Ohnmacht. Einige Fahrgäste wurden leicht

Verleht. Da der Autobus nicht so schnell wieder vom Bahnkörper entfernt werden konnte, so trat auf der Eisenbahn eine einflussreiche Betriebsstörung ein.

Die gestrige Parade stand im Zeichen einer mörderischen Dipe. Zahlreiche Kinder und auch Erwachsene erlitten Ohnmachtsanfälle. Viele Berliner Bürger klagten wieder über die schädigenden Wirkungen der Abperrungen.

Der alltägliche Kinderleichenfund. Auch heute wird uns wieder über die Auffindung einer Kinderleiche berichtet. Auf dem sogenannten Stielerlande in der Grünthaler Straße 20 wurde die bereits vollständig in Verwesung übergegangene Leiche eines neugeborenen Kindes aufgefunden. Infolge des vorgeschrittenen Verwesungsprozesses ist es nicht mehr möglich, über die Todesursache des Kindes etwas Positives festzustellen.

Die Tat einer Weibesgehirnen.

Gestern früh gegen sechs Uhr wurden die verteilte Milchhändlerin Auguste Schulz geborene Krenz und ihre vier und zwei Jahre alten Söhne Herbert und Kurt in ihrer im ersten Geschoss des Vorderhauses Seestraße 81 gelegenen Wohnungsküche tot aufgefunden. Als Todesursache wurde Gasvergiftung festgestellt. Die Tat ist von der Frau Schulz in geistiger Anmattung ausgeführt worden; Hausbesitzer besichtigt, doch sie seit dem Tode ihres Mannes im vergangenen Jahre ein niedergedrücktes Wesen zeigte.

In einem Besuche seiner Arbeiterkolonie in Hoffnungsthal hatte der Pastor v. Bodelschwingh gestern die Mitglieder der städtischen Behörden eingeladen. Herrn Bodelschwingh ist es darum zu tun, aus dem Berliner Stadtkreis mehr Geld für seine Kolonien Lobetal und Onabental herauszuschlagen; er glaubt dieses Ziel besser zu erreichen, wenn er die städtischen Behörden zu verleiht. Unseren Lesern brauchen wir nicht besonders zu sagen, was wir von solchen vorher angesagten Besuchen halten.

Aus der städtischen Beleuchtungsdeputation. In der gestrigen Sitzung der Deputation der städtischen Gaswerke wurde beschlossen, folgende Straßenzüge mit öffentlicher Gasbeleuchtung zu versehen: die Ostender Straße zwischen Center- und Müllerstraße, die Rauerstraße von der Dunderstraße bis zur Prenzlauer Allee, die Carmen-Splava-Straße von der Greifswalder Straße bis Straße 23a an der Prenzlauer Allee, ferner mehrere neue noch nicht benannte Straßen an der neuen Bumpstation des Abfallsystems XI nahe Weissenhof sowie die Paul Heise-Straße zwischen Dörnerstraße und Straße 23a. Weiter wurde beschlossen, die öffentliche Beleuchtung in der Prenzlauer Allee von der Danziger Straße bis zur Ringbahn zu verstärken und die von der Stargarder Straße zwischen Prenzlauer Allee bis zur Dunderstraße zu verbessern. Auf den Hauptwegen an der Ecke der Müller- und Schulzendorfer Straße sowie an der Ecke der Grenz- und Neuen Hochstraße sollen zwei neue Kandelaber aufgestellt werden.

Einem Hilfskassierer des Deutschen Buchbinderverbandes sind am Sonnabend, den 30. Mai, abends zwischen 11 und 12 Uhr, im Vohmannshaus (Inhaber: Günther, Gr. Franzfurter Straße 83), im dritten, nach dem Garten gelegenen Räume die Beitragsliste und Beitragsmarken im Werte von circa 200 M. abhandeln gekommen. Diese Gegenstände kann niemand verwenden. Es besteht aber der Hilfskassierer der Organisation für den Verlust. Im Falle das Paket aus Versehen von dem Tisch genommen wurde, wird gebeten, dasselbe dem Bureau: Engelauer 14/15, Zimmer 89 und 40, einzuliefern. Die Ortsverwaltung.

Kadrennen in Spandau. Der Eröffnung am Sonntag war endlich gutes Wetter und auch ein guter Besuch beschieden. Der gebotene Sport war über die Rufen gut und brachte spannende Kämpfe. Die Hauptnummer des Programms bildete ein Stundenrennen, aus dem Bruno Salzmann (Heidelberg) als Sieger hervorging. Sein bester Gegner, E. Bruni, kam später durch Sturz um alle Chancen. Vom Beginn des Rennens die Spitze haltend, legte Bruni ein scharfes Tempo vor, dem nur Salzmann zu folgen vermochte, während Bedell gleich zu Beginn und Robl in der ersten Runde von Bedell passiert wurde. Der Amerikaner Bedell spielte nur eine Staffettenrolle und kam nie in Betracht. Auch Robl mußte sich ohne Gegenwehr schlagen lassen, so daß das Rennen nur zwischen Bruni und Salzmann lag. Letzterer war dem Italiener stets dicht auf den Fersen und lieferte ihm rundenlange Kämpfe; vorerst ohne Erfolg, denn Bruni wehrte sich tapfer. Endlich glückte in der 50. Runde ein erneuter Angriff, Bruni fällt von seiner Führung ab und blickt später auch noch gegen Robl seinen zweiten Platz ein. Im Begriff, das verlorene Terrain gut zu machen, kommt Bruni bei einem Passierversuch gegen Robl zu Fall, lehnt aber jede Hilfe der Samariter ab und besiegt von neuem sein Rad. Er fährt wieder so scharf, daß er kurz vor Schluß noch eine Runde gegen Robl aufholt. Salzmann und Bruni fahren eine Ehrenrunde unter lebhaftem Beifall. Die Fliegerrennen liefen starkes Feld auf, doch konnten wegen des seccartigen Innenraumes einige Rennen nicht stattfinden.

Kadrennen in Treptow, 31. Mai. Ein volles Haus, das den besten Wetter und interessante Renner, wenigstens die Hauptnummer, ein Dreikunden-Prämienfahren für Flieger, ohne Motorführung. Achtundzwanzig Fahrer bestritten das lange Rennen, zum Glück erwies sich die Witterung, daß viele Stürze bei dem großen Felde vorkommen würden, als nicht zutreffend; wohl ging es nicht ohne diese ab, aber sie ereigneten sich erst zum Schluß, als schon die Hälfte der Fahrer ausgegeben hatten, und sie verliefen glimpflich. Das Publikum war reger bei der Sache, denn es wurde nicht müde, die Fahrer durch Zurufe anzufeuern. Um die Sache interessant zu gestalten, wurden nach Verlauf jeder halben Stunde Prämien im Werte von 25 beginn. 15 M. den jeweils beiden ersten Fahrern zuerkannt. Die Schlussprämien beliefen sich auf 200, 100, 75, 50, 25 M. Das Endergebnis war: 1. W. Müller 107 Kilometer 120 Meter, 2. Rubel, 8. Schmalz, 4. Mühlbach, 5. S. Müller. Prämien gewonnen: Vogt, Hansen; Hansen, Kabe; Sterba, Kabe; Kabe, Rubel; Rubel, Mühlbach. Der Zeitrekord für drei Stunden beträgt 104 Kilometer 891 Meter.

Zwei Dauerrennen mit Motorführung über je 30 Kilometer Albeten den Anfang der sportlichen Darbietungen; sie verliefen ohne Unfall.

30 Kilometer-Rennen. 200, 150, 100 M. 1. Kabele in 28 Min. 11¹/₂ Sek.; 2. Weber 3310 Meter; 3. Kottnik 6360 Meter; 4. Kabe 7700 Meter zurück.

30 Kilometer-Rennen. 200, 150, 100 M. 1. Fr. Hoffmann in 28 Min. 17¹/₂ Sek.; 2. Schadebrodt 1450 Meter; 3. Puhlmann, 2910 Meter zurück.

Begen einer Gasexplosion wurde am Sonntagmorgen um 4¹/₂ Uhr die Feuerwehre nach dem Bahalla-Theater am Weinbergweg 19 alarmiert. In der elektrischen Wochstation des Theaters waren durch die Gewalt der weithin hörbaren Explosion eiserne Abdeckungsplatten fortgeschleudert, Räume und Fenster total zertrümmert. Die Personen, die dort tätig waren, sind mit dem Schrecken davongelommen. Die Ursache der verheerenden Explosion wird auf ein undichtes Rohr und Fahrlässigkeit zurückgeführt. Die Feuerwehre besichtigte weitere Gefahren.

Gleichzeitig löschte der dienstfreie Feuerwehrmann Terz einen Heizerbrand in der Bendlerstr. 25/26, den er beim Vorübergehen bemerkte. Der 17. Zug hatte in der Hollmannstr. 11 zu tun, wo auf dem Hofe ein Ballon mit Säure auslaufen war. Außerdem hatte die Feuerwehre in den letzten Stunden noch in der Urbanstr. 65, Carmen Splavastr. 160, Görtlicher Straße 75, auf dem Roderer Güterbahnhof, in der Faldenfeinstr. 24, Wolfstr. 24, Nikolaitzplatz 6, Al. Hamburger Straße 3, Gubstr. 34, Landsberger Straße 35 und an anderen Stellen zu tun.

Brandstiftungen und kein Ende! Am Sonntagmorgen um 3 Uhr wurde die Feuerwehre nach der Rosenthaler Straße 14 gerufen. Dort brannten in einer Wohnung Betten, Wäsche, Kleider usw. Die Feuerwehre stellte fest, daß vorläufige Brandstiftung vorlag. Die Betten waren aufgeschnitten und auseinander-

gerissen. Die weiteren Ermittlungen ergaben dann, daß die Brandstiftung von Einbrechern verübt wurde, um einen Diebstahl zu verdecken. Von den Tätern fehlt jede Spur. Die Wohnungsinhaber waren nicht zugegen. Eine zweite Brandstiftung beschäftigte die Feuerwehre in der Adlerstr. 88. Dort war der Dachstuhl des Hauses vorläufig in Brand gesteckt worden. Die Wehre hatte dort längere Zeit zu tun, um den Brand zu löschen.

Orgelkonzert. Mittwoch, den 2. Juni, 7¹/₂ bis 8¹/₂ Uhr, veranstaltet der königliche Musikdirektor Bernhard Jergang in der St. Marienkirche das nächste Orgelkonzert, unter Mitwirkung von Fräulein Janina Major (Sopran), Herrn Erwin Jüngel (Tenor) und Fräulein Elisabeth Lesser (Violine). Pianistische Orgelkompositionen! Der Eintritt ist frei.

Vorort-Nachrichten.

Von einem Jugendbildner soll man nicht gleich verlangen, daß er wie ein Heiliger lebe, und man braucht nicht verwundert den Kopf zu schütteln, wenn er mal dabei ertappt wird, daß auch er nur Mensch ist. Aber im allgemeinen wird doch erwartet, daß er jederzeit sich verpflichtet fühlen werde, auf seine Röglinge möglichst auch durch sein Beispiel zu wirken. In Reinickendorf gibt es einen Lehrer, der nicht immer sich dieser Pflicht bewußt zu sein scheint. Er sieht seit langem in dem Ruf, daß in manchen Punkten sein Beispiel ganz und gar nicht geeignet sei, auf die ihm anvertrauten Schulkinder einen günstigen Einfluß auszuüben. Wir meinen den Lehrer Eisel, der in Reinickendorf-Ost seines Amtes waltet und dem Lehrerkollegium der Schule am Hausotterplatz angehört.

Ueber diesen Mann ist im Orte die Meinung verbreitet, daß er mitunter mehr trinke, als er vertragen könne. Nun ginge das, unseres Erachtens, keinen etwas an, wenn Herr Eisel nach solchen Leistungen sich schleunigst dem Urteil der Öffentlichkeit entzöge und die Folgen seines Durstes daheim im stillen Kämmerlein zu überwinden suchte. Man sagt aber, daß er gelegentlich auf offener Straße im Zustande einer recht bedenklichen Angereiztheit bemerkt worden sei und Kuffehen erregt habe. Von den Vorkommnissen, die über ihn erzählt werden, wollen wir hier nur dasjenige mitteilen, das uns als das neueste bekannt geworden ist. In der Nähe des Bahnhofes Schönholz-Reinickendorf hat Herr Eisel kürzlich einen Ausritt gehabt, der viel besprochen wird. Während er durch die Provinzstraße, die eine der belebtesten in Reinickendorf-Ost ist, vorwärts strebte, fiel einigen Passanten seine angeregte Stimmung auf, so daß sie stehen blieben und ihm nachschauten. Da er erkannt wurde, so fehlte es nicht an mißbilligenden Bemerkungen über die Lebensgewohnheiten dieses Jugendbildners. Die Szene war um so peinlicher, da sie auch von Schullindern mitangesehen wurde. Bald fand sich dann ein Polizeisergeant ein, wie immer, wenn irgendwo ein paar Menschen beieinanderstehen. Er hielt es für nötig, einzuschreiten, doch wurde nicht ganz klar, gegen wen er einschreiten wollte. Herr Eisel räsonierte: Was erlauben Sie sich, ich bin Lehrer! Jetzt wachte der Beamte, wen er vor sich hatte, und stand ihm bei. Dieser Auftritt wird, wie gesagt, in Reinickendorf viel besprochen, besonders unter den Eltern, die ihre Kinder in die Schule am Hausotterplatz schicken, und leider auch unter den Schulkindern selber. Eltern haben und erklärt, daß sie von einer Anzeige bei der dem Herrn Eisel vorgesetzten Behörde sich keinen Erfolg versprechen, nur von einer Veröffentlichung durch den „Vorwärts“ sei zu erwarten, daß eine Wiederholung derartiger Vorkommnisse verhütet werde.

Herr Eisel, der Jugendbildner, hat auch noch durch einiges andere schon recht unliebsam von sich reden gemacht. Er ist schnell bereit, aus geringem Anlaß zuzuhauen, und haut dann in der Regel nicht zu knapp. Dem Rektor der Schule am Hausotterplatz, Herrn Wille, ist das längst bekannt. Rektor Wille, der, nebenbei bemerkt, ein Zugbruder seines Lehrers Eisel und ein leidenschaftlicher Bruder des Bürgermeisters Wille ist, hat oft genug von Eltern Beschwerden über Prügelleistungen des Herrn Eisel anhören müssen. Gellagt wird auch über den Umgangston, den der Herr Eisel gegenüber seinen Schülkinder für zulässig hält. Nun muß allerdings billiger Weise auch hier wieder zugegeben werden, daß man von einem Jugendbildner nicht immer gleich das Höchste erwarten darf. Wie man nicht in jedem ein Muster willensstarker Enthaltensamkeit suchen soll, so soll man auch nicht jeden für ein Vorbild seiner Lebensart halten. Aber Herrn Eisels Manier, mit Kindern umzugehen, scheint denn doch ein bißchen zu ungebührlich zu sein. Seine Mahnung: „Zu's Maul auf!“ ist am Ende nicht sehr geeignet, bildend zu wirken. Auch von seiner Drohung: „Ich haue euch, daß ihr die Wände hoch geht!“ ist wohl kaum ein bereichernder Einfluß auf die Kinder zu erwarten. Und ist mehrfach gesagt worden, Herr Eisel habe durch seine grobschlächtige Redeweise wie durch seinen raschfertigen Prügelleifer sich bei Schulkindern wie bei Eltern gleichermassen verhaßt gemacht. Eltern haben und versichert, in Reinickendorf würde man es geradezu als eine Wohltat empfinden, wenn einmal die Erziehungsmethode dieses Mannes öffentlich erörtert würde; nur hierdon könne man sich eine durchgreifende Abhilfe versprechen.

Die Lehrer der Volksschulen dürfen sich nicht wundern, daß sie von den Eltern der Schulkinder mit so strengem Maß gemessen werden. Die meisten Eltern haben eben eine starke Empfindung dafür, daß für die Erziehung der Schulkinder das Beispiel des Lehrers von großer und ausschlaggebender Bedeutung ist. Dazu kommt aber wohl noch ein anderer Umstand. Manche Volksschullehrer lieben es, sich fast zum Richter auch über die Eltern ihrer Röglinge aufzuerheben. Das geschieht vor versammelter Klasse, und zwar tun das nicht nur ältere Lehrer, sondern auch ganz junge, die soeben erst nach Absolvierung der Präparandenanstalt und des Lehrerseminars, in das Leben hinausgetreten sind. In der Bevölkerung entsteht da nur zu leicht die Meinung, daß so ein Herr Lehrer, der alle Welt schulmeißert, selber etwas in jeder Hinsicht Apartes sei — oder doch sein müßte.

Schöneberg.

Die Schöneberger Stadtverordnetenversammlung wählte in ihrer letzten Sitzung als Delegierte zu dem in München stattfindenden deutschen Städtetage die Stadtverordneten Gehne (Unabh. Vereinig.), Wandmann (lib. Vereinig.), Starke (lib. Frakt.) und Woltermann (Soz.).

Angenommen wurde sodann ein Antrag, worin der Magistrat ersucht wird, bevor er die Genehmigung zu einem Fluchtlinien- und Bebauungssystem des West- und Südgeländes erteilt, der Stadtverordnetenversammlung eine Vorlage zu unterbreiten, nach welcher pro Quadratmeter Bauland ein einmaliger Beitrag gemäß § 9 des Kommunalabgabengesetzes zu den großen Kosten der projektierten Untergrundbahn erhoben wird. — Die Antragsteller wiesen in der Begründung darauf hin, daß Schöneberg nunmehr daran denken müsse, auf eigene Kosten eine Untergrundbahn zu errichten. Die Grundstücksbesitzer seien es, die davon den größten materiellen Vorteil hätten. Es lasse sich demnach rechtfertigen, diese auch zu den Kosten der Untergrundbahn heranzuziehen. Gegen den Antrag wandte sich nur der Stadtverordnete Wandmann, indem er darauf hinwies, daß durch Annahme des Antrages das

Baugewerbe untergraben und kein Mensch mehr bauen wird. Man solle doch den Bauunternehmern nicht das Leben so schwer machen.

Ein Antrag, worin der Magistrat aufgefordert werden sollte, an geeigneter Stelle die Einführung eines Jugendgerichts für Schöneberg zu beantragen, fand mit einer Erklärung der Magistratsvertreter seine Erledigung, nach welcher bereits am 1. Juni ein derartiges Gericht in Schöneberg in Wirklichkeit tritt.

In nichtöffentlicher Sitzung wurde sodann der Vertrag mit dem Elektrizitätswerk „Südwest“ genehmigt.

Tegel.

Beim Baden ertrunken ist gestern nachmittag 1/4 Uhr der zu Dreßnow i. Schl. gebürtige Arbeiter Paul Dirack. D. ging von seiner in der Reiterstr. 23 belegenen Wohnung in dem Fließ zwischen Bahmannslust und Tegel baden und ertrank. Ob der Ertrunkene im Wasser von einem Schlaganfall betroffen wurde oder des Schwimmens nicht kundig war, ist nicht bekannt.

Bernau.

Die letzte Stadtverordnetenversammlung genehmigte eine Baugebührenregulierung, wonach pro Quadratmeter bebauter Fläche 2 Pf. erhoben werden sollen. Für Wirtschaftsgelände, wie Scheunen, Stallungen, Schuppen usw., sind jedoch nur 5 bis 50 Proz. obiger Sätze zu erheben. Jedoch soll der Mindestbeitrag nicht weniger als 3 M. betragen.

Die Magistratsvorlage betreffend das Projekt eines Schulhausneubaus zu 8 Klassen wurde von der Versammlung genehmigt. Demnach haben sich endlich einmal die Bürgerlichen dazu bequemt, einem Antrage unserer Genossen, überfüllte Schulklassen zu entlasten, zu entsprechen. Bis zur Fertigstellung und Benutzung der neuen Klassen wurde beschlossen, das alte lateinische Schulhaus zu renovieren und in Benutzung zu nehmen.

Spandau.

Stücken des Reichsverbandes. Die beiden in der hiesigen Gewerkschaft wegen großer Unterschlagungen abgesetzten Betriebschreiber Müller und Poltrakti, von denen der erstere seinem Leben durch Ertränken bereits ein Ende gemacht hat, gehören auch, wie ein großer Teil der Schreiber der Staatswerkstätten, dem Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie sowie auch dem konservativen „Neuen Wahlverein“ als Mitglieder an. Müller war außerdem Vorsitzender des Vereins ehemaliger Jäger und Schützen, Poltrakti Schriftführer beim Deutschen Militärverein. Also echte Staatsjöhnen. Poltrakti, der in der Gewerkschaft auch der vom „Neuen Wahlverein“ begünstigten sogenannten Schnüffelkommission angehört, war derjenige, der bei der letzten Reichstagswahl, als der Genosse Bittin in einer Versammlung bei Sawade, die vom „Neuen Wahlverein“ veranstaltet war, dem Abg. Pauli Potsdam entgegenzutreten wollte, aber durch das Dazwischentreiben der potentiellen Staatsstücken behindert wurde, dem Genossen Bittin zurief: „Maus mit dem Staatsverbrecher!“ Und dabei hatte dieser Mensch zu jener Zeit den Staat bereits um Tausende betrogen. Wegen Müller schwebte bereits im Sommer 1904 ein Verfahren wegen Weiselterschaffung von Gewehrteilen. Die Sache gelangte auch zur Anzeige und es fanden richterliche Vernehmungen statt. Dann aber hörte man nichts mehr von der Sache. Es schien, als wenn man von einer weiteren Verfolgung abließ, obwohl der oder die dervormommenen Zeugen zweifellos grabierend gegen Müller ausgesagt hatten. Eigentümlich war es auch, mit welcher Schnelligkeit Müller Unterstützungsgeluche von seinen Freunden durchzusetzen wußte, während er Gesuche von ihm mißliebigen Personen, oder gar solchen, die bei ihm im Geruch standen, Sozialdemokrat zu sein, auf die lange Dank zu schieben wußte. Einer dieser speziellen Freunde war auch ein gewisser Kunge. Dieser wurde unlängst dabei abgesetzt, als er ein fertiges Gewehr durch den um das Fabrikgebäude befindlichen Baum einer anderen Person gab. Von dieser Sache, obgleich sie authentisch ist, hat man in der Öffentlichkeit auch noch nichts gehört. In solcher Weise wird also in Patriotismus gemacht. Solche Leute wie Müller gewinnen in den Staatswerkstätten solchen Einfluß, daß durch sie eheliche Arbeiter, die nur keinen krummen Rücken machen und ehelich für ihre Ueberzeugung eintreten, auf die Straße gesetzt werden. Nun, auch diese Säulen sind geborsten. Der Reichsverband hat zwei düstige Blumen verloren. Er ist ihrer wert.

Vermischtes.

Beim Blumensuchen abgestürzt. Nach einer Meldung aus Innsbruck stürzte vorgestern die 21-jährige Tochter des Magistratsrates Widmann in Hall beim Blumensuchen auf der hohen Wand etwa hundert Meter tief ab und war sofort tot. Ihre Leiche wurde geborgen. Die zwei Begleiterinnen der Verunglückten hatten sich verfliegen und mußten durch eine Rettungsexpedition herabgeholt werden.

Schiffszusammenstoß im Rebel. Aus Dover wird telegraphiert: Der in Bilbao beheimatete Dampfer „Deceio“, von Rotterdam nach Barry unterwegs, und der englische Dampfer „Queenwood“, der sich auf der Fahrt nach Hamburg befand, sind hier eingelaufen, nachdem sie gestern abend ungefähr vier Meilen von Dover entfeert, im Rebel zusammengestoßen waren. Beide Fahrzeuge sind schwer beschädigt. Ferner stieß der englische Dampfer „Loanda“ mit einem unbekanntem spanischen Schiff in der Höhe von Goodwins zusammen. Die „Loanda“ lief sofort an den Strand, da der spanische Dampfer sie im Rumpf beschädigt hatte. Die Besatzung wurde gelandet.

Erdbeben in Südrussland. In Jalta wurden nach dortiger Meldung in der Nacht zum Sonntag vier starke Erdstöße verspürt. Der erste Stoß war der stärkste und von lautem Rollen begleitet. Die Bewohner verließen, von einer Panik erfaßt, die Häuser und brachten die Nacht auf den Straßen am Reedeufer zu. Das Erdbeben war im südwestlichen Teil Jaltas am heftigsten. In vielen Häusern ist der Deckenputz eingestürzt und sind die Hängelampen herabgefallen. Das Telephon von Jalta und Umgegend funktionierte nicht.

D-Zug Brüssel-Röln entgleist. Was Lüttich wird unter dem gestrigen Tage berichtet: Heute früh 8 Uhr ereignete sich an der Gabelung der Linien nach Verdiers und Herbe ein Eisenbahnunfall. Der vorletzte Wagen des Eprezhuges, der in Brüssel um 6 Uhr 13 Minuten abgeht und in Herbesthal um 8 Uhr 59 Minuten eintrifft, entgleiste und zerstörte ein Signalhäuschen vollständig. Fünf Reisende wurden verletzt, davon zwei schwer. Unter den Verletzten befinden sich eine deutsche Dame und ein junger Deutscher.

Nasal auf der Drahtseilbahn. Hierüber wird aus Nancy berichtet: Ein Wagen der Drahtseilbahn mit sieben Insassen, der von dem Lustort Saint Antoine herabkam, stieß, da das Abseilwerk schlecht funktionierte, auf den vorübergehenden Wagen auf. Zwei Personen wurden getötet, unter ihnen eine Komme, sieben schwer verwundet.

Ueber einen weiteren folgenschweren Bahnunfall wird aus Mailand gemeldet: Gestern fuhrte ein Wagen der Provinzbahn Lodi-Treviglio bei Monastero von dem Bahndamm in das bedeutend tiefer liegende Gelände hinab. Der Fahrer des Zuges wurde getötet, 25 Personen wurden verletzt, unter ihnen acht schwer.

Wetterprognose für Dienstag, den 2. Juni 1905. Etwas kühler, zunächst vielfach möglich mit Bewölkung und mäßigen nordwestlichen Winden; später wieder heller. Berliner Wetterbureau.

Turmstr. 76

Warenhaus

Lachmann & Scholz

Dienstag, Mittwoch, Donnerstag

doppelte Rabattmarken.



Für Gastwirte

höchste Zeit zur Anschaffung fehlender Utensilien zum Fest

Gläser, Kannen, Tassen, Milchtöpfe, Teller etc.

außergewöhnlich billig im

Spezial-Geschäft für Gastwirts-Artikel



Advertisement for L. KATZ & CO. Hauptgeschäft: Berlin, Spandauer Str. 45, am Molkenmarkt. Filialen: Rixdorf, Berg-Str. 65, am Ringbahnhof. Brandenburg a. H., Haupt-Str. 59-60.

22. Ziehung 5. Kl. 218. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 1. Juni 1908, vormittags. Nur die Gewinne über 240 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.

Lottery results for 22. Ziehung 5. Kl. 218. Kgl. Preuss. Lotterie. Includes numbers like 65 204 55 681 904 57 1014 43 76 292 221 27 50 631, 748 839 [1000] 40 978 2020 71 438 52 875 902 3348 331, etc.

22. Ziehung 5. Kl. 218. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 1. Juni 1908, nachmittags. Nur die Gewinne über 240 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.

Lottery results for 22. Ziehung 5. Kl. 218. Kgl. Preuss. Lotterie. Includes numbers like 150271 468 612 828 [500] 151070 [500] 184 291 804, 62 681 152171 571 714 33 [1000] 974 153650 154304, etc.

22. Ziehung 5. Kl. 218. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 1. Juni 1908, nachmittags. Nur die Gewinne über 240 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.

Lottery results for 22. Ziehung 5. Kl. 218. Kgl. Preuss. Lotterie. Includes numbers like 150002 124 [5000] 233 [500] 55 344 60 458 97 856, 973 151478 814 [500] 26 800 77 152647 818 [1000], etc.

22. Ziehung 5. Kl. 218. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 1. Juni 1908, nachmittags. Nur die Gewinne über 240 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.

Lottery results for 22. Ziehung 5. Kl. 218. Kgl. Preuss. Lotterie. Includes numbers like 150002 124 [5000] 233 [500] 55 344 60 458 97 856, 973 151478 814 [500] 26 800 77 152647 818 [1000], etc.

Jugendgerichtshof in Berlin.

Der sogenannte Jugendgerichtshof in Berlin tagte gestern zum ersten Male. Terminzimmer der Abteilungen 194, 195, 196, Jugendgerichtshof. Amtsgerichtsräte Dr. Fischer, Dr. Kühne, Dr. Roscher. So lautet die Aufschrift auf einem kleinen weißen Schild...

Ausprache.

In welcher er Bedeutung und Zweck der Jugendgerichtshöfe darlegte und den Anwesenden, die aus Liebe zur Sache und mit dem festen Vorsatz, zu helfen, hieher gekommen, seinen Dank abstattete. Die Institution der Jugendgerichtshöfe gründete sich auf der Erkenntnis, daß bei den Verbrechen und Vergehen Jugendlicher gegenüber der individuellen Schuld auch eine soziale Schuld...

herbeizuführen. Die Vertreter der Presse mögen aber das Verbot nicht dadurch fördern, daß sie die jugendlichen Angeklagten mit Namen nennen und sie nicht erkennbar charakterisieren, damit so ein Junge oder Mädchen nicht durch Hinweis auf die Zeitung sich seinen Altersgenossen gegenüber damit brüsten kann...

Es erscheint ein noch nicht 15 Jahre alter, beschiden aussehender Junge, der Sohn eines kleinen Beamten, unter der Anschuldigung, seinem Lehrmeister ein Zwanzigmarkstück unterschlagen zu haben. Der Vorsitzende orientiert sich durch eingehendes Befragen eingehend über die Familien- und Wohnverhältnisse des Angeklagten und hält dem Angeklagten in väterlicher Weise das Unrecht vor, welches ihn nun vor Gericht geführt habe. Präsi.: Wie bist Du denn dazu gekommen? — Angekl.: Mein Freund Schulze hat mir zugeredet. — Präsi.: Du hast von Deinem Meister 20 M. zum Wecheln bekommen und hast Dich damit in Begleitung Deines Freundes auf und davon gemacht. Wohin wolltest Du denn? — Angekl.: Nach dem Harz. — Präsi.: Was wolltet Ihr denn da? — Angekl.: Das weiß ich ja auch nicht. Schulze hatte den Plan gemacht. — Präsi.: Warum wolltest Du denn vom Vater weg? Ist er jemals schlecht zu Dir gewesen? — Angekl.: Nein, nie. — Präsi.: Hast Du vielleicht Räuberromane gelesen? — Angekl.: Nein. — Präsi.: Was wolltest Du aber nur im Harz, wolltest Du jodeln oder betteln? — Angekl.: Ich wollte als Laufjunge arbeiten. — Präsi.: Was hast Du mit den 20 M. gemacht? — Angekl.: Die habe ich Schulzen gegeben. — Präsi.: Hast Ihr Euch nicht auch einen Revolver gekauft? Auch andere Sachen? Wast hast Du davon bekommen? — Angekl.: Eine Sprungfeder für ein Fahrrad und eine Röhre. — Präsi.: Wie lange wartest Du von Deinem Meister weg? — Angekl.: Zwei Tage. — Präsi.: Wo hast Du genächtigt? — Angekl.: In Bernau im Walde. Aus der weiteren Vernehmung ergibt sich, daß der Junge zu seinem Meister zurückgekehrt ist, nachdem sein Freund Schulze „gestrichen“ worden war. Der Lehrmeister gibt dem Jungen das Zeugnis, daß er anständig, willig und fleißig war. Dasselbe erklärt der Vater des Angeklagten, der die Gewissheit hat, daß sein Sohn ein Vierteljahr vor der Einsegnung von anderen Jungen verdrängt worden ist. Er hat ihn ordentlich verprügelt und versichert dem Vorsitzenden auf seine Frage, daß der Knabe jetzt mit anständigen ordentlichen Freunden Verkehr habe. — Der Gerichtshof erkennt auf einen Verweis, den der Vorsitzende dem Jungen erteilt: wenn er sich noch das Geringste zu schulden kommen lasse, würde er ins Gefängnis wandern. Er entließ ihn mit der Mahnung, stets fleißig, vernünftig und ehrlich zu bleiben. Der Vater erklärte sich damit einverstanden, daß sich ein Vertreter der Zentrale für Jugendfürsorge von Zeit zu Zeit nach dem Knaben erkundige.

Ein weit abstoßendes Bild bot die zweite Verhandlung. — Vor Gericht erscheint ein dreißig und frech im Saale umherblödelndes 15jähriges Dienstmädchen. Sie wird aus dem Magdalenastr. zu Telton vorgeführt, weil sie sich gegen sittenpolizeiliche Vorschriften verhalten hat. Sie ist der Krankenstation des Magdalenastr. überwiesen worden. Aus dem Verhör ergibt sich, daß sie von ihrer Mutter, die eine Prostituierte ist, so gut wie gar nichts weiß. Sie ist auf Veranlassung des Vormundschafgerichts seinerzeit in Pflege gegeben worden und nach ihrer Konfirmation in Dienst getreten. Von da ging sie als Arbeiterin in eine Fabrik und hat dann der gewerbmäßigen Unzucht obgelegen. Daß sie auch krank war, will sie nicht gewagt haben. Der Vormund hat sich, wie sie behauptet, nie um sie bekümmert. — Präsi.: Wo ist Ihre Mutter? — Angekl.: Ja, glaube, in 'nem Krankenhaus. — Präsi.: Und wo ist Ihre Schwester? — Angekl.: Die wird wohl in Pflege sein. — Präsi.: Wo? — Angekl.: Beech id nich. Der Gerichtshof beurteilt

die Angeklagte zu einem Verweise und Tragung der Kosten. — Angekl.: Ja soll die Kosten bezahlen, wovon soll id denn bezahlen? — Präsi.: Wenn Sie nicht zahlen können, dann hilft es nicht. — Angekl.: Na, denn is et jut. — Der Vorsitzende erteilt auch ihr den ersten Verweis und beauftragt sie, ihm die Adresse der Mutter und der Schwester mitzuteilen, wenn sie sie erfährt. Er wolle versuchen, ob er die Schwester von dem Wege zurückhalten könne, auf dem die Angeklagte leider wandelt.

Die nächstfolgenden Sachen — 5 an der Zahl — betreffen jugendliche Angeklagte, welche sich des Diebstahls schuldig gemacht haben. Die Verhandlung führt überall ergreifende Bilder vor Augen. Für einzelne Fälle hatte der Vorsitzende die Rektoren der in Frage kommenden Gemeindefschulen zur Teilnahme an den Verhandlungen aufgefordert.

Der Jugendgerichtshof hält täglich unter abwechselndem Vorsitz der drei genannten Amtsgerichtsräte seine Sitzungen ab. Um 1 Uhr werden von der Polizei diejenigen jungen Burken und Mädchen vorgeführt, die während der Nacht auf den Straßen aufgegriffen worden sind. Hier wird die helfende Mitwirkung der humanitären Vereine eine besonders reiche Gelegenheit finden, sich in erproblicher Weise zu entfalten.

Früher bereits hatten wir dargelegt, daß ein „Jugendgerichtshof“ in der jetzigen Form keine wesentliche Besserung darstellt. Der Unterschied gegen früher besteht eigentlich lediglich darin, daß ein Vormundschaftribunal zugleich als Straftribunal fungiert. Immerhin aber kann das Verfahren zu Verbesserungen des heutigen Richters führen, wenn den Ursachen der Verfehlungen ohne Pharisäismus und ohne Vorurteil nachgespürt wird. In 99 von 100 Fällen trägt die Schuld für die angeblichen Straftaten der Jugendlichen die Gesellschaft. Da hilft nicht „Wohltätigkeit“ als eine Art Abschlagsgeld für die Sünden der Gesellschaft, sondern herzhaftes Handeln der sozialen Ursachen, aus denen die Straftaten erwachsen.

Eingegangene Druckschriften.

12 Tage in München. Mit einem Stadtplan. 20 Bf. — Reisekarte des bayerischen Hochlandes. 3 Blatt 1 M. Verlag: B. Gieseler in München. Jahresbericht 1907 des Arbeitersekretariats und Gewerkschaftsvereins in Dessau. 48 Seiten. Selbstverlag. Deutsche Knudschau für Geographie und Statistik. Herausgegeben von Prof. Dr. Fr. Umlauf. (H. Carlsons Verlag in Wien, jährlich 12 Hefte zu 1,15 M.)

Wasserstands-Nachrichten.

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Table with 4 columns: Wasserstand, am 31.5., seit 30.5., and Wasserstand, am 31.5., seit 30.5. Lists various locations like Remel, Ust, Regel, Jüterburg, etc.

+) + bedeutet Buß, - Fall, -) Unterregel, -) höchster Wasserstand: 172 cm am 30. um 3 1/2 Uhr nachmittags.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis. Todes-Anzeige. Friedrich Jänike. Ehren seinem Andenken!

Verband deutscher Gastwirtsgehilfen. Ernst Schmidt. Ehren seinem Andenken!

Santa Lucia. Kraft-Rotwein. Händlich in Apotheken, Drogen- u. Kolonial-Geschäften.

Orts-Krankenkasse für das Gewerbe der Tischler und Pianoforte-Arbeiter zu Berlin. Englischen Unterricht.

Zentral-Verband der Böttcher und Hilfsarbeiter Deutschlands. Todes-Anzeige. Paul Bogen.

Dauftagung. Fritz Erpel. Die trauernde Witwe nicht klammern.

Trinkt Si-Si den Labetrunk. Beste alkoholfreies Getränk der Gegenwart.

Dr. Simmel Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden. H. Pfau, Bandagist.

Einbruch- und Diebstahl-Versicherungen. Kölnische Unfall-Versicherungs-Aktien-Gesellschaft in Köln.

Glumen- und Krauzbinderrei von Robert Meyer, nur Mariannen-Strasse 2.

Bestes Teilzahl-Geschäft für Brennabor-Räder! Louis Barth, Brückenstr. 10a, pl.

Westmagazin Trauermagazin. Es empfiehlt sich bei eintretendem Trauerfall möglichst sofort.

Fahrräder. Legehühner. Zahn-Klinik. Olga Jacobson.

Manoli Abbas. Beste 3Pfg. Cigarette.

Woll-Fricke

Spezial-Geschäft für Trikotagen, Strumpfwaren, Garne und Sport-Artikel.
Oranien-Straße 10-11, am Heinrichplatz.

H. & P. Uder, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 5.
Fabrik-Lager sämtlicher gangbarer Kautabake.
Spezialität: Nordhäuser Kautabak
stets frisch zu billigsten Engros-Preisen. 8201L*
Echte dänische Schleifen 5 Pf.-Verkauf.
Allerfeinste Qualität!
Unübertroffener Geschmack!
Amt 4, 3014.

**Spiritus-
Kocher und Bügeleisen**
für Haus und Reise.
Centrale für Spiritus-Verwertung,
BERLIN NW. 7, Friedrichstr. 96, gegenüber dem Central-Hotel.
Illustrierte Preisliste kostenlos!

Eine Mark
wöchentliche Teilzahlung lieber
Gegenwert 15221
Herren-Garderoben
Bring für Nach-
Anfertigung nach Maass.
Tadellos Auslieferung.
Julius Fabian,
Schneidmeister,
Gr. Frankfurterstr. 37, II
Eingang Straubberger Weg.

Jenensia-Räder! Mod. I
10 Jahre Garantie! Teilzahlung!
Adler-Räder!
Phänomen-Räder!
Groskurth's Social-Räder von M. 56.— an!
Auswahl in gebrauchten Rädern!
Motorzweiräder! Fahrradzubehör spottbillig!
R. Groskurth, Berlin C., Münzstraße 23.

Emil Wittes Waldschlößchen
Gichwalde, Kaiser Friedrichstr. 1.
Empfehle allen Vereinen und Gewerkschaften zu Ausflügen und Partien
mein herrlich am Wald gelegenes Lokal, drei Minuten vom Bahnhof.
Großer Saal, Schattiger Garten, Regelmäßig. Auch mit dem alten
Brauwerk nicht gedrohen, Familien können Kaffee kochen.
Um geneigten Zuspruch bittet
Emil Wittes.

Bruch-Pollmann
empfehlen ein Lager in Bruchbandagen,
Leibbinden, Geradhalter, Spritzen,
Suspensoren sowie sämtliche Artikel
zur Krankenpflege. Eigene Werkstatt.
Liefer. f. Drts- u. Hilfs-Krankenhäusern
Berlin N., 24884*
jetzt Lothringer Straße 60.
Alle Bruchbänder mit elastischen Be-
loten, angenehm u. weich am Körper

Leihhaus
Gelegenheitskäufe vorfall. Gold-
und Silbersachen, Brillanten etc.
Seit 25 Jahren Prinzenstr. 28 I
Ecke Ritterstr.

Jedes Wort 10 Pfennig. **Kleine Anzeigen** ANZEIGEN
für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Teppiche! (fehlende) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brunn, Godescher Markt 4, Babudol Böde. 264/11*

Anzüge, Paletots nach Maß. Aus 1a Stoffen, Monats- und nicht abgeholte Sachen staumend billig! Maßschneider Hof, Brunnenstraße 3, eine Treppe, am Rosenhagehof.

Biederbetten. Stand 11,00, große 16,00, Pfandloshaus, Köthenerplatz 7. Tischeben spottbillig. 3322*

Pfandloshaus. Köthenerplatz 7, am Brunnenweg. Verfallener Pfandverkauf, spottbilliger Gardinenverkauf, Portierenverkauf, Wäscheverkauf, Federbetten, Anzügeverkauf, Uhrenverkauf, Goldschmuck, Silberwaren passende Einlegungsgegenstände. 3318*

Teppiche mit Farbfeldern spottbillig. Normalschleier 5 Prozent Extrarabatt. Thomas, Oranienstraße 160, Oranienplatz. 7982*

Steppdecken spottbillig. Rabat Gross Frankfurterstraße 60. 29932*

Teppichhaus Brunnstraße 28, I. Ede Ritterstraße: verfallene Pfänder, Brillanten, Goldschmuck, Uhren, Ketten spottbillig zu jeder Gelegenheit. 62032*

Herren-Garderobe nach Maß saubere Arbeit, großes Stofflager, Paletot, Anzug 36 Mark an. Kauf beim Handwerker, lässt den Handwerker verdienen. Teilzahlung gestattet. F. Dörge, Dresdenerstraße 109.

Nähmaschinen. Vergüte bis 20,00 mer Teilzahlung kauft oder nachweilt. Sämtliche Systeme. Vorrat. Drahter, Frankfurter Allee 101, Laden. 29708*

Teppiche. feinste Handarbeit. Schmeizler, Blumenstraße 35b.

Metallarbeiten. Kinderbettstühle, Kinderwagen, Sportwagen, gebraucht, zurückgegriffen. Schneider, Kurfürstenstraße 172 (Denkmalsstraße). 633*

Teppichhaus A. Fiedlermann. Schöneberg, Sebassstraße 1, gegenüber Bahnhof. Ede billigster Verkauf von Herren-Garderoben, Uhren, Goldschmuck, Pianos, Möbel usw. 4318*

Möbel und feinste Teppiche 2,25, 5,25, 6,25, 8,25, 9,25 usw. Große Frankfurterstraße 125, E. Weihenbergs Teppichhaus. 8038*

Angehängte und zurückgegriffene Gardinen mit 15 Prozent Rabatt.
Tischdecken 1,95, 2,85, 2,85, 3,65, 4,50 usw. Große Frankfurterstraße 125. 8058*

Steppdecken in allen Farben, 3,85, 4,85, 6,25, 7,85 usw. 8068*

Wäsche und Tuchstücke mit kleinen Stückchens 1,65, 1,95, 2,65, 3,40, 4,85 usw. E. Weihenbergs Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125. 8078*

Monatsgarderobenhaus. Hochelegante Monatspaletots, einzelne Golde, sehr preiswert nur Andreassstraße 54. 7022*

Bekanntmachung. Humboldt-Strandhaus, nur Brunnenstraße 58, Eckhaus Straubenerstraße, verkauft zum Pfingstfest staumend billig! Goldschmuck, Uhren, Silberwaren, Sommerpaletots, Brautkleider, Vermietungsgegenstände, Steppdecken, wunderbare Gardinen, Teppiche, Herrenanzüge, Damenanzüge, Wanduhren, Schmuckgegenstände, Nischenaufhänger, Spottpreise. Sommerpaletots, Brautkleider, Vermietungsgegenstände, Steppdecken, wunderbare Gardinen, Teppiche, Herrenanzüge, Damenanzüge, Wanduhren, Schmuckgegenstände, Nischenaufhänger, Spottpreise. 8438*

Geschäftsverkäufe.

Plättengeschäft umständlicher zu verkaufen. Schöneberg, Oberstr. 83.

Restaurations im westlichen Vorort, gesundes Geschäft, wegen Todesfall sofort zu verkaufen. Agenten werden. Vergarten, Neubau angefangen. Kaufmann Winter, Treppenstraße 36, auch schriftlich. 24136*

Näherwarengeschäft, fünf-hundert Mark, Grünauerweg 15. 437

Gutes Restaurant, sehr billig, sofort zu verkaufen. Hochhäuserstraße 22, Bohnerhof Kaufhaus. 783

Bierverlag, Jungbierverkauf, passend für Frau, 11 Jahre bestehend, billig. Tilsiterstraße 20. 24775

Zigarrengeschäft, gutes, langjährig bestehend, sofort. Gensowen geeignet. Straubenerstraße 68. 24766

Total, erstklassig, flott, herrlicher Garten mit Tanzsaal, groß. Theaterkonzepte, sofort billig zu verkaufen. Kleine Anzeigen, Rest Katzenzählung, Landwehrer Chaussee 117/118, Väterberg. 192/3

Leider muß ich Restauration in lebhafter Gegend, Fabrik usw. wegen Unmöglichkeit der Frau umgehend verkaufen. Passend für Parteien, geeignet mit erwachsenen Kindern. Köpenickerstraße 147. 24845

Möbel.

Möbelangebot. Im Anhalter Bahnhofstraße 25, Anhalter Innenbahnhof, direkt Hochbahnstation Möberrubrik, stehen verschiedene Einrichtungen zum Verkauf. Darunter befinden sich hochmoderne Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer, auch einzelne Salonarrangements, Paneele, Büttelstühle, Anleischstühle, Aufbaumöbel, Bronzeflexen, Delgemälde, Schreibtische 28,00, Aufhebeten mit praktischer Diwanende 22,50, wunderbare Säulenarmaturen 30,00, hochlegante Salontischplatte, schon 14,00 bis zu allergrößten Saalplatten, allerliebstes Nimmertischplatte 8,00, reichgestaltete Ledergardinen, Spachtelstühle, Zylinderlampen, Steppdecken, Salonbilder, Standuhren, praktische Tischschubladen 5,00. Verschiedene Gelegenheiten, Übernahme vollständiger Warenlager, Büttelstühle, Konturmassen, Nachlässe zum schnellen Verkauf und Verfertigung. Otto Ribes, Kurfürsten- und Köpenickerstr. 124, nahe Köpenicker Tor. Kostenloser Transport. Lagerung. 7618*

Möbelstückerei liefert gediegene Wohnungseinrichtungen äußerst billig. Bunte Küchen. Auch Rotenanzahlungen. Klein Laden. Garmad, Lichtermeister, Dresdenerstraße 124, nahe Köpenicker Tor. Gensowen erhalten 3 Prozent.

Konkurrenzlos! Im Köpenicker Allee 29, an der Köpenicker Brücke, stehen viele Wohnungseinrichtungen von 150 Mark an sowie einzelne Möbelgegenstände zum schmerzlichen Verkauf aus. Außerdem verliere ich geweseene Möbel weit unterm Wert, darunter Kleiderständer 24,-, Vertiko 27,-, Ausziehtisch 15,-, Bettstellen mit Matratze 19,-, Waschtoiletten 20,-, elegante Tischensätze 44,-, Schreibtisch 100,-, englische Bettstellen mit Matratze und Kissen 39,-, Herrenschreibtisch 28,-, moderne Küchen in allen Farbentönen von 40,- an. Lagerung, Transport frei. Sonntags geöffnet. 192/3

Fahrräder.

Fahrräder. Laufende Lagerbestand. Berlin billigste Bezugsquelle. Einzelverkauf direkt Fabrikgebäude. Hauptkatalog umsonst. 50 Prozent Rabatt. Multiplex, Göttingerstraße 15. 8762*

500 gebrauchte Fahrräder wegen Lagerüberfüllung 5,-, 10,-, 15,-, 20,-, 25,-. Sämtliche Marken und Systeme, Brennvorwärmer, Dümpferräder, Oprellfahräder, Wandereräder, Adlerfahräder. Günstigste Gelegenheit für Händler, Handwerker. Nachtrag, jetzt Weinmeisterstraße 14.

Herrenfahrrad, Damenfahrrad mit neu, 45,00. Gola. Blumenstraße 36b. 2128*

50 Prozent Rabatt! Fahrräder, Zubehörteile. Hauptkatalog umsonst. Multiplex, Göttingerstraße 15. Fabrikgebäude. 8762*

Fahrräder, Grammophone, Teilzahlungen, ohne Aufschlag, Lothringersstraße 40. 8745*

Fahrräder, gefahren, spottbillig. Göttingerstraße 15. 8788*

Herrenfahrrad, hochlegant, fast neu, dringend umständlicher, jeden Preis. Balfestorstraße 44, I rechts.

3000 Fahrräder, Nischenaufhänger nagelneuer Garantieräder 45-60,00, 10 Jahre Garantie, Doppelgelenklager. Kaufschlange 1,75. Gebrauchte Fahrräder billig. Aufhebeten 2,25, auch Einzelverkauf. Meridian Stahlwerke, Ritterstraße 94. 191/2*

Radzubehör, beispiellos preiswert. Hauptkatalog umsonst. 50 Prozent Rabatt. Multiplex, Göttingerstraße 15. 8748*

Verschiedenes.

Patentanwalt Bessel, Göttingerstraße 94a. 25558*

Verst die Rittersprache bederrichten Erlangreichen, leicht fahlichen Unterricht in Wort und Schrift der deutschen Sprache erteilt Damen und Herren (separat) auch abends ein tüchtiger und gewissenhafter Privatlehrer. Die Stunde kostet eine Mark. Eine Unterrichtsstunde wöchentlich genügt. Gefällige Angebote sind unter G. 4 an Expedition des „Vorwärts“ zu richten.

Nähmaschinen schnell, sachgemäß, billig. Multiplex, Göttingerstraße 15. 8778*

Leihhaus Meier, Große Frankfurterstraße 116 I. Hohe Belichtung für Uhren, Goldwaren, Garderoben, Pelzwaren, Wäsche, Möbel sowie jeden Wertgegenstand. 5038*

Bücher, alte, Lexika und ganze Bibliotheken kauft Beher, Oranienstraße 138. 2207b*

Die am 23. Mai 1908 im Lokale des Herrn Haase gegen dessen Ehefrau Lina Haase, geb. Schneiderin, 226, in unzurechnungsfähigem Zustande gemachten, ehrenwürdigen Bedingungen nehme ich hiermit zurück. Friedrich Hilde, Gremmerstraße 2.

Die gegen Frau Winter ausgeprochene Beleidigung nehme ich hiermit zurück. Frau Otto, Vogthagenstraße 33. 156

Pfandloshaus Markstraße 27. *

Komiker 1. Feiertag frei. Schwere, Köpenickerstraße 147. 2479b

Wäsche wird in und außer dem Hause sauber gemacht und geplättet. Frau Hanke, Osten, Rainzerstraße 25, Hof III. 7105

Kunstkopiererei von Frau Kofsky, Schlichtener, Kurstraße 8, III.

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.
Kleiner Stubstuhler bittet um Arbeit. Stühle werden abgeholt und zurückgeliefert. U. Gläzer, Muldenstraße 27. 1468b

Stellenangebote.
Ein tüchtiger Flaschenbierkäufer von Berliner Großbrauerei zum sofortigen Eintritt gesucht. Kaution, sowie Platzkenntnisse der Stadtteile Norden, Westen und Moabit erforderlich. Offerten unter P. 3 in der Expedition des „Vorwärts“, Lindenstraße 69, einbringen. 2291b*

Tüchtige Rieseleger werden verlangt. Van Leibnizstraße, Ede Schillerstraße. 2478b

Sandreinigungsbüro gesucht. Seestraße 68 beim Birt. 4117

Wagnerer zur Umhülle verlangen. Bachmann u. Goebel, Berlin O. 2, Spandauerstraße 76. 2459b

Junges Mädchen zu zwei Kindern (6 und 8 Jahre) in kleinen Haushalt verlangt. Frau Siewitz, Schöneberg, Sedanstraße 57, III. 8832*

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 50 Pf. die Zeile.

Wegen Streik und Differenzen sind gesperrt:
für Tischler und Maschinenarbeiter:
Bauwerkerei Raabe, Usedomstraße,
für Tischler, Maschinenarbeiter, Mechaniker u. Schlosser
Schätze u. Freund, Piano-Mechanikfabrik in Neu-Lichtenberg,
für Bodenleger:
Firma Gadmeyer, Inhaber Rosal in Tempelhof, Ringbahnstraße, und die Bauten Gänzelstraße, Ede Helmstedterstraße in Wilmersdorf;
Fregestraße und Friedenauerstraße in Friedenau, Van Bothe, Düsseldorfstraße, Ede Holzburgerstraße.
Norddeutsche Fußbodenfabrik in Hannover,
für Korbmacher: Grimm in Sachsen;
für Rammacher: Kommsabrik Krantz in Rummelsburg, Hauptstraße; Weinstein in Leipzig;
für Fürstenmacher: Firma Knappworst in Hannover (Agent Roda, Oranienstraße.)
Die Ortsverwaltung Berlin des deutschen Holzarbeiterverbandes.